Nr. 73. 26. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 27. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Einladung.

Im nächsten Vierteljahr wird die Entscheidung über eine Reihe der wichtigsten politischen Fragen fallen. Die Beratung der Reichsfinanzreformprojekte läßt noch immer nicht erkennen, mit welchen Resultaten das Unternehmen der Regierung und der Blockparteien enden wird, zur Deckung des durch die Mißwirtschaft der „staatserhaltenden" Parteien entstandenen Reichsfinanzdefizits aus den werktätigen deutschen Volksschichten an

500 Millionen Mark neuer Steuern

herauszuholen. Außerdem aber sind im laufenden Quartal die meisten Arbeiten des Reichstages soweit im Rückstand geblieben, daß sie erst in dem am 1. April beginnenden neuen Etatsjahre zur Beratung und Erledigung kommen, darunter neben dem Reichsbudget vor allem die Erhöhung der Reichsbeamtengehälter sowie die Gesetzentwürfe über die Reichsversicherungsordnung, die Reform der Strafprozeßordnung, die Einführung der Schiffahrtsabgaben, die Gewerbeordnungs- und Strafrechtsnovelle. Auch im preußischen Landtage wird erst nach Ostern die Verabschiedung des Etats erfolgen.

Dazu kommt eine äußerst

gespannte internationale Lage.

Immer dunkler ballen sich auf der Balkanhalbinsel verderbenschwangere Gewitterwolken zusammen und bedrohen den Frieden Europas mit einem gewaltigen Weltkriege.

In solchen politisch bedeutsamen Zeiten, wo das deutsche Volk vor den wichtigsten, seine Zukunft bestimmenden Fragen steht, darf in keinem Arbeiterhaushalt Groß-Berlins der

„Vorwärts"

fehlen. Jeder Leser, der bisher den „Vorwärts" gehalten hat, besonders alle, die ihn durch die Post beziehen, fordern wir deshalb auf, ohne Verzug ihr

Abonnement zu erneuern.

Doch ist nicht nur nötig, daß unsere bisherigen Leser weiter abonnieren, sondern daß sie auch im Kreise ihrer Freunde und Gesinnungsgenossen, in Werkstatt und Fabrik neue Abonnenten werben. Noch viele der Lässigen und Gleichgültigen gibt es, die zu gewinnen sind. Noch immer liest ein großer Teil der Berliner Arbeiter „parteilose" Blätter, die regelmäßig, wenn es gilt, bei Lohnkämpfen, Aussperrungen und Streiks das Interesse der nach Verbesserung ihrer Lage ringenden Arbeiterschaft den Unternehmern gegenüber zu wahren, den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen.

Alle diese noch abseits stehenden Elemente gilt es heranzuziehen, sie zum Abonnement auf den „Vorwärts" zu bewegen und sie dadurch einzureihen in die Kampfpartei des Proletariats. Aus den Wohnungen der schwer um ihren Lebensunterhalt ringenden Arbeiter und kleinen Angestellten muß nicht nur die Presse der offenen Gegner des arbeitenden Volkes verschwinden, sondern auch jene fast noch schlimmere Klatschpresse, die das Gehirn mit leeren und gleichgültigen, aber sensationell aufgebauschten Berichten verwirrt und dadurch den Leser von ernsten Aufgaben abzieht.

Der

„Vorwärts"

dient nicht nur der rastlosen politischen Bekämpfung aller Gegner der Arbeiterklasse, er ist zugleich ein Mittel zur Aufklärung und Weiterbildung. Die Vorgänge des sozialen Lebens, die wichtigsten Erscheinungen auf wirtschaftlichem Gebiete, der unmittelbare Klassenkampf, wie ihn die Arbeiter in ihren

gewerkschaftlichen Organisationen

führen, werden kritisch besprochen.

Zugleich bringt unser Unterhaltungsteil, der aus dem täglichen

„kleinen Feuilleton" und „Unterhaltungsblatt"

sowie der reichillustrierten Wochenbeilage

„Die neue Welt"

besteht, fortlaufende Berichte über alle wichtigen Vorgänge auf den Gebieten der Wissenschaft, Literatur, Kunst, Technik, Theater, Musik usw., sowie ferner sorgfältig ausgewählte Romane, Novellen und Skizzen.

Trotzdem beträgt der Abonnementspreis für den „Vorwärts" (frei ins Haus geliefert oder durch die Post bezogen) für den Monat nur 1 M. 10 Pf., für die Woche nur 28 Pf.

Die Regierung und die Konservativen.

Die Veranstalter der neuesten Blockkrisis haben wirklich eine Glanznummer geliefert. Die Liberalen sind schrecklich aufgeregt, und da sie die behördliche Konzession besitzen, spielen sie die Rolle des „wilden Mannes" mit großer Virtuosität. Was gestern noch ein „Mißverständnis" war, das ist heute wieder „Ende des Blocks" und „innere Krise". Besonders die Nationalliberalen sind sehr laut. Die Fraktion Drehscheibe tut so unentwegt wie ein Freisinnsmann vor den Stammgästen des Bezirksvereins und erklärt feierlich in der „Nat.-lib. Korresp.": Wir spielen nicht mehr mit. Es sei ein Irrtum der Konservativen, zu meinen, daß es ohne Zustimmung des Blocks möglich sei, die Finanzreform mit dem Zentrum oder mit wechselnden Mehrheiten zu machen. Dann fährt die parteioffiziöse Auslassung fort:

> Wenn die konservative Fraktion die Finanzreform in der Weise erledigen will, daß 400 Millionen Verbrauchssteuern bewilligt werden und der nicht gedeckte Rest auf Matrikularbeiträge gelegt wird, so ist diese Finanzreform weder für einen Liberalen, noch für die verbündeten Regierungen annehmbar.
>
> Herr v. Normann lehnt die Deszendentensteuer und das Gampsche Kompromiß ab; das ist der Kern der Eröffnungen, und damit entfällt die Möglichkeit, die Finanzreform mit den Liberalen zu machen.
>
> Das Herumreden von angeblichen Mißverständnissen nützt nichts. Wenn der Block die Finanzreform nicht machen kann, ist er erledigt.

Wenn aber Herr Bassermann löwenherzig ist, so bleibt selbst Herrn Wiemer nichts anderes übrig als stiernackig zu werden, und so hat denn die freisinnige Fraktionsgemeinschaft beschlossen, daß „durch die Haltung der Konservativen die Voraussetzungen für ein Zusammenwirken mit der konservativen Partei entzogen werden. Die Fraktionsgemeinschaft hält an der Forderung fest, daß eine ausreichende Belastung des Besitzes durch Nachlaß- oder Erbanfallssteuer gesichert und eine sofortige Herabsetzung der Liebesgabe bei der Branntweinsteuerreform vorgenommen wird."

Im Gegensatz zu den aufgeregten Liberalen verhalten sich die Konservativen sehr kühl. Ihre Presse hält in der Sache an dem Standpunkt Normanns unbedingt fest, mit Ausnahme des „Reichsboten", der von Anfang an in der Frage der Erbschaftssteuer für die Regierungsvorschläge eingetreten war. Gleichzeitig sind die konservativen Blätter eher bemüht, der Krise jede größere Bedeutung abzusprechen. Natürlich nicht aus Angst vor den tapferen Mannen des Liberalismus. Mit denen würden sie bald fertig. Es handelt sich vielmehr darum, der Regierung das Steuerprogram der Konservativen aufzuzwingen. Nun ist aber durch die gestern veröffentlichte Erklärung der „Norddeutschen Allg. Ztg." der Konflikt zwischen Zentrum und Konservativen auf der einen Seite, der Regierung auf der anderen Seite akut geworden. Soll der Regierung der Rückzug doch noch offen bleiben, so darf ihr das Nachgeben nicht dadurch erschwert werden, daß man durch die Verkündigung des Scheiterns der Blockpolitik Bülow noch mehr bloßstellt. Deshalb wollen die Konservativen es nicht mehr haben, daß sie den Block „gekündigt" haben, und deshalb versichern sie dessen Fortbestand für „nationale" Fragen. Sie wollen ihren Kampf gegen die Nachlaß- und Erbschaftssteuer und für die neue Liebesgabe nicht dadurch unnütz erschweren, daß sie die Blockkrise zu einer Kanzlerkrise erweitern. Hat ihnen erst das Zentrum die Liebesgabe beschert und sie vor der Nachlaßsteuer behütet, dann kann Bülow immer noch erledigt werden.

Bleibt aber Bülow störrisch, so wollen die Konservativen an den Kaiser appellieren. Die „Deutsche Tagesztg." beruft sich auch bereits auf ein Wort Wilhelms II. über die Finanzreform, das gelautet habe: „Ob mit, ob ohne Block, das ist mir einerlei; die Hauptsache ist, daß sie gemacht wird." Es ist der unverhüllte Appell an das persönliche Regiment, unter den bestehenden Verhältnissen für den Kanzler eine deutliche Drohung.

Natürlich haben es die Konservativen nicht bei bloßen Worten bewenden lassen, sie haben diesen in der heutigen Sitzung der Finanzkommission auch die Tat folgen lassen. Die neue Majorität, die sich aus den Konservativen, dem Zentrum, der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Polen zusammensetzte, hat bei der Beratung der Branntweinsteuer gegen die Opposition der Sozialdemokraten, des Freisinns, der Nationalliberalen und der Reichspartei den konservativen Antrag angenommen, der die Liebesgabe verewigt und den Agrariern für die nächsten vier Jahre noch ein Extrageschenk von 10 Millionen Mark sichert.

„Die Sprengung des Blocks ist vollzogen," so kommentiert die „Voss. Ztg." diesen Beschluß und hat damit ausnahmsweise recht. Diese Sprengung bedeutet aber trotz aller beruhigenden konservativen Versicherungen den Todesstoß für Bülow. Denn der Block ist für ihn, der beim Kaiser nicht mehr in Gunst steht, die einzige Stütze. Ist diese zerbrochen, so muß Bülow fallen. Denn die Finanzreform mit seinem Block fertigzustellen, ist ja der einzige Grund, warum Bülow noch im Amt bleiben darf. So ist es nur natürlich, daß Bülow sich noch einmal zu retten sucht. Sein altes, oft bewährtes Mittel, die Liberalen durch Versprechungen und Drohungen zur Nachgiebigkeit zu zwingen, muß aber in diesem Fall zu seinem Unglück versagen. So leicht ist jetzt die Sache nicht. Denn Bülow ist diesmal, was ihm sonst nie passierte, auf ein bestimmtes Programm, den Ausbau der Erbschaftssteuern festgelegt und muß also, so sehr er sich innerlich dagegen sträubt, gegen die Konservativen mobil machen. Schon ist auch die ganze offiziöse Meute losgelassen. Am lautesten ist die zugleich nationalliberale und offiziöse „Köln. Ztg.". Sie droht:

> „Die bisherige Haltung der Einzelstaaten wie des Reichskanzlers zeigt, daß der Entschluß der Konservativen, den Block zu sprengen, eine Krisis eröffnet, in der mehr auf dem Spiele steht, als die Reichsfinanzreform. Die Bundesstaaten können und wollen nicht wegen der Interessen des Zirkus Busch einem Flickwerk ihre Zustimmung geben, das ihnen den Ruin in Aussicht stellt und die Reichsverdrossenheit letzten Endes zur Reichsempörung steigern muß. Fürst Bülow aber könnte nach allem, was vorausgegangen, nicht an dem Regierungstisch ausharren, an dem das Zentrum sich breit macht. Ein Blick auf diese Aussichten genügt, um erkennen zu lassen, daß die verantwortlichen Stellen im Reiche, an letzter Entscheidungsstelle der Kaiser und die Bundesfürsten, zu der von den Konservativen in Aussicht genommenen Lösung ihre Zustimmung nicht geben können und daß die konservative Spekulation, wenn sie darauf hinausgegangen sein sollte, falsch sein muß."

Das sind ja starke Worte, und man darf neugierig sein, ob auch diesen Worten Taten folgen werden. Der Konflikt zwischen den Konservativen und dem Fürsten Bülow erscheint in der Tat nicht leicht beizulegen. Für die Konservativen, die bisher stets auf ihrem Scheine bestanden haben, bedeutete ein Zurückweichen nach all den feierlichen Erklärungen gegen die Nachlaßsteuer eine schwere Niederlage und die Gefahr auch in Zukunft bei ihren Erklärungen so wenig ernst genommen zu werden wie etwa Freisinnige. Noch weniger kann die Regierung zurück, ohne völlig der Lächerlichkeit zu verfallen. Vorläufig klingt die Sprache der offiziösen Presse sehr kriegerisch und vielleicht bekommt Bülow abermals die Erlaubnis den Versuch zu machen, den Wahlschwindel von 1907 in neuer Auflage zu produzieren. Ob's freilich gelingen wird? Die Parole „für direkte Besitzsteuern" verliert wohl viel an Werbekraft, wenn die Massen wissen, daß sie nur der Vorwand ist, um aus ihren Taschen 400 Millionen Mark für den Militarismus und Marinismus zu holen.

Die Liebesgabenclique siegt!

In der Finanzkommission des Reichstages wurde am Freitag zunächst noch in der Generaldiskussion über § 2 der Subkommissionsvorlage und der dazu eingebrachten zahlreichen Anträge fortgefahren. In der Hauptsache handelt sichs hier um die Liebesgabe! Von unserer Seite griff Genosse Stücklen in die Debatte ein. Er wies darauf hin, daß in der ganzen Diskussion über die Mehraufbringung der 100 Millionen Mark aus dem Branntwein immer nur vom Interesse der Produzenten, mit keinem Worte jedoch von dem der Konsumenten geredet worden ist! Diese aber gehören dem ärmsten Teile der Bevölkerung an, und diesem soll das neue Millionenopfer auferlegt werden. Dabei reden die Agrarier immer noch von den Opfern, die der Landwirtschaft damit erwachsen! Uebrigens kommt ja auch nur das Interesse einer relativ sehr kleinen Anzahl der größeren landwirtschaftlichen Brenner in Frage. Nun ist es aber unwirtschaftlich, ein Gewerbe, das sich nicht halten kann, durch Staatshilfe künstlich zu konservieren. Wenn die Spiritusproduktion in die Hände der gewerblichen Betriebe übergeht, so hat doch die Landwirtschaft als solche gar keinen Schaden davon, denn dieser verbleibt die Produktion und Lieferung der Kartoffeln und anderen Materials. Wie die gewerblichen Brennereien auf ihre Kosten kommen, ist nicht Sache des Reiches. Jedenfalls aber würden diese mit den modernsten Einrichtungen und Hilfsmitteln den Spiritus viel billiger herzustellen imstande sein als die vielfach mit den unvollkommensten Einrichtungen arbeitenden landwirtschaftlichen Brennereien. Echt agrarisch ist es, immer auf die kleinen Brennereien hinzuweisen und für diese Sondervorteile herauszuschlagen, die dann wieder nur den großen zugute kommen. Wenn ein Teil der Landwirte auf schlechtem Boden nicht existenzfähig ist, so wäre es doch wirtschaftlich viel richtiger, diesen auf direktem Wege eine Staatshilfe zuzuwenden, als auf dem Umwege über die Liebesgabe für Schnapsbrenner. Ein Konsumrückgang, von dem soviel geredet wurde, der sogar auf 25 Prozent geschätzt wird, ist sehr unwahrscheinlich, weil die Branntweintrinker doch ihren Schnaps trinken werden, wenn er auch verteuert wird: sie sparen dann eben an anderen Sachen! Was die Rücksichtnahme auf den Süden anbelangt, so würde es unter den obwaltenden Umständen kein Schaden sein, wenn die süddeutschen Staaten aus der Brausteuergemeinschaft wieder austreten. Stücklen schloß mit der Erklärung, daß er und seine Freunde gegen jedes Gesetz stimmen werden, das eine Mehrbelastung bringt und eine Liebesgabe enthält.

Da die von agrarischer Seite eingereichten Anträge außer der Forderung der Erhaltung der Liebesgabe in der bisherigen Höhe auch noch die eines der Verbrauchsabgabe zu entnehmenden Hilfs- bezw. Denaturierungsfonds enthalten, wandte sich Genosse

Dr. Südekum ganz energisch gegen diese Forderung, die außer der Verewigung der Liebesgabe noch eine ganz enorme Zugabe bedeutet. Durch die Bevorzugung der bestehenden Brennereien in der Kontingentierung wird die Entstehung neuer völlig unmöglich gemacht, somit ein Privatmonopol mit allen seinen Schäden geschaffen und dadurch das Gesetz erst recht völlig unannehmbar.

Zur Abstimmung kam zunächst der Antrag der Freisinnigen, der die Verbrauchsabgabe innerhalb des Kontingents-Spiritus auf 1,10 M., vom 1. Oktober 1914 auf 1,15 M., vom 1. Oktober 1917 auf 1,20 M. und für den außerhalb des Kontingents hergestellten auf 1,25 M. pro Liter festgesetzt wissen will. Der Antrag wurde mit allen gegen die 6 Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt.

Sodann gelangte der vom Zentrum mit den Konservativen vereinbarte Antrag zur Abstimmung:

„Die Verbrauchsabgabe beträgt von der innerhalb des Kontingents hergestellten Alkoholmenge 1,15 M., von der außerhalb des Kontingents hergestellten Menge 1,35 M. für das Liter Alkohol." (Im Zentrumsantrage lauteten die Zahlen erst 1,20 und 1,40 M.)

Dieser Antrag wurde mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. (Dagegen stimmten Gamp von der Reichspartei, die Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten.) Hinzu kommt der mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommene Zentrumsantrag, dem § 2 folgenden Zusatz hinzuzufügen:

„Aus den Einnahmen an Verbrauchsabgabe werden bis zum 1. Oktober 1912 jährlich 10 Millionen Mark entnommen und dem nach § 56 anzusammelnden Geldbestand zugeführt."

Schließlich fanden die §§ 1—13, einige mit unwesentlichen Abänderungen, Annahme — und die Fortsetzung der Beratung wurde bis Dienstag vertagt.

Das Resultat des Tages ist: Die Konservativen mit ihrem antisemitisch-agrarischen Anhange, das Zentrum und die Polen haben die jährliche Liebesgabe von zirka 46 Millionen Mark bis 1912 noch um 10 Millionen Mark jährlich erhöht!

In parlamentarischen Kreisen betrachtet man nach dieser „Verewigung der Liebesgabe" die Blockkrise als erledigt, zumal nachdem Bülow den Herren Bassermann und Wiemer nun erklärt hat, daß er entschlossen sei, die Finanzreform mit Hilfe des Blocks durchzuführen. Da das Zentrum die Liebesgabe retten half, konnte sich der tapfere Freisinn halt den Luxus der Ablehnung gestatten.

Der übrige Teil der Finanzreform dürfte von den Blockparteien übrigens ohne so große Schwierigkeiten erledigt werden.

Die Balkankrise.

Die Meldungen, daß die russische Regierung ihren bisherigen Widerstand gegen die Anerkennung der Annexion Bosniens aufgegeben habe, erfahren heute ihre Bestätigung durch folgendes Telegramm der amtlichen Petersburger Telegraphenagentur:

„Im Zusammenhange mit den in Wien vorgehenden Unterhandlungen über die Formel der serbischen Erklärung war der Gedanke aufgetaucht, das Wiener Kabinett könnte an die Mächte eine Note richten, in welcher es auf die Mitteilung des österreichisch-ungarisch-türkischen Protokolls hinweisend, um formelle Zustimmung der Mächte zur Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrages ersuchen würde, und diese Zustimmung könnten die Mächte in der Form von Antwortnoten ausdrücken. Um seinerseits alles zu tun, was von ihm abhängt, um die äußerste Spannung der Lage, die zu einem bewaffneten Konflikt Oesterreich-Ungarns mit Serbien und Montenegro zu führen droht, abzuschwächen, und den Mächten ein Uebereinkommen mit dem Wiener Kabinett über die Formel der serbischen Erklärung zu erleichtern, erklärte das Petersburger Kabinett, es sei seinerseits mit obigem Verfahren einverstanden."

Damit wäre die bosnische Frage, die den Zwist zwischen Aehrenthal und Iswolski solange schürte, wohl endgültig erledigt. Bleibt die serbische Frage.

Ueber diese dauern die Verhandlungen weiter. Es wird eine Formel gesucht, mit der Serbien auf die österreichische Note, deren Ueberreichung jetzt wieder auf Montag verschoben wurde, antworten soll. Diese Formel soll den österreichischen Forderungen entgegenkommen, aber über ihren Wortlaut konnte sich Baron Aehrenthal mit dem englischen Botschafter noch immer nicht einigen. Doch hofft man, daß diese Einigung schließlich doch erzielt werden wird.

Wichtiger aber als diese diplomatische Aktion ist momentan die Gestaltung der Situation in Serbien selbst. Der Verzicht des Kronprinzen, der gestern ein definitiver zu sein schien, ist heute wieder in Frage gestellt. Die Regierung kommt heute dem Kronprinzen zu Hilfe mit einer Darstellung, die den Tod des Dieners Kolakovitsch auf einen unglücklichen Unfall zurückführt und nur zugibt, daß der Kronprinz dem Diener einen Schlag ins Gesicht versetzt habe. Darüber, daß diese Darstellung unwahr ist, braucht kein Wort verloren zu werden, da der Getötete zwei sozialdemokratischen Delegierten vor seinem Tode die Mißhandlungen genau beschrieben hatte und es nur die Furcht vor den Enthüllungen war, die den Kronprinzen zum Verzicht bewog. Aber in den letzten 24 Stunden scheint eine Wendung eingetreten zu sein, die es möglich macht, daß der Verzicht nicht angenommen wird. Der Ministerrat beschloß, die Entscheidung über den Verzicht auf die Thronfolge dem Könige, als dem Haupte der Dynastie, zu überlassen. Gleichzeitig erklärte aber der Prinz Alexander kategorisch, daß er die Thronfolgerechte des Kronprinzen unter den obwaltenden Umständen nicht annehmen werde. Die Kriegspartei ist natürlich ebenfalls gegen den Verzicht und hat bereits Demonstrationen für den Kronprinzen veranstaltet. Es wird nun ganz vom Verlauf dieser dynastischen Krise abhängen, welche Entwicklung die serbische Frage schließlich nehmen wird. Solange es nicht sicher ist, daß ein Bürgerkrieg vermieden und die Friedenspartei in der serbischen Regierung die Oberhand behält, solange bleibt auch die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Schwebe.

Kriegsvollmachten.

Wien, 25. März. Der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle nimmt ein Vollmachtsgesetz mit sich, in welchem folgendes enthalten ist: Erstens die Ermächtigung zur Verwendung der Landwehr außer Landes, zweitens die Ermächtigung, eventuelle Mobilisierungs- und Kriegskosten durch eine Kreditoperation zu bedecken, und drittens die Ermächtigung, im Wege der Verordnung Ausnahmemaßregeln zu erlassen. —

Die Sozialdemokratie für den Frieden.

Wien, 26. März. Der sozialdemokratische Verband brachte im Abgeordnetenhaus einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem die Regierung aufgefordert wird, ihren verfassungsmäßigen Einfluß auf die gemeinsame Regierung voll auszuüben, um sie zu veranlassen, ihre Bemühungen um die Erhaltung des Friedens energisch und ausdauernd fortzusetzen. Der Antrag wird am Schluß der heutigen Sitzung beraten werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. März 1909.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer Sitzung vom Freitag beschlossen, zur zweiten Lesung des Etats des Reichskanzleramts eine Resolution einzubringen, in der die Regierung aufgefordert wird, internationale Vereinbarungen betreffs der Begrenzung der Rüstungen zur See und der Beseitigung des Prisenrechts (Recht der Kaperei von Handelsschiffen in Kriegszeiten) in die Wege zu leiten.

Das Automobilgesetz.

Aus dem Reichstag. (26. März.) Nach rascher Erledigung einiger zurückgestellter Posten aus dem Etat trat das Haus in die zweite Beratung des Gesetzes betreffs den Verkehr mit Kraftfahrzeugen ein. Es handelt sich darin um Vorkehrungen, um die Haftpflicht für Automobilbesitzer für Schädigungen an Personen und Sachen, die beim Betrieb verursacht werden, festzusetzen. Leider ist auch hierbei wie bei allen unseren Gesetzen nur etwas Halbes herausgekommen. Zwar wird im Prinzip anerkannt, daß der Besitzer haftpflichtig ist, aber es gibt Ausnahmen; so werden besonders Lastenautomobile mit einer nicht über 20 Kilometer die Stunde hinausgehenden Geschwindigkeit nicht als haftpflichtig im Sinne dieses Gesetzes angesehen. Die Regierung hat in der Kommission gerade auf dieser Bestimmung bestanden, weil sie darin ein Privileg für Militärautomobile schaffen wollte.

Während die Vertreter der bürgerlichen Parteien gegen die beschlossene Fassung nicht mehr ernstlich Front machten, sondern mit „blutendem Herzen" ihre Zustimmung erklärten, versuchten die Genossen Stadthagen und Stolle einige Verbesserungen durchzusetzen. Vor allem nahmen sie sich warm der Chauffeure an, deren Arbeitszeit nach dem sozialdemokratischen Antrage durch bundesrätliche Verordnung festgesetzt werden soll. Das ist, wie Stadthagen richtig darlegte, nicht nur im Interesse der Chauffeure notwendig, sondern auch im Interesse des Publikums, denn ein übermüdeter Chauffeur ist gerade so gefährlich für das Publikum wie ein übermüdeter Lokomotivführer oder Weichensteller. Trotzdem für die Durchführbarkeit einer solchen Bestimmung unsere Genossen sich auf das fachmännische Urteil der Chauffeure selbst berufen konnten, wurde der Antrag abgelehnt.

Ebenso erging es mit einem sozialdemokratischen Antrag, der eine Zwangsversicherung der Automobilbesitzer gegen Haftpflichtzahlungen fordert. Schließlich wurde das Gesetz in der Kommissionssitzung angenommen. Morgen steht es zur dritten Lesung.

Aus dem Abgeordnetenhause.

Im Abgeordnetenhaus begann am Freitag das österliche Groß-Reinemachen. Vor Ostern soll die zweite Lesung des Etats mit Ausnahme des Kultusetats und des Etats der Ansiedelungskommission erledigt werden, außerdem eine Reihe kleinerer Vorlagen und dann noch in erster Beratung die Sekundärbahnvorlage, deren Einbringung unmittelbar bevorsteht.

Ohne sonderliche Debatte genehmigte das Haus zunächst in zweiter Lesung die Etats der Staatsarchive, der Oberrechnungskammer und des Zeughauses sowie den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Linden. Lebhafter wurde es bei der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt. Die Kommission hat einige nicht allzu sehr ins Gewicht fallende Aenderungen an dem Entwurf vorgenommen, sie hat sich aber nicht entschließen können, die Möglichkeit der Erhebung des Kompetenzkonflikts durch die Regierung zu beseitigen. Dies war einer der Gründe, mit denen Genosse Heimann in einer kurzen, aber der Bedeutung der Frage völlig gerecht werdenden Rede, die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Fraktion motivierte. Ein zweiter Ablehnungsgrund bestand in der vagen Fassung, wonach der Staat in gewissen Fällen nach billigem Ermessen Schadenersatz leisten kann. Es ist einleuchtend, daß die Sozialdemokratie einer solchen Vorlage, die die Allmacht der Beamten gegenüber dem Volke gesetzlich festlegen will, nicht zustimmen kann.

Wesentlich andere Bedenken trugen die Konservativen vor: sie lehnen die von der Kommission beschlossene Ausdehnung der Haftpflicht auf die Schulverbände ab, weil sie nicht wollen, daß die Schulverbände auf dem Lande, mit anderen Worten, daß die Gutsherren für Verschulden der Lehrer haftbar gemacht werden! Ob die Konservativen in der dritten Lesung gegen das ganze Gesetz stimmen werden, wird sich bald zeigen. Die Regierung hat bereits nachgegeben, sie beabsichtigt, einen Fonds zur Unterstützung leistungsunfähiger Schulgemeinden in den Etat einzustellen — also wieder eine kleine Liebesgabe. Die Vertreter der übrigen Parteien sind im großen ganzen mit dem Entwurf einverstanden.

Mit Rücksicht darauf, daß der Etat keinesfalls rechtzeitig fertig wird, erteilte das Haus dann noch der Regierung die Genehmigung, die in zweiter Lesung bewilligten Bauten in Angriff zu nehmen.

Am Sonnabend stehen kleine Vorlagen, die Etats der Zentralgenossenschaftskasse und der direkten Steuern auf der Tagesordnung.

Ein Intrigenstück.

Der Pariser „Temps" veröffentlicht unter dem Titel: „Wilhelm II. und die Orientkrise" eine allem Anschein nach aus Berlin stammende Mitteilung, die die von der deutschen Diplomatie den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel gegenüber beobachtete Haltung auf persönliche Motive des Kaisers zurückführt.

„Wir sind in der Lage", heißt es in dieser Mitteilung, „die Umstände zu präzisieren, unter denen Iswolski dem deutschen Botschafter in Petersburg die Mitteilung machte, daß Rußland die Annexion Bosniens und der Herzegowina ohne Vorbehalt anerkenne. Diese Mitteilung war die Folge eines Briefes, den der Deutsche Kaiser an den Kaiser von Rußland geschrieben hatte, und in dem er darauf bestand, daß Rußland über seine Absicht, die Annexion anzuerkennen, keinen Zweifel lassen dürfe. Wir können auch die Gründe angeben, weshalb seit einigen Wochen die deutsche Politik so eng mit der Politik Oesterreichs verbunden war. Nichts war in dem österreichisch-deutschen Allianzvertrag enthalten, was Deutschland eine Vermittlerrolle in der Orientkrise verbot. Tatsächlich hat ja auch Oesterreich in der Marokkoangelegenheit verschiedene Male den Vermittler gespielt, und beim Beginn der Balkanschwierigkeiten ließ Deutschland erkennen, daß es sich auf eine ähnliche Aufgabe vorbereite. Seither aber hat sich ein neues Faktum ergeben. Wilhelm II., dessen Beziehungen zum österreichischen Thronfolger früher nicht so freundlich waren, wie sie heute sind, glaubte in der Orientkrise eine Gelegenheit zu finden, sich die Sympathie des Thronfolgers dauernd zu sichern, dessen enge Beziehungen zu Aehrenthal bekannt sind. Zu einer Zeit, die wir genau angeben können, hat der Kaiser in einem eigenhändigen Brief dem Thronfolger seine Unterstützung ohne Vorbehalt zugesagt. Dieses kaiserliche Versprechen hat die deutsche Diplomatie festgelegt und ihr die Haltung absoluter Solidarität aufgenötigt, die sie während der letzten Wochen beobachtet hat."

Die „Nordd. Allg. Ztg." dementiert in ihrer letzten Nummer diese Meldung. Weder habe der Kaiser in einem Brief an den Kaiser von Rußland darauf bestanden, Rußland dürfe über seine Absicht, die Annexion von Bosnien und der Herzegowina anzuerkennen, keinen Zweifel lassen, noch habe er in einem anderen Briefe dem Erzherzog Franz Ferdinand seine Unterstützung ohne Vorbehalt zugesagt. Beide Behauptungen seien falsch. Die beiden angeblichen Briefe Kaiser Wilhelms seien nicht geschrieben worden.

Allem Anschein nach handelt es sich bei der Veröffentlichung des Pariser „Temps" um ein Intrigenstück. Nach der Auffassung eines Teils der Pariser Presse stammt die Meldung von Personen, die zu den Intimen des Reichskanzlers gehören. Ihr Zweck soll darin bestehen, die persönliche Politik des Kaisers bloßzustellen. Ob das richtig ist, dünkt uns fraglich. Möglich ist auch, daß die Meldung aus dem Kreise der Berliner Hofkamarilla nach Paris dirigiert ist, um die zwischen Kaiser und Kanzler bestehende Spannung zu verschärfen.

Ein Reinfall der Wiemeraner.

Nordhausen, 25. März. Bei der am 16. November v. J. stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurde der Freisinn, der bis heute noch uneingeschränkt im Nordhäuser Rathaus herrscht, von der Sozialdemokratie arg bedrängt. Damit er nun keine Sitze einbüße, poussierte er die Beamten und sicherte deren Stimmen dadurch, daß er aus ihren Reihen einen Kandidaten, einen Zugrevisor namens Rieke, erkor. Der Trick gelang. Die „Bahner" und „Poster" marschierten an und alle vier freisinnigen Kandidaten der 3. Klasse wurden gewählt.

In seinem Mandatshunger hatte der Freisinn aber indes eines vergessen, nämlich: daß die preußische Städteordnung Bestimmungen in sich birgt, die gewissen Beamtenkategorien verbietet, das Amt eines Stadtverordneten zu bekleiden. So heißt es u. a. im § 17 der Preußischen Städteordnung: „Stadtverordnete können nicht sein . . . die Polizeibeamten." Und unter Polizeibeamte gehören nach einer früheren Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts „alle Eisenbahnbeamten vom Betriebsführer herab bis zum Bahnsteigschaffner und Nachtwächter". Es wurde von einem Parteigenossen — in Nutzbarmachung preußischer Rückständigkeiten — gegen die Gültigkeit der Wahl des Rieke Klage beim Bezirksausschuß in Erfurt erhoben, und am Mittwoch dieser Woche ist nun dem Klageantrag gemäß die Wahl des Zugrevisors Rieke für ungültig erklärt.

Von Bedeutung war ein Anschreiben der Kasseler Eisenbahndirektion, das folgenden Wortlaut hat:

„Nach § 1 Ziffer a in Verbindung mit § 6 der Dienstanweisung für Zugrevisoren kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Zugrevisor zu den, den Betrieb der Bahn beaufsichtigenden Beamten im Sinne des § 45 (1), Ziffer 1 der Eisenbahnbau- und -Betriebsordnung und somit zu den Eisenbahnpolizeibeamten gehört (a. a. O. § 74 (1), wie denn auch die Dienstanweisung im § 1, Ziffer b die Ausübung der Bahnpolizei als Dienstobliegenheit dieser Beamten aufführt. gez. Martini."

Wenn auch den Nordhäuser Wiemeranern noch die Berufung an das Oberverwaltungsgericht bleibt, so dürfte doch die Entscheidung kaum eine andere werden. Schließt sich das Oberverwaltungsgericht dem Urteil des Bezirksausschusses an, dann wird zwischen zwei unserer Genossen — weil sie nach Rieke die meisten Stimmen auf sich vereinigten — eine Stichwahl stattfinden müssen.

„Militärischer Aufruhr" —: Körperverletzung, rechtswidriger Waffengebrauch.

Thorn, 26. März. (Privatdepesche des „Vorwärts".)

Das Oberkriegsgericht des 17. Armeekorps verhandelte gegen die Musketiere Kühn, Klemz und Schütz vom 140. Infanterieregiment aus Hohensalza, welche wegen eines im Städtchen Podgorz im angetrunkenen Zustande verübten Krawalls vom Kriegsgericht zu Zuchthausstrafen von fünf Jahren drei Monaten bezw. zu fünf Jahren einem Monat verurteilt worden waren, da der Gerichtshof militärischen Aufruhr als vorliegend erachtete. Die zweitägige Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht führte zu wesentlich milderer Auffassung der Straftaten. Die Angeklagten wurden wegen militärischen Aufruhrs freigesprochen und nur wegen Körperverletzung und rechtswidrigen Waffengebrauchs verurteilt, und zwar Kühn zu fünfzehn, Klemz zu neun Monaten, Schütz zu sechs Wochen Gefängnis.

Aus dem klerikalen Geistesleben.

Die Zentrumsmehrheit im Kölner Rathause nutzt ihre Majorität in merkwürdiger Weise aus. In der jüngsten Stadtverordnetensitzung schlug die Verwaltung vor, eine neue Straße „Kantstraße" zu nennen. Die Zentrumsparteiler, die auf den Königsberger Philosophen nicht gut zu sprechen sind, tauften die Straße aber Bremsstraße. Brems hieß nämlich der kürzlich gestorbene — Obermeister der Kölner Wirteinnung, der ein braver Zentrumsmann und 18 Jahre Stadtverordneter, sonst aber ein herzlich unbedeutender Mensch war. Dieser Fall erinnert an einen ähnlichen Beschluß von früher. Die Verwaltung schlug vor, vier zusammenliegende neue Straßen nach den Malern Rembrandt, Böcklin, Lenbach und Menzel zu benennen. Die Zentrumsmehrheit warf den Böcklin hinaus und setzte an seine Stelle „Krüth". Der Träger dieses hübschen Namens war ein kurz vorher gestorbener katholischer Pfarrer und Zentrumsagitator, von dem man außerhalb der ultramontanen Zirkel des Kölner Vororts Rippes nie etwas vernommen hatte.

Aus dem weimarischen Landtage.

In der Wahlrechtsfrage ist nach längeren Verhandlungen im Ausschuß zwischen allen bürgerlichen Parteien eine Verständigung dahin zustande gekommen, daß die Regierungsvorlage, die das direkte Wahlrecht sowie 23 aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Abgeordnete fordert, unter der Bedingung angenommen werden soll, daß das Wahlalter von 21 auf 25 Jahre heraufgesetzt wird. Ferner soll die Wahlzeit, anstatt wie bisher 3 Jahre, in Zukunft 6 Jahre betragen.

Die Regierung hat erklärt, daß sie unter keinen Umständen das Gesetz annehmen könne, wenne eine Zusatzstimme beschlossen würde oder die Bestimmung in das Wahlgesetz Aufnahme fände, daß ein Abgeordneter in einem bestimmten Bezirke seinen Wohnsitz haben müsse. — Diesen Forderungen gegenüber ist von den sozialdemokratischen Abgeordneten in Aussicht gestellt worden, daß sie mit allen parlamentarischen Mitteln das Zustandekommen des Gesetzes vereiteln würden. —

Konservative und Marine-Etat.

Die „Kreuzzeitung" legt in einem längeren Artikel dar, daß auf Wunsch des Reichskanzlers beim Marineetat größere Auseinandersetzungen vermieden worden sind und fährt dann fort: „Man würde aber fehl gehen, wenn man annehmen wolle, daß die allgemeine Aussprache, wie sie beim Gehalt des Staatssekretärs üblich ist, sowie die Debatte über die einzelnen Titel desselben unterblieben sei, weil es etwa an Veranlassung oder Stoff zur Kritik gefehlt habe; das Gegenteil ist der Fall. Es braucht nur auf die Unterschleife auf der Kieler Werft, die Mängel in der Organisation der Werftverwaltung und Werftbuchführung sowie auf den dienstlichen Luxus, der vielfach in der Marine getrieben wird, hingewiesen zu werden."

Das Blatt hofft, daß die Kritik in der dritten Lesung des Marineetats nachgeholt wird. —

Frankreich.

Die Erregung unter den Postbeamten.

Paris, 26. März. Gestern abend trat das Streikkomitee der Postbeamten zusammen und erließ eine Kundgebung, in welcher das Komitee die Verantwortung auf sich nimmt für den Anschlag, in welchem die Ausständigen ihren Dank an die Oeffentlichkeit ausgesprochen hatten. Das Komitee kündigt ferner gegenüber den ausgesprochenen Drohungen das Wiederaufleben des Streikes an und fordert ihre Bevollmächtigten auf, die Lage zu prüfen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung sagten auch andere Redner einen neuen Ausstand für den Fall voraus, daß Maßregeln gegen die Unterzeichner des Anschlages ergriffen würden und versicherten, dieser Streik werde zahlreiche Vereinigungen umfassen und bedeutender sein als der vergangene, der bewiesen habe, daß die Möglichkeit eines Generalstreiks näher sei, als man glaubt.

Heute vormittag erklärte eine Abordnung der Postbeamten der Direktion des Personals, daß das Flugblatt, in welchem die Ausständigen ihren Dank an die Oeffentlichkeit aussprachen, nicht über das Recht des Ausstandes hinausgehe und daß die Postbeamten sich in bezug auf diese Kundgebung solidarisch erklärten. Die Abordnung äußerte sich später Berichterstattern gegenüber über den peinlichen Eindruck, den die Haltung der Regierung auf sie gemacht habe. Bei dem Postpersonal machen sich Anzeichen einer wachsenden Erregung bemerkbar.

Eine Interpellation Rouanets.

Paris, 26. März. (Deputiertenkammer.) Rouanet (Sozialist) interpellierte über das gegen das Streikkomitee der Postbeamten beschlossene Disziplinarverfahren. Redner erklärte, der Anschlag stelle nur ein mit dem Streik zusammenhängendes Vorgehen dar, und es wäre verabredet worden, daß in dieser Hinsicht keine Bestrafung erfolgen solle. Sodann erinnerte Redner an den Fleiß, den die Beamten seit Wiederaufnahme der Arbeit wieder an den Tag legten und wies auf die Folgen eines Wortbruches der Regierung hin. (Beifall auf der äußersten Linken.) Minister Barthou gestand zu, daß die Regierung versprochen habe, wegen des Ausstandes keine Maßregelung zu verhängen, der Anschlag aber, in dem einige Stellen nach Ansicht der Regierung beleidigend gewesen seien, sei am Tage nach der Wiederaufnahme der Arbeit öffentlich bekannt gegeben worden. Der Minister verlas dann den Anschlag, wies besonders auf die für Simyan beleidigende Stelle hin und fügte hinzu, es seien Beamte, die derartige Worte gebraucht hätten, ihr Anschlag habe den Charakter der Disziplinlosigkeit und mache ihre Bestrafung notwendig. (Beifall links, Lärm auf der äußersten Rechten.)

Charles Benoist (liberal) warf der Regierung ironisch vor, seit Ausbruch des Ausstandes sich bald stark, bald milde gezeigt zu haben. Folleville (liberal) beschwor Symian, edelmütig vorzugehen und dadurch zwischen sich und seinem Personal das Mißverständnis zu beseitigen. Steeg (soz.-radikal) tadelte die Regierung lebhaft, weil sie tückischerweise den Konflikt wieder habe aufleben lassen, und forderte die Nachsicht der Kammer für die Postbeamten, denen mildernde Umstände zuzubilligen seien.

Clemenceau stellte die Vertrauensfrage. Er erklärte, daß er den guten Glauben der Delegierten zugebe, daß er aber den Postbeamten nicht das Recht zugestanden habe, ihren Unterstaatssekretär zu stürzen. (Beifall links.) Man könne den Anschlag als letzte mit dem Ausstand zusammenhängende Kundgebung betrachten; die Regierung könne es aber nicht hinnehmen, daß die Postbeamten bei der Wiederaufnahme der Arbeit erklären, daß sie Symian nicht mehr als Chef anerkennen. Eine Regierung, die so handelte, würde das Parlament verraten. (Bewegung.) Die Kammer wird ihr Votum abgeben, ob die Regierung recht oder unrecht hatte, als sie die Gewalt der Kammer nicht auslieferte. (Vereinzelter Beifall links. Lärm im Zentrum und auf der äußersten Rechten.)

Rußland.

Ein Organisator der Provokation.

Paris, 25. März. (Eig. Ber.) Die russische Regierung, durch die Enthüllung des Falles Azew und die Entrüstung der zivilisierten Welt nicht im geringsten berührt, ist eben daran, das Provokationssystem im größten Stil auszubauen. Wie russische Blätter berichten, wird der Chef der geheimen Polizei in Rußland, Harting, der sich im Fall Azew nicht geschickt genug gezeigt hat, abberufen werden. Sein Nachfolger aber wird einer der berüchtigten Polizeistützen, Kommissarow, ein Organisator der schwarzen Banden. Kommissarow gehört zu jenen Polizisten, die Fürst Urussow in öffentlicher Dumasitzung überwiesen hat, im Ministerium des Innern eine Geheimdruckerei eingerichtet zu haben, deren Flugblätter zu Progroms und zur Ermordung von Intellektuellen aufforderten. Infolge dieser Enthüllung mußte sich Kommissarow, dem aber natürlich nicht ein Härchen gekrümmt wurde, für einige Zeit aus der Oeffentlichkeit zurückziehen, nun aber wird er in eine Stellung berufen, wo er bald alle seine Künste entfalten wird, um den russischen Flüchtlingen das Leben in den europäischen Zentren unmöglich zu machen.

Persien.

Ausbreitung der Revolution.

Teheran, 25. März. Schiras, Hamadan und Djask sind zu den Nationalisten übergegangen. In Djask wurden die Zölle mit Beschlag belegt.

Aus der Partei.

Unsere Toten.

In Solingen starb der frühere Redakteur und Geschäftsführer der „Bergischen Arbeiterstimme", Genosse Frantzen. Namentlich in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer hat er sich mit gutem Erfolge redlich bemüht, dem Geschäft eine sichere finanzielle Grundlage zu geben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Revision verworfen. Das Reichsgericht beschäftigte sich am Donnerstag mit der Revision des Urteils, durch welches Genosse Apel als verantwortlicher Redakteur der „Nordhäuser Volkszeitung" vom Nordhäuser Landgericht zu einem Monat Gefängnis wegen Beleidigung des Großwerther'schen Kriegervereins verurteilt wurde. Die Revision wurde verworfen und Genosse Apel muß „brummen".

Ein doppelt gekränkter Stadtvater.

Beim Schöffengericht Fürth wurde gegen den verantwortlichen Redakteur der „Fr. Tagespost", Genossen Erwin Barth, wegen Beleidigung des demokratischen Magistratsrats Reichel verhandelt. Den Anlaß zu dem Prozesse gab ein Verhalten des Herrn Reichel, die an die Taten der braven Schildbürger erinnert. Er feierte am 24. Oktober v. J. sein silbernes Hochzeitsfest und hatte erwartet, daß an diesem Tage vor ihm und seiner holden Ehehälfte eine magistratliche Deputation erscheinen und ihnen unter Ueberreichung eines Blumenstraußes gratulieren werde. Es geschah aber nichts dergleichen — der Magistrat nahm von der hohen Festlichkeit überhaupt keine Notiz. Dadurch fühlte sich der Jubilar tief gekränkt, und er beschwerte sich wegen der unterlassenen Ehrung bei der Kreisregierung! — Als Hauptsünder bezeichnete er in der Beschwerde den Oberbürgermeister Kutzer, der ihm nicht recht grün sei, weil er oft anderer Meinung sei als dieser. Seine Selbstachtung sowie seine Familien- und Amtsehre zwängen ihn, gegen dieses unkollegiale, parteiliche und beleidigende Verhalten Verwahrung einzulegen. . . . Als die Beschwerde bekannt wurde, rief sie ein Hohngelächter hervor, und die „Fr. Tagespost" verhöhnte den ehrungssüchtigen Stadtvater in der blutigsten Weise, weshalb dieser, um seine Blamage voll zu machen, auch noch zum Kadi lief. Publikum und Gericht amüsierten sich aufs köstlichste, und die Verhandlung endigte damit, daß Genosse Barth zu 12 M. Geldstrafe verurteilt wurde, weil die Form der Artikel unstatthaft sei; andererseits wirkte strafmildernd der Umstand, daß das Verhalten des Klägers die scharfe Kritik der Oeffentlichkeit geradezu herausfordern mußte.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenproduktion in Deutschland.

Nach amtlichen Angaben ergeben sich für Januar-Februar 1909 im Vergleich mit der Parallelzeit des Vorjahres folgende Produktionsziffern:

	1908	1909
	in 1000 Tonnen	
Steinkohlen	25 222	23 562
Braunkohlen	11 107	10 892
Koks	3 635	3 429
Preßsteinkohlen	697	618
Preßkohlen aus Braunkohlen	2 270	2 264

Demnach hat im laufenden Jahre die Produktion abgenommen bei Preßkohlen um 6000 resp. 54 000 Tonnen, bei Koks um 206 000 Tonnen, bei Braunkohlen um 215 000 Tonnen und bei Steinkohlen um 1 660 000 Tonnen. Gleichzeitig hat die Einfuhr abgenommen, während die Ausfuhr eine Steigerung erfuhr, was zusammen über ½ Millionen Tonnen ausmacht.

Grundstückspreise. Die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft hat einen bei Leithe belegenen Bauernhof in der Gesamtgröße von 160 Morgen für den Preis von 460 000 M. gekauft, das macht also pro Morgen beinahe 3000 M.

Dividenden.

Laut Geschäftsbericht erzielte die Continental-Caoutschouc- und Guttapercha-Compagnie in Hannover für 1908 einen Geschäftsgewinn von 5 632 194 Mark (6 229 155). Zu Abschreibungen werden benutzt 1 046 808 Mark (1 443 091). Inklusive des Vortrages beläuft sich der Reingewinn auf 3 170 438 Mark (3 157 971). Hieraus werden wieder 40 Prozent Dividende verteilt.

Die „Kronprinz"-Aktiengesellschaft für Metallindustrie bei Solingen erzielte im Geschäftsjahre 1908 einen Reingewinn von 1 158 862 Mark gegen 1 044 225 Mark im Jahre 1907. Während die Aufsichtsratsmitglieder, nach reichlichen Dotierungen des Reservefonds, 178 453 Mark an Tantiemen einsäckeln, bekommen die Aktionäre eine Dividende von 27 Prozent. — Die Arbeiter der „Kronprinz"-Werke sind im vorigen Jahre wiederholt mit Lohnabzügen — bis zu 30 Prozent — bedacht worden.

Elektrische Anlagen in der Türkei. Die neuere Entwickelung in der Türkei hat die eingeborenen Finanzkreise mächtig angeregt und es scheint sich dort eine Entwickelung der Industrie einzuleiten, wie sie nur noch in neu erschlossenen Ländern beobachtet zu werden pflegt. Bis vor wenigen Jahren waren in der Türkei Elektrizitätsanlagen verboten; und die erste eleltrische Anlage war die im Herbst 1906 fertiggestellte Straßenbahnanlage in Damaskus. Als zweite folgte eine ähnliche Anlage in Beirut. Als dritte Anlage ist die elektrische Beleuchtung der Grabmoschee Mohammeds in Medina zu verzeichnen, die im September 1908 in Betrieb gesetzt wurde. Jetzt sind schon mehrere ausländische Gesellschaften um Konzessionen für neue Anlagen eingekommen. Bald dürfte im Lande eine starke Entwickelung einsetzen, um so mehr, als die Konkurrenz des Gases nicht vorhanden ist. Außer Licht- und Kraftanlagen kommen noch im wesentlichen Bahnanlagen in Betracht. Die jetzt vorhandenen Verkehrsmittel sind noch äußerst primitiv. Für elektrische Bahnanlagen ist das Land auch insofern günstig, weil natürliche Wasserkräfte vorhanden sind. Als solche kommen der Jordan mit seinen östlichen Nebenflüssen und der kleine, aber wasserreiche Audsche-Fluß in Betracht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Bauklempner.

Die Bauklempner waren zu einer Versammlung am Donnerstagabend nach der Brauerei Friedrichshain eingeladen, um den Bericht über die bisherigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt entgegenzunehmen. Sie waren sehr zahlreich der Einladung gefolgt, denn es galt, eine wichtige Entscheidung zu treffen. Wie schon berichtet, stockten die Verhandlungen vor dem Einigungsamte bei der Frage der Akkordarbeit. Die Arbeiter selbst sollten nun entscheiden, ob ihre Vertreter in dieser Frage vor dem Einigungsamte Konzessionen machen dürfen. Cohen erstattete den Bericht über die Verhandlungen und ging sehr bald zu der Hauptfrage, der Akkordarbeit, über. Als er erwähnte, daß die Meister geäußert hatten, die meisten und die leistungsfähigen Arbeiter wünschen die Akkordarbeit, wurde heftiger Widerspruch laut. Als Cohen weiter sagte, daß man von ihm erwartete, daß er den Klempnern die Zulassung der Akkordarbeit empfehlen sollte, gab sich große Entrüstung kund. Der Redner wies ausdrücklich darauf hin, daß bei der geheimen Abstimmung, die vorgenommen werden sollte, wahrscheinlich das Schicksal des Tarifvertrages überhaupt entschieden werde. Er erklärte, daß durch die Ablehnung der Akkordarbeit ein Kampf heraufbeschworen werden kann, der an Schwere und Dauer alle bisher von den Klempnern geführten Kämpfe übertreffen mag. Die Freunde der Akkordarbeit sollten in der Diskussion freien Spielraum haben, und dann möchte jeder mit Ernst erwägen, wofür er sich bei der Abstimmung entscheiden wolle.

Zahlreiche Redner meldeten sich zur Diskussion. Von allen wurde energisch, oft mit Leidenschaft, gegen die Zulassung der Akkordarbeit gesprochen. Anhänger der Akkordarbeit meldeten sich trotz besonderer Aufforderung überhaupt nicht. Die geheime Abstimmung, an der sich einem Antrage gemäß nur Bauklempner zu beteiligen hatten, wurde darauf vorgenommen. Das Resultat war überraschend einstimmig eine Verurteilung der Akkordarbeit. 912 Stimmen wurden abgegeben, davon waren **910 Stimmen gegen die Akkordarbeit** und nur eine einzige Stimme dafür; ein weißer Zettel wurde abgegeben. Mit großem Beifall begrüßte die Versammlung die Verkündung des Resultats und besprach dann noch weiter die Verhandlungen vor dem Einigungsamt.

Vor dem Einigungsamt

werden die Verhandlungen über den Bauklempnertarif, die am Dienstag vertagt werden mußten, am Freitagmittag wieder aufgenommen. Cohen gab das Resultat der Versammlung vom Donnerstagabend bekannt. Kunitz als Obmann der Arbeitgeberkommission erklärte demgegenüber, daß die Arbeitgeber an ihrer Tarifvorlage festhalten würden.

Zunächst entspann sich nun eine längere Debatte über — den Bericht des „Vorwärts", betreffend die Verhandlungen vom Dienstag. Die Arbeitgeber bemängelten den Bericht als parteiisch in bezug auf die Darstellung des kleinen Sturmes, der bei der Debatte über die Jungausgelernten ausgebrochen war. Obermeister Berger hatte nämlich über die jungen Leute, die nichts verständen und denen man bis zum 23. Jahre nur den vorgeschlagenen geringeren Lohn zahlen könnte, geklagt. Darauf hatte Cohen eine Antwort gegeben, über welche die Meister sich aufregten, besonders als sie sahen, wie der eine Beisitzer, der Baumeister Heuer, in Harnisch geriet. Heuer nahm am Freitag auch Stellung gegen den Bericht und machte einige Ausfälle gegen den „Vorwärts". Cohen hatte nämlich seine Worte gegen Berger später zurückgenommen, weil dieser auch nichts gesagt haben wollte. Cohen verstand sich zu einer Erklärung, damit der Gang der Verhandlungen nicht unter einer plötzlich ausbrechenden Mitzhelligkeit leide. Dieses nebensächliche Moment hatte der „Vorwärts" nicht gebracht, dagegen das Hauptmoment betont, denn Berger hatte tatsächlich und unter der Beistimmung von einigen Meistern über die schwachen Leistungen der Jungausgelernten geklagt. Daß Cohen dieses eigentümliche Geständnis sofort festhielt, behagte den Meistern natürlich nicht, und als Baumeister Heuer die Klempnermeister in ihrer Bedrängnis sah, geriet er in eine heftige Erregung. Warum sollte der „Vorwärts" diese Blöße, welche sich die Meister und der Beisitzer Heuer gaben, liebevoll zudecken? Mit Recht betonte Cohen, daß der „Vorwärts" die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen bestrebt ist, wie die bürgerliche Presse sich stets auf die Seite der Unternehmer stellt. — Das Gericht zog sich in dieser Sache zu einer kurzen Beratung zurück und kam zu dem Beschluß, den Fall als erledigt zu erklären. Der Vorsitzende, Herr v. Schulz, fragte dann die Parteien, ob sie Vermittelungsvorschläge den Tarif betreffend zu machen hätten. Die Frage wurde von beiden Seiten verneint. Nach längerer Beratung und nach einigen Konferenzen zwischen den Parteien verkündete der Vorsitzende, daß das Gericht zu keinem Schiedsspruch gekommen sei. Beide Parteien ständen sich so entschieden gegenüber, daß der Vorsitzende von seinem Rechte Gebrauch machte, sich der Stimme zu enthalten. Damit sind die Verhandlungen vor dem Einigungsamt gescheitert.

Der Streik der Kostümschneider und -Schneiderinnen

hat gestern bereits zu einem immerhin bemerkenswerten Erfolg geführt. Die Firma Spitzer in der Mohrenstraße, die dem Arbeitgeberverband angehört und mit ihren 150 Arbeitern und Arbeiterinnen zu den bedeutendsten Geschäften der Kostümbranche zählt, hat einen Tarifvertrag mit der Organisation abgeschlossen, wie Knoop gestern abend in der Vertrauensmännersitzung der Streikenden berichtete. Der Mindestlohn ist für die männlichen Arbeiter, die schon seit der vorigen Saison bei der Firma tätig sind, auf 42 M. festgesetzt, für alle die, die erst in dieser Saison eingetreten sind, auf 41 M., und für die Neueintretenden auf 40 M., mit der Maßgabe, daß die Löhne nach der Beschäftigungsdauer den höheren Sätzen entsprechend steigen. Für die Arbeiterinnen wurde unter anderem eine allgemeine Lohnzulage sowie auch die Vergünstigung erzielt, daß die anderthalb Stunden, die Sonnabends und vor Festtagen früher Feierabend gemacht wird, bezahlt werden, so daß beides zusammen bereits eine Erhöhung von 2,40 bis 2,70 Mk. ausmacht. Im übrigen sind selbstverständlich auch für die Arbeiterinnen Mindestlöhne festgesetzt, sowohl für die jungen Zuarbeiterinnen wie für die geübten Arbeiterinnen. Es sind hierfür mit der Firma besondere Abmachungen getroffen, weil die Arbeitsmethode dort eine andere ist als in den übrigen Geschäften der Branche. Sowohl die Organisationsleitung wie die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma haben den Vereinbarungen zugestimmt und beschlossen, die Arbeit dort heute morgen wieder aufzunehmen. — Andere Firmen haben gestern wieder um Verhandlungen nachgesucht. Im übrigen hat sich der Streik noch weiter ausgedehnt. In Geschäften, wo die Arbeiterinnen nicht sogleich für die Bewegung zu gewinnen waren, haben sie gestern die Arbeit eingestellt. Gerüchtweise verlautet, daß der Arbeitgeberverband am Montag eine Generalaussperrung aller noch in der Branche tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen durchführen will. Es wird aber dann wohl nicht mehr viel auszusperren sein, und eine solche Maßregel wird den Unternehmern sicherlich auch keinen Erfolg bringen.

In der Vertrauensmännersitzung wurde wiederum über das Verhalten der Polizei Beschwerde geführt, die es sich angelegen sein läßt, die Geschäftshäuser der bestreikten Unternehmer mit dem Aufgebot einer zahlreichen Mannschaft zu bewachen und den Streikposten ganze Straßenzüge und Plätze zu verbieten. So wird unter anderem berichtet, daß die Firma August Michels in der Leipziger Straße drei Hausdienern Auftrag erteilt hat, heute morgen schon von 7 Uhr ab vor dem Hause zu stehen und jeden Streikposten, der sich dort blicken läßt, der Polizei zu übergeben, gerade als ob die Polizei jederzeit auf Kommando der Firma oder ihrer Hausdiener jede noch so rechtswidrige Verhaftung vornehmen müßte.

Die Streikenden lassen sich aber auch durch solche Machenschaften nicht abhalten, ihre Pflicht zu tun und in aller Ruhe und Höflichkeit für Aufklärung solcher Arbeiter und Arbeiterinnen zu sorgen, die dessen noch bedürfen. Sollten wirklich Verhaftungen wegen Anwendung des Koalitionsrechtes erfolgen, so ist für Ersatz gesorgt, und tapferes Ausharren wird trotzalledem zum Ziele führen.

Eine Streikbrecherlüge

wird in der letzten Nummer des Organs der Gelben, „Der Bund", verbreitet. Es heißt da, zwei in der Fabrik von Busse u. Co. beschäftigte Arbeitswillige seien am 18. März beim Verlassen der Fabrik von „einer ganzen Horde von Streikenden" angegriffen und auf das schwerste mißhandelt worden.

Diese Darstellung, die augenscheinlich von einem beteiligten Arbeitswilligen herrührt, ist falsch. Ungefähr das Gegenteil dessen, was „Der Bund" behauptet, ist richtig. Nicht „eine ganze Horde von Streikenden" hat einen Arbeitswilligen angegriffen, sondern ein roher Patron aus den Reihen der Arbeitswilligen hat einen Angriff ausgeführt und von dem Angegriffenen in der Abwehr allerdings einige Schläge bekommen. Der Vorfall hat sich so abgespielt: Ein Mann, der den Streikenden nicht bekannt ist und nicht zu ihnen gehört, sprach einen der Arbeitswilligen an. Sofort trat der Arbeitswillige zurück, zog unter dem Rock eine etwa 40 Zentimeter lange und 2 Zentimeter dicke Eisenstange hervor und schlug damit dem, der ihn angeredet hatte, über den Kopf. Der wuchtige Schlag erzeugte eine blutende Wunde. Der so Angegriffene holte nun irgendeinen Gegenstand, vielleicht einen Schlüssel, aus der Tasche und führte in der Verteidigung einen Schlag gegen den Kopf des Angreifers, der ebenfalls eine blutende Wunde erzeugte. Der Vorfall spielte sich auf einer stark belebten Straße ab. Ein Kamerad des gewalttätigen Arbeitswilligen rannte schleunigst davon. Leute aus dem Publikum verfolgten ihn. Anscheinend hielten sie ihn für den Angreifer und glaubten, er wolle sich der Feststellung seiner Persönlichkeit entziehen. Der Mann wurde ergriffen und wie das bei solchen Gelegenheiten leider stets zu geschehen pflegt, wenn das Publikum glaubt, einen Schuldigen auf frischer Tat ergriffen zu haben, erhielt der Mann eine Tracht Prügel. Streikende haben sich hieran nicht beteiligt.

Nach Angabe des „Bundes" sollen zwar die „gewalttätigen Streikenden" durch die Polizei festgestellt worden sein. — Richtig ist nur, daß am Tage nach dem genannten Vorfall zwei der Streikenden von Arbeitswilligen als Teilnehmer an der Prügelei bezeichnet und darauf festgestellt wurden. Die beiden versichern jedoch, daß sie sich an der Schlägerei nicht beteiligt, sondern nur zufällig Zeugen derselben waren und von der gegenüberliegenden Seite der Straße aus dem Vorgange zusahen.

„Der Bund" hat also, um den ihm verhaßten Streikenden eins auszuwischen und die Polizei auf sie zu hetzen, wieder einmal die Wahrheit auf den Kopf gestellt.

Deutsches Reich.

Generalaussperrung beschlossen!

Der Verband der schlesischen Textilindustriellen faßte folgenden Beschluß:

„Falls bei der Firma „Schlesische Buntweberei" in Langenbielau ausständige Arbeiter nicht bis Freitag die Arbeit wieder aufgenommen haben, wird allen organisierten Textilarbeitern in Reichenbach, Langenbielau und Peterswaldau gekündigt."

Der Ausschuß des Verbandes schlesischer Textilindustrieller (E. V.) hatte bereits in seiner Sitzung vom 22. d. M. die Fortsetzung des von den Arbeitern begonnenen Streiks für unberechtigt (!) erklärt. Die durch die Verbandskommission vorgenommene Prüfung habe ergeben, daß die von der Firma im Laufe der Verhandlungen zugestandenen Lohnsätze die äußerste Grenze dessen darstellten, was von seiten der Unternehmung, wenn sie konkurrenzfähig bleiben solle, gewährt werden könne. —

Etwas anderes war von den Scharfmachern natürlich nicht zu erwarten; trotzdem werden aber die streikenden Arbeiter nicht eher von ihren Forderungen abgehen, bis sich die Firma dazu verstanden hat, ihnen Entgegenkommen zu zeigen. —

Streik und Aussperrung der Textilarbeiter in Grefrath beendet. Den Mouquetwebern der Firma Schwarz u. Co. in Grefrath bei Kempen wurde der Lohn um 20 Pf. pro Meter (zirka 30 Proz.) gekürzt. Eine solche Lohnreduzierung wollten sich die Weber nicht bieten lassen, und als die Firma sich auf keine Verhandlungen einließ, vielmehr den „Herr im Hause"-Standpunkt hervorkehrte, stellten die in Betracht kommenden 56 Textilarbeiter die Arbeit ein. Die Firma wollte nun in der Weise einen Druck auf die Streikenden ausüben, indem sie ihre übrigen Arbeiter aussperrte; es lagen so insgesamt zirka 300 Arbeiter auf dem Pflaster.

Als die Vertreter der Firma sahen, daß die Arbeiter trotz der wirtschaftlichen Depression nicht mürbe wurden, zeigten sie sich zu Verhandlungen geneigt, die dann unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Grefrath stattfanden. Es ist nun eine Einigung dahin zustande gekommen, daß die Streikenden in eine Lohnreduzierung von 10 Pf. pro Meter willigen, dagegen die Meterlöhne auf andere Ware erhöht wurde, und zwar um 3 bis 10 Pf. Auch wurden die Löhne der Schlosser erhöht, so daß der 5wöchentliche Streik mit einem vollen Erfolg der Arbeiter endete. Wurde auch die Lohnreduktion auf den einen Artikel nicht ganz abgewehrt, so erzielten die Arbeiter doch auf andere Ware Lohnerhöhungen, so daß ein Ausgleich erfolgt. Am Freitag wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In der Waggonfabrik zu Bautzen sind Differenzen ausgebrochen. Die Direktion hat 56 Stellmacher, die sich weigerten, an vier Tagen der Woche je zwei Ueberstunden täglich zu machen, kurzer Hand entlassen.

Zur Tarifbewegung der Münchener Bäckergehilfen.

Die Kardinalforderung der diesjährigen Tarifbewegung der Münchener Bäckergehilfen ist die Forderung des 36stündigen wöchentlichen Ersatzruhetages. Die Arbeitnehmer sehen diesem Verlangen den denkbar größten Widerstand entgegen. Angesichts eines derartigen Verhaltens wäre ein geschlossenes Vorgehen der ganzen Gehilfenschaft notwendig gewesen; die Christlichen dachten aber anders und reichten — obwohl nur 56 Männlein — eine eigene Tarifvorlage ein, die eine 26stündige Ruhezeit an den Sonntagen verlangt. Vor dem Gewerbegericht haben unter dem Vorsitz des Gerichtsrats Dr. Prenner die Einigungsverhandlungen begonnen. Vor Eintritt in die Verhandlung gab der Obermeister der Bäckerinnung namens der Meisterschaft die Erklärung ab, daß die Unternehmer nur dann in Verhandlungen sich einlassen, wenn die Forderung des 36stündigen Ruhetages von den Gehilfen zurückgezogen und die Verhandlungen auf der Basis des seitherigen alten Tarifes geführt werden. Die Meister wären dann bereit, den Gehilfen eine erweiterte Sonntagsruhe zuzugestehen. Die Gehilfenvertreter erklärten, daß davon keine Rede sein könne. Nach längerer Diskussion kamen die Gehilfenvertreter den Meistern insofern entgegen, als für Großbetriebe der wöchentliche 36stündige, für mittlere und kleinere Bäckereien der 14tägige, drei- oder vierwöchentliche Ruhetag festgesetzt werden soll. Aber auch diese Vorschläge erklärten die Meister für undiskutabel. Zu Beginn der Nachmittagssitzung brachten die Meister eine Tarifvorlage ein, die eine minimale Lohnerhöhung vorsieht und als Ersatz für den 36stündigen Ruhetag den Gehilfen Urlaub gewähren will, und zwar nach einjähriger Beschäftigung 3 Tage und nach 2 Jahren 5 Tage. — Eine Gehilfenversammlung nahm zu dieser Tarifvorlage Stellung und lehnte die Tarifvorlage ab, weil in dem angebotenen Urlaub kein angemessener Ersatz für den Ausfall des 36stündigen Ruhetages erblickt werden könne. Auch die Meisterschaft hatte inzwischen eine Versammlung. Die Meistervertreter wurden beauftragt, jede Forderung auf den Ersatzruhetag zurückzuweisen und keinerlei Zugeständnisse, als sie in der Tarifvorlage enthalten sind, zu machen. Am Freitag werden die Verhandlungen vor dem Einigungsamt wieder aufgenommen. Handeln die Vertreter der Meisterschaft wirklich nach dem ihnen gewordenen Auftrag, dann ist an eine friedliche Beilegung der Bewegung nicht zu denken und ein Kampf unvermeidlich.

Zuzug von Bäckern und Konditoren nach München ist strengstens fernzuhalten.

Noch eine Scharfmacher-Gründung.

Eine in Weimar von etwa hundert Industriellen besuchte Versammlung beschloß nach Referaten des Syndikus Dr. Schneider und Reichstagsabgeordneten Stresemann die Gründung eines „Verbandes Thüringer Industrieller". Zum Vorsitzenden des neuen Verbandes wurde Landtagsabgeordneter Fabrikbesitzer Pferdekämpfer-Weida gewählt. Als Vertreter des „Verbandes sächsischer Industrieller" nahmen drei Vorstandsmitglieder desselben an der Versammlung teil.

Ausland.

Der Streik der Möbeltischler in Zürich. Wer bis heute in dem freien Zürich noch nicht überzeugt gewesen ist, daß das bundesrätlich verbriefte Recht: „Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich", nur auf dem Papier steht, der mußte es diese Woche werden.

Nachdem Möbelfabrikant Aschbacher vor zwei Wochen die äußerste Zuvorkommenheit der Züricher Polizei und des Kaufbürgertums erfahren und im selben Moment Streikposten stehende Arbeiter wie Verbrecher gefesselt auf die Polizeiwache geschleppt wurden, konnte dieser Herr ruhig weiter provozieren. Nach dem Einzug der „Jubiläumsarbeiter" in Zürich, der einige harte Zusammenstöße zur Folge hatte, wurde vom Stadtrat das Streikpostenstehen nach abends 6 Uhr bis morgens 8 Uhr verboten, aber kurz darauf das Verbot wieder sistiert, nachdem wieder etwas Ruhe im Lande war. Der Polizeivorstand hat dann Aschbacher ersucht, von weiteren Zuzügen „Arbeitswilliger" abzustehen, um neuen Tumulten vorzubeugen. Dies genierte ihn jedoch wenig. Am Montag, den 22. März, kamen neun Stück neue Kulis, von einem der bekannten Gelben in Berlin „angekauft", in Zürich an. Die Holzarbeiter, beizeiten in Kenntnis gesetzt, waren natürlich auf der Hut und bis nach Schaffhausen hatten sie ihre Vorposten geschoben, wo diese sich dann in den Zug, der die „Nichtraucher" bringen sollte, setzten. In Eglisau stiegen jedoch alle neun aus und wurden dann in drei Automobilen nach Zürich geschafft. Wieder war es unserer Polizei zu verdanken, daß der Streich gelang, die neun Kulis in die Fabrik einzuschmuggeln, wobei wieder zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden.

Der Gewerbeverband, der den Stadtrat mit Briefen, Zeitungen und persönlich bestürmte, den Streik dadurch niederzuschlagen, daß er von neuem das Streikpostenstehen gänzlich verbiete, fiel aber an Einsicht der Stadträte, daß solches die Sanktionierung eines einseitigen Willküraktes sei, gründlich ab und wandte sich an den Regierungsrat, wo ihm willig Gehör geschenkt wurde. Der Regierungsrat ging sogar noch etwas weiter, als von ihm verlangt wurde.

Dienstag, den 23. März, wurde das Edikt erlassen, laut welchem das Streikpostenstehen, öffentliche Kundgebungen, die mit dem Streik zusammenhängen, bei sofortiger Ausweisung für Ausländer, oder Gefängnisstrafe und Bußen für Schweizerbürger gänzlich verboten wird. In demselben Zirkular ist noch angeführt, daß (wohl um ein Exempel zu statuieren) drei Ausländer ausgewiesen werden.

So hätten die Schweizer es also erreicht, daß die oberste Regierung eines Kantons sich nicht mehr schämt, zugunsten der Unternehmer die Arbeiter, die um ihr Notwendigstes kämpfen, ihres primitivsten Rechtes zu berauben. Und dies in einem Staate, der sich Republik schimpft und in dem die Behörden vom Volke gewählt werden. Es wird die Zeit kommen, wo ihnen das Volk dies gründlich mit Wucherzinsen heimzahlen wird.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen, lest die Parteipresse!

Immer weiter greift die Frauenarbeit um sich, immer schrecklicher wütet die Krise, die unzertrennliche Begleiterin des Kapitalismus; immer höher steigen die Preise der Lebensmittel. Am härtesten getroffen von all diesen Erscheinungen wird die Arbeiterfrau! Sie muß neben der Fabrik- oder Heimarbeit noch die häusliche Bürde tragen, sie muß die Kinderschar versorgen und sich das arme Hirn zermartern, um mit ein paar Groschen die allerdringlichsten Lebensbedürfnisse bestreiten zu können. Sie rechnet hin und her und doch können all ihre Rechenkünste nicht die Tatsache fortbringen, daß ihr Wochenbudget nicht ausreicht. Und kennt sie die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge nicht, so schiebt sie die ganze Schuld für ihre Qual ihrem Schlächter, Bäcker, Kohlenhändler und Hauswirt zu. Bei ihrem beengten Wissen und ihrer beschränkten Weltkenntnis wird sie die tiefer liegenden Ursachen des Uebels nicht erkennen, die verschlungenen Fäden der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht entwirren können. Wenn sie auf eins der billigen bürgerlichen Sensationsblätter abonniert ist, wird sie sicher nicht aufgeklärt. Allenfalls wird sie erfahren, daß die Krise ein unabwendbares Ereignis sei, gleich Erdbeben und Wolkenbrüchen, daß der Zollwucher im eigensten Interesse der Arbeiterschaft liege, daß die indirekte Steuer eine ebenso segensreiche wie unumgängliche Notwendigkeit sei, daß die Armut von dem Nichtshaben komme und was dergleichen Weisheiten mehr sind. Und neben dem ödesten Klatsch und der erschöpfenden Ausbeutung intimer Angelegenheiten bekannter Personen, machen diese „Organe für das Volk" mit Vorliebe in triefender Frömmigkeit und widerlichem Byzantinismus. Und sie suchen die bestehenden Gegensätze zwischen Armut und Reichtum, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zu verschleiern. Ueber die Rechtlosigkeit der Frau, über die Ausnützung der Frauen und Kinder im Dienste des Kapitalismus, über die grauenhaften Zustände in der Heimindustrie, über das Sklavenlos der Dienstboten und Landarbeiter, kurz, über alle solche Tatsachen geht man mit nichtssagenden Redensarten hinweg. Ist es nicht geistiger Selbstmord, Verrat an der eigenen Klasse, derartige Blätter zu lesen und mit den sauer erworbenen Groschen zu unterstützen? Gebietet nicht das eigene Interesse und die Klugheit dem arbeitenden Volke, diese Sorte Presse aus dem Hause zu entfernen? Gibt es nicht eine sturmerprobte Arbeiterzeitung, die die Interessen der Arbeiter vertritt? Gibt es nicht für die Arbeiterinnen ein vorzügliches, reichhaltiges und belehrendes Organ, die „Gleichheit"! Sie ist die wackere Streiterin im Kampfe für Frauenrechte, für Menschenrechte, die treffliche, aufklärende Führerin in allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die liebevolle Bildnerin und Erzieherin, die in einer prächtigen Kinderbeilage sorgfältig ausgesuchte Märchen, Erzählungen und Gedichte auch den Kindern einen unvergleichlichen Schatz fürs Leben bietet. Deshalb hinaus aus dem Arbeiterheim mit den Klatsch- und Verdummungsblättern! Genossinnen! Arbeiterinnen! Werbt, agitiert für die Arbeiterpresse, den „Vorwärts" und die „Gleichheit".

„Osterhäschen."

Vor Weihnachten hatten einige Genossinnen Berlins sich der Arbeit unterzogen, Spielwaren, hergestellt von der Sonneberger Arbeiterschaft, zum Selbstkostenpreis an die Arbeiter Berlins zu vermitteln. Auf unseren Hinweis, daß im Gewerkschaftshaus die Spielwaren feilgeboten würden, waren die Käufer in so großer Anzahl gekommen, daß längst nicht alle befriedigt werden konnten. Natürlich werden die Genossinnen in diesem Jahre den Verkauf besser organisieren, damit die Käufer ihren Bedarf vollständig decken können und unseren Sonneberger Genossen und Genossinnen ein frohes Weihnachtsfest bereitet werden kann.

Doch wollen die Genossinnen nicht bei dem Verkauf von Weihnachtssachen stehen bleiben. Sie haben jetzt zu Ostern „Osterhäschen" und sonstige niedliche Attrappen kommen lassen, die am Sonnabend, den 3. April, nachmittags von 5—10 Uhr und am Sonntag, den 4. April, von mittags 12 bis abends 8 Uhr verkauft werden sollen.

Wir sind überzeugt, es bedarf nur dieses Hinweises, um zu bewirken, daß die altbekannte Solidarität der Berliner Genossinnen wiederum sich glänzend zeigt. Sie werden ihre „Osterhäschen" für ihre Kleinen im Gewerkschaftshause kaufen und unsere Sonneberger Genossen auf diese Weise unterstützen.

Versammlungen.

Die Sektion der Gips- und Zementbranche des Zweigvereins Berlin des Maurerverbandes hielt am Mittwoch ihre Generalversammlung in den Arminhallen ab. Zu dem Jahresbericht, der gedruckt vorlag, nahm der Vorsitzende Haese das Wort. Die in der Gips- und Zementbranche Arbeitenden hatten im Berichtsjahr 1908 in demselben Maße wie die übrigen Berufsangehörigen durch lange anhaltende Arbeitslosigkeit zu leiden. In den Jahren 1903 bis 1906 hatte infolge der Hochkonjunktur im Baugewerbe und infolge der Einführung des Eisenbetonbaues in Berlin sich die Zahl der Berufsangehörigen verdoppelt. In beiden Branchen (Gipsbaubranche und Betonbranche) zusammen stieg die Zahl von 2500 im Jahre 1903 bis auf 5250 in den Jahren 1905 und 1906. In diesen Zahlen sind auch die Ausländer mit eingerechnet, und zwar sind in jedem Jahre über 600 Italiener in Groß-Berlin als Rabitzputzer, Zement- und Terrazzoarbeiter beschäftigt. Im Juli 1908 betrug die Zahl der im Beruf beschäftigten Arbeiter nur noch 3545. Sie verringerte sich bis zum Jahresschluß auf etwa 2600. Mit dem Zurückgehen der Zahl der Beschäftigten ist auch die Zahl der Mitglieder der Sektion zurückgegangen. Am Schluß des Jahres betrug sie 1240. Davon waren 382 Rabitzputzer, 272 Rabitzspanner, 131 Zementierer, 205 Einschaler, 123 Träger und 127 Hilfsarbeiter. Verschiedene Firmensperren wurden notwendig. Zwei Tarifverträge wurden abgeschlossen, einer für die Gipsbaubranche und einer für die Betonbranche. Bei Behandlung des Arbeitsnachweises rügte Redner das in der schlechten Geschäftszeit eingerissene Ueberlaufen der Arbeitgeber.

Der Kassierer Derfel erstattete den Kassenbericht, zunächst den für das 4. Quartal des verflossenen Geschäftsjahres, das mit dem 10. Januar 1909 schloß. Der Bestand vom 3. Quartal betrug 11 492,65 M. Einschließlich dieses Bestandes betrug die Gesamteinnahme 19 594,55 M. Ausgegeben wurden 9147,08 M. Am 10. Januar verblieb demnach ein Bestand von 10 447,47 M. Die Jahresabrechnung (11. Januar 1908 bis 10. Januar 1909) weist eine Nettoeinnahme von 38 770,43 M. auf, wozu 14 598,74 M. als Bestand vom Jahre 1907 kamen. Zusammen waren es also 53 369,17 Mark. Die Gesamtausgabe betrug 42 921,70 M. Als Bestand verblieben 10 447,47 M.

Die verstorbenen Mitglieder, deren Namen verlesen wurden, ehrte die Versammlung in der üblichen Weise. Dabei wurde auch des Genossen Rehbein gedacht, der früher öfter als Berichterstatter des „Vorwärts" und als Referent in die Versammlungen der Sektion gekommen ist.

Der Antrag des Sektionsvorstandes, für das neue Geschäftsjahr nur einen Beamten anzustellen, dem die Geschäftsleitung obliegt, wurde ohne Debatte angenommen. Zum besoldeten Sektionsleiter wurde Haese mit großer Mehrheit gewählt.

Revisoren wurden Herrmann, Korte und Schubert. Gewählt wurden ferner in die Schlichtungskommission der Betonbranche Scheerbarth, in die Schlichtungskommission der Gipsbranche Sasse und Grundmann. Beiden Schlichtungskommissionen gehört ferner nach einem Beschluß der Sektionsleiter Haese an.

Der Antrag auf Verschmelzung der Lokalkasse mit der Zweigvereinskasse wurde in geheimer Abstimmung abgelehnt.

Angenommen wurde ein Antrag, daß die Arbeitslosenmarke diejenigen Kollegen, die sich wöchentlich zweimal (Dienstags und Freitags) zur Kontrolle melden, aus der Lokalkasse bezahlt erhalten. Durch ein Flugblatt werden die Mitglieder darüber noch informiert werden.

Die bereits gewählten Hilfskassierer wurden bestätigt.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher. Die Berliner Mitgliedschaft nahm in einer am Donnerstag abgehaltenen Mitgliederversammlung den Bericht von dem kürzlich in Köln abgehaltenen Verbandskongreß, über den im „Vorwärts" ausführlich berichtet wurde, entgegen. Link gab den ersten und Klotz den zweiten Teil des Berichts. — In der Diskussion bemängelt ein Redner die Geheimtuerei des Verbandstages in der Tariffrage. Die Meister erführen die Beschlüsse ja schließlich doch, die Kollegen aber ständen bei dem Schweigegebot einfach im Dunkeln. Diesem Schweigegebot hätten die Delegierten auf keinen Fall zustimmen dürfen. Die erste Bedingung in einer derart wichtigen Frage sei doch, die Kollegen beizeiten zu unterrichten und Klarheit zu schaffen. Auf keinen Fall dürften die Delegierten in Zukunft sich derartigen Bestimmungen unterwerfen. Den Standpunkt, daß das Projekt einer Verschmelzung mit der gesamten Baubranche nicht zeitgemäß sei, könne er nicht teilen. Eine Verschmelzung sämtlicher Bauarbeiterorganisationen würde die Stoßkraft der Arbeiter erhöhen. — Ein anderer Redner erklärt, das Schweigegebot sei aus wohlüberlegten taktischen Erwägungen gefaßt worden. Die kommende Zeit sei nicht geeignet, die Unternehmer jetzt schon in die Karten der Arbeiter sehen zu lassen. Bezüglich der Verschmelzungsfrage sei von einem dringenden Verlangen seitens der in Betracht kommenden Organisationen noch nichts zu konstatieren. Die Vorteile, die aus einer Verschmelzung erwachsen würden, verkenne er nicht, allein der Gedanke sei eben im allgemeinen noch nicht genügend durchgedrungen.

In der weiteren Debatte bringt ein Redner zum Ausdruck, daß der Beschluß in der Frage der Arbeitslosenunterstützung äußerst unglücklich sei. Er sei vollkommen unzulänglich und trage nur Verbitterung in die Reihen der Kollegen. Kann der Verband zurzeit die Unterstützung nicht obligatorisch einführen, so hätte er eben noch einige Jahre warten müssen. Die freiwillige Extraleistung sei verfehlt.

In seinem Schlußwort führt Link unter anderem aus: In der Tariffrage habe er sich auf dem Verbandstag durchaus nicht mit seiner früheren Stellungnahme in Widerspruch gesetzt. Er und die anderen Redner hätten sich gegen Akkordtarif und Minimalleistung ausgesprochen. Von Geheimniskrämerei könne keine Rede sein. Ein Bauindustrieverband sei unter den obwaltenden Verhältnissen nicht möglich. Klotz wies noch am Schlusse auf die demnächst vom 4.—15. April stattfindende Umfrage über Lohn- und Arbeitsverhältnisse hin und bittet um rege Beteiligung und gewissenhafte Ausfüllung der Listen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Poststreik vor der Kammer.

Paris, 26. März. (W. T. B.) Die Deputiertenkammer lehnte eine Tagesordnung, **die den Beamtenausstand mißbilligt und die unentschiedene Haltung der Regierung bedauert, mit 298 gegen 171 Stimmen ab.** Der Ministerpräsident **bekämpfte eine einfache Tagesordnung.** Er erklärt, er wolle niemand verfolgen, müsse aber sein Disziplinarrecht aufrecht erhalten. (Stärkerer Beifall.) Die einfache Tagesordnung wurde darauf mit 277 gegen 204 Stimmen **abgelehnt.** Clemenceau nahm eine Tagesordnung an, die den Beschluß enthält, **den Beamten ein gesetzliches Statut zu gewähren, das Recht zum Ausstande auszuschließen** und der Regierung das Vertrauen auszudrücken.

Paris, 26. März. (W. T. B.) Minister Barthou hat die **Delegierten der Postbeamten für morgen vormittag zu sich berufen.**

Friedensschalmeien.

Belgrad, 26. März. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die Nachricht von der Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina seitens Rußlands hat in Belgrad **die letzten Hoffnungen, welche schon durch die Abdankung des Kronprinzen stark erschüttert worden, zunichte gemacht.** Selbst die überzeugtesten Optimisten, die des Erfolges der serbischen Sache sicher waren, sind **vollkommen niedergeschlagen.** Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß die Großmächte das serbische Volk endgültig auf Gnade und Ungnade Oesterreich-Ungarn ausgeliefert haben. Man ist endlich zu der Erkenntnis gelangt, daß die Macht der Staatskanzleien unvergleichlich größer ist als die Macht des slavenfreundlichen Teiles der europäischen Presse. **Förmlich über Nacht ist die Ernüchterung eingetreten.** Das seit sechs Monaten angefachte Kriegsfieber **ist plötzlich geschwunden.** Belgrad zeigt heute das Bild einer sehr ruhigen und friedlichen Stadt. Auch in Abgeordnetenkreisen herrscht **vollkommen friedliche Stimmung.** Unter dem Eindruck dieses großen Meinungsumschwunges bespricht die serbische Presse die Abdankung des Kronprinzen, welchen sie noch vor wenigen Tagen als Hoffnung des serbischen Volkes pries, fast einmütig in kühler Weise und gibt der Ansicht Ausdruck, daß dieser Schritt des Kronprinzen **ein Glück für das Land sei.** Nur Politika und Mali Journal bemühen sich, den Kronprinzen in Schutz zu nehmen.

10 Proz. Lohnreduktion.

New York, 25. März. (W. T. B. Auf deutsch-atlantischem Kabel.) Die Republican Iron Steel Company hat eine **Lohnreduktion von 10 Proz. angekündigt, von der 12 000 Arbeiter betroffen werden.**

Grubenexplosion.

Kattowitz, 26. März. (W. H.) Eine Dynamitexplosion richtete auf der Kleophasgrube große Verwüstungen an. Mehrere Holzbuden wurden weggefegt. **Ein Steiger und viele Bergleute wurden schwer verletzt, einer getötet.**

Doppelmord.

Ludwigshafen, 26. März. (W. H.) Ein schrecklicher Doppelmord hat sich heute vormittag 10½ Uhr in der Stadt ereignet. Der arbeitsscheue Bursche Blindwein, der mit einer Tochter der Familie Niedermayer ein Verhältnis unterhielt, drang in das Haus der letzteren ein und **erstach das Mädchen nach kurzem Wortwechsel mit einem Dolch.** Die Mutter, die zu Hilfe eilen wollte und krank zu Bette lag, zerrte der Mörder aus dem Bett und **schlug ihr mit einem Beil, das zufällig im Zimmer lag, den Schädel ein.** Der Täter ist verhaftet.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

234. Sitzung vom Freitag, den 26. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: **v. Bethmann-Hollweg, Sydow, Kraetke.**

Einige an die Budgetkommission zurückverwiesene Titel aus den Etats für das Reichsamt des Innern, für die Verwaltung des Reichsheeres, für die Postverwaltung werden nach den Anträgen der Kommission meist debattelos bewilligt. Nur beim Titel „Kommandanten" bemerkt

Abg. **Rogalla v. Bieberstein** (k.): Abg. Müller-Meiningen hat behauptet, der Kommandant von Swinemünde habe weiter nichts zu tun, als Salut schießen zu lassen, und habe selbst diese „schwere Pflicht" bei einem Besuch der englischen Flotte versäumt und zu spät Salut schießen lassen. Die englische Flotte kam damals früher als angekündigt, außerdem war der Kommandant krank, und es herrschte großer Nebel. Als der Nebel sich verzogen hatte, wurde Salut geschossen. (Heiterkeit links und im Zentrum.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (freis. Vp.): Der Vorredner bestätigt also, daß Salut erst geschossen wurde, als die englische Flotte längst vorbei war. (Große Heiterkeit links und im Zentrum.)

Bei einem Titel aus dem Postetat beantragt die Kommission, zu beschließen:

„Verträge sind dem Bundesrat und Reichstag in geeigneter Weise vor Beschlußfassung über die angeforderten Etatssummen zur Kenntnis zu bringen."

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Es folgt die Beratung der Etats über den Allgemeinen Pensionsfonds und den Reichs-Invalidenfonds.

Abg. **Erzberger** (Z.): Die Pensionierungen von Offizieren erfolgen in viel zu raschem Tempo. Bei pensionierten Offizieren, die sich in gutbezahlten Privatstellungen befinden, sollte das Gehalt auf die Pension angerechnet werden, eventuell durch eine Aenderung des Pensionsgesetzes. Die Verwaltung des Invalidenfonds ist nichts als eine gut bezahlte, für das Reich kostspielige Sinekure; würden die Herren eine dreistündige Bureauzeit haben, so wüßten sie überhaupt nicht, was sie im Bureau tun sollten. (Hört! hört! im Zentrum und links.)

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) schließt sich den Beschwerden des Abg. Erzberger an. Diejenigen Offiziere, welche „krankheitshalber" pensioniert werden, um das väterliche Gut zu übernehmen, könnten auch ohne Pension den notleidenden Landwirt spielen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Generalleutnant **v. Vallet des Barres** bestreitet, daß die Offizierspensionen zu schnell gestiegen sind: in den letzten 20 Jahren sind sie nur um 90 Proz., dagegen die der Mannschaften um 124 Proz., die für die Hinterbliebenen sogar um 225 Proz. gestiegen.

Damit schließt die Diskussion. Die Etats des Pensions- und Invalidenfonds werden bewilligt, eine von der Kommission beantragte Resolution, welche die wesentliche Verbilligung der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds fordert, wird angenommen.

Es folgt der Bericht der Budgetkommission über die vom Bundesrat festgestellte neue Fassung der Grundsätze für die Besetzung der mittleren, Kanzlei- und Unterbeamtenstellen bei Reichs-, Staats-, Kommunalbehörden usw. mit Militäranwärtern.

Die Budgetkommission schlägt dazu eine Reihe von Resolutionen vor, in welchen eine Denkschrift über die Zivilversorgung der pensionierten Offiziere, Anordnungen behufs Erwerbung einer geeigneten Vorbildung der Militäranwärter für den Zivildienst, eine Verkürzung des Diätariats der Zivilanwärter gefordert werden, sowie daß bei der Anstellung die politische und religiöse Gesinnung der Anwärter nicht in Betracht kommen soll.

Nach einigen befürwortenden Bemerkungen des Abg. **Nacken** (Z.) und des Berichterstatters Grafen **Oriola** (natl.) werden die Resolutionen angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die

zweite Beratung eines Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

Auf Antrag Prinz **Schönaich-Carolath** wird zunächst über die allgemeinen Verkehrsvorschriften debattiert.

Abg **Schönaich-Carolath** (natl.) bezeichnet unter Zurückstellung weitergehender Wünsche die im Gesetz enthaltenen Verkehrsvorschriften als bedeutenden Fortschritt.

Abg. Graf **Carmer-Zieserwitz** (k.) schließt sich dem Vorredner an und wünscht moralische Chauffeure.

Die §§ 14—16 des Gesetzes werden angenommen.

Zu § 17 beantragen die Abgg. **Albrecht** und Genossen (Soz.) einen Zusatz, wonach der Bundesrat über die Dauer der zulässigen täglichen Arbeitszeit und die Ruhezeit der Chauffeure im Interesse der Sicherheit des Verkehrs Anordnungen zu treffen hat. Die Anordnungen des Bundesrats sind durch das „Reichsgesetzblatt" zu veröffentlichen und dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Uebermäßig ausgedehnte Arbeitszeit der Chauffeure bedeutet eine außerordentliche Steigerung der Automobilgefahr. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als wir daher Bestimmungen in dieser Richtung in das Gesetz einzufügen beantragten, erklärten die bürgerlichen Parteien, dahingehende Bestimmungen seien in die Gewerbeordnung, nicht in das Automobilgesetz einzufügen. In der Gewerbeordnungskommission hieß es umgekehrt: da es sich hier nicht oder doch nicht in erster Linie um Schutz der Arbeiter — also hier der Chauffeure — handle, sondern um die Sicherung des Publikums, so gehöre die Regelung dieser Frage in das Automobilgesetz, nicht in die Gewerbeordnung. So wurde Fangball gespielt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mehr als einmal wurde in Gerichtsverhandlungen festgestellt, daß die intensive Aufmerksamkeit, die vom Chauffeur im Interesse der Verkehrssicherheit zu fordern ist, nach Stunden angestrengten Fahrens nachließ und nachlassen mußte. Die Chauffeure haben denn auch ohne Unterschied der Parteirichtung auf ihrem letzten Kongreß Bestimmungen gegen die Ueberarbeit verlangt. Es ist dort ausgeführt worden, daß Chauffeuren

Fahrzeiten von 16, ja von 19 Stunden täglich

zugemutet worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.) Es mag ja merkwürdig erscheinen, daß wir Sozialdemokraten dem Bundesrat die Machtbefugnis zum Erlaß solcher Schutzbestimmungen geben wollen; wir gehen aber dabei von der Erwartung aus, daß der Bundesrat sich mit den Organisationen der Chauffeure in Verbindung setzen und das Gutachten von Sachverständigen hören wird. Wir bitten dringend, im Interesse der Chauffeure wie der allgemeinen Sicherheit unseren Antrag annehmen zu wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Prinz **Schönaich-Carolath** (natl.) bittet, das Gesetz nicht mit Schutzbestimmungen, wie der Vorredner sie fordere, zu beschweren. Es sei ganz undenkbar, daß die Chauffeure sich Fahrzeiten von 16—19 Stunden gefallen lassen.

Abg. **v. Oertzen** (Rp.) spricht sich in demselben Sinne aus und bittet ebenfalls um Ablehnung.

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Nicht grauer Theorie ist unser Antrag entsprungen. Was wir fordern, ist von den Praktikern gefordert worden, allerdings nicht von den Automobilbesitzern, sondern von den Fahrern, und zwar, wie ich schon ausgeführt habe, ohne Unterschied der Parteirichtung. Daß die Automobilbesitzer sich dagegen erklärt haben, stimmt allerdings. Am richtigsten wäre es, durch Gesetz die Ueberarbeit der Chauffeure zu verbieten, wir haben aber Entgegenkommen bewiesen und uns mit dem milderen Antrage begnügt, dem Bundesrat die Festsetzung zu überlassen. Wir erleben es oft genug, daß infolge der Uebermüdung von Bahnbeamten Eisenbahnunfälle sich ereignen; die armen Ueberarbeiteten werden dann dafür verantwortlich gemacht und vor Gericht geschleppt. Genau dasselbe trifft bei den Automobilfahrern zu. Dadurch, daß der Bundesrat die Bestimmungen erlassen soll, wird die Gefahr schematischer Regulierung vermieden. Hier darf doch nicht das Interesse der Automobilfexe ausschlaggebend sein. Erweisen sich die Bestimmungen des Bundesrats als unpraktisch, so können wir sie ja hier im Reichstag durch Gesetz abändern. Bedenken Sie, welche ungeheuren Ansprüche z. B. hier in Berlin an die gespannteste Aufmerksamkeit der Chauffeure gestellt werden, welch' ein Aufgebot von Geistesgegenwart dazu gehört, durch das Straßengewühl zu fahren, ohne ein Leben zu gefährden! Schon dem Publikum sind Sie es schuldig, unseren Antrag anzunehmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **v. Oertzen** (Rp.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie alles von ihrem städtischen Gesichtswinkel aus ansehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Unter Ablehnung des Zusatzantrages **Albrecht** wird § 17 in der Kommissionsfassung angenommen.

Es folgt die Beratung der Bestimmungen über **Haftpflicht** (§ 1—13).

Abg. **Stolle** (Soz.)

begründet die sozialdemokratischen Anträge, den § 2 zu streichen, welcher die Haftpflicht ausschließen will, wenn der Verletzte oder die beschädigte Sache durch das Kraftfahrzeug befördert oder der Verletzte bei dem Betriebe des Fahrzeuges tätig war. — Der nächste Absatz dieses Paragraphen will die Haftpflicht ausschließen, wenn der Unfall durch ein Fahrzeug verursacht wurde, das nur zur Beförderung von Lasten dient und auf ebener Bahn eine Geschwindigkeit von 20 Kilometern pro Stunde nicht überschreiten kann. Auch diesen Absatz beantragen wir zu streichen, geradeso wie den ersten, der geradezu ein Ausnahmegesetz gegen Chauffeure und Fahrgäste bedeutet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Bei der ersten Lesung hier im Hause herrschte fast einmütige Erbitterung über die Ausschreitungen der Automobilisten. Aber diese Stimmung hat kaum vier Wochen angehalten und war schon in der Kommission verflogen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zwar in der ersten Kommissionslesung lag auch noch ein Zentrumsantrag auf Streichung des zweiten Teiles des § 2 vor, dann ließ sich aber auch das Zentrum umstimmen. Die Umstimmung ist durch

mächtige Einflüsse außerhalb des Hauses

herbeigeführt worden (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten); namentlich war der kaiserliche Automobilklub an der Arbeit. (Hört! hört!) Auch Herr Träger ließ sich schließlich umstimmen, wenn auch mit dem bekannten „schweren Herzen". Auch Du, mein Sohn Brutus, bist umgefallen. (Große Heiterkeit.) Wenn die Haftpflicht in der Weise, wie die Kommission es leider vorschlägt, eingeengt wird, dann wird manche arme Gemeinde Krüppel zu ernähren haben, die der Fahrwut der Automobilisten zum Opfer gefallen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Irgend welche sachlichen Gründe für Beibehaltung des § 2 konnten im ganzen Verlauf der Kommissionsverhandlung nicht beigebracht werden. Man brachte bloß Redensarten vor, wie zum Beispiel: Lähmung der Industrie! Ach, solche Redensarten kennen wir. Damit kam man auch angerückt, als es sich um den Kinderschutz handelte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was bedeutet eine Maximalgeschwindigkeitsgrenze von 20 Kilometern, noch dazu für ein Lastautomobil? Wenn das die allgemeine Geschwindigkeit der Fahrzeuge werden sollte, dann werden Fußgänger den Fahrdamm nicht mehr überschreiten können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Lehnen Sie im Interesse der Gerechtigkeit den § 2 ab. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Bitter** (Z.): Den § 2 halten wir auch heute noch nicht für schön; wir haben ihn zwar akzeptiert, um nicht das Gute, was das Gesetz bringt, fahren zu lassen, zumal es uns im § 1 gelungen ist, das Gefährdungsprinzip statt des Verschuldungsprinzips zur Geltung zu bringen. — Auch für den § 6, welcher eine Höchstgrenze der Haftpflicht festsetzt, werden wir aus sozialpolitischen Gründen stimmen.

Abg. Graf **v. Carmer-Zieserwitz** (k.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Beschlüssen der Kommission, die zwar in den §§ 2 und 6 einige Bedenken erregen können, im ganzen aber gegenüber dem gegenwärtigen Zustande sehr erhebliche Verbesserungen bringen. Eine notwendige Ergänzung des Gesetzes muß die Zwangsversicherung der Automobilhalter sein, und wir erwarten von der Regierung möglichst bald die Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfs. (Beifall rechts.)

Abg. **Traeger** (frs. Vp.): Der Umfall, den mir der Abg. Stolle vorgeworfen hat, ist bei mir durch keine Einflüsse von außen hervorgerufen, ich habe keine Beziehungen zum kaiserlichen Automobilklub (Heiterkeit.) und auch die Rücksicht auf den verewigten Block (Schallende Heiterkeit) hat mich nicht geleitet. Umgefallen bin ich nicht mit schwerem, sondern mit blutendem Herzen (Heiterkeit), denn das blutende Herz ist ein absolut unentbehrlicher Körperteil. (Große Heiterkeit.) In Rücksicht auf die Verbesserungen im § 1 bitte ich, den § 2 anzunehmen, denn wer weiß, ob nicht bald wieder ein Zusammenstoß erfolgt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Delbrück** (frs. Vg.) verwahrt sich gegen den Vorwurf des Umfalls: sein persönlicher Standpunkt sei derselbe geblieben, aber man dürfe doch das Gesetz angesichts der Verbesserungen, die es bringt, nicht scheitern lassen. (Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Abg. Prinz zu **Schönaich-Carolath** (natl.): Wie notwendig das Gesetz ist, zeigt allein schon der Umstand, daß sich vom 1. Oktober 1907 bis zum 1. Oktober 1908 5312 Unfälle ereignet haben, daß 2630 Personen verletzt, 143 Personen getötet wurden. Das Gesetz bringt eine solche Fülle von Verbesserungen, daß es trotz der Bedenken, die gegen einzelne Bestimmungen vorgebracht werden können, angenommen werden sollte.

Abg. **Stolle** (Soz.):

Die Entschuldigungsgründe, die von den einzelnen Rednern für ihren Umfall vorgebracht sind, laufen darauf hinaus, daß im § 1 ausreichende Verbesserungen eingefügt sind, was jedoch keineswegs der Fall ist. Weiter sagen die Herren, sie wollen das Gesetz nicht scheitern lassen, und die Regierung habe doch erklärt, sie würde das Gesetz ohne den § 2 und den § 6 scheitern lassen. So etwas hat die Regierung hundertmal gesagt; wollten wir darauf etwas geben, so würden wir nur wenig Gesetze machen können. Wir sagen: Bange machen gilt nicht! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der § 6 setzt eine Höchstgrenze für die Haftpflicht fest; das ist eine Bestimmung, die in der gesamten Gesetzgebung nicht ihres Gleichen hat. Wenn ein Millionär einen Menschen tot-

Bilder vom Pariser Post-Streik.

Märzfeier. Feier zur Erinnerung an die Kommune. Wie? Den 18. März schreiben wir heute? Und keine Briefe, keine ausländischen Zeitungen, keine Telegramme, kein telephonisches Gewimmer? Ist so ein Glückszustand denn noch möglich? Diese breite, behagliche Ruhe und diese Frühjahrssonne. Zu wissen, daß die Welt um mich her nicht mehr existiert, weil ich nichts mehr von ihr weiß. Um wieviel freundlicher ich heute dem Garonn zulache: im sicheren Bewußtsein, daß er mir weder Geschriebenes noch Gedrucktes übergeben kann, das mir Freude oder Aerger, Leid oder Lachen bringen könnte. Die Postbeamten streiken. Die Telegraphendrähte hängen zwecklos, überflüssig, unschön im Land: der Wind singt durch ihre Leere und lauscht erstaunt, ob er nicht wie sonst irgend eine welterschütternde Meldung erhaschen kann. Umsonst. Sie hängen stumm und leer. . . . Diese Ruhe: kein nervöses Klingeln des Telephons, kein tolles Bruhaha im Echo der Weltereignisse. Paris atmet auf und feiert am 18. März Nachfastnacht: Mi-Careme. . . . Groß und würdig schreitet die Ratlosigkeit durchs Ministerium des Aeußern. Keine Balkankrise gibt es mehr, keine persische Frage, keine internationale Diplomatie, keine hundert Depeschen: Ruhe, Ruhe. Die Sekretäre lächeln sich zu und heute abend reist einer nach Brüssel zur Verständigung mit Berlin. Frankreich ist isoliert. Frankreich erlebt im Jahre 1909 Tage aus vergangenen Jahrhunderten. Die Bürger schütteln die Köpfe, die Börse berechnet tobend ihre Verluste — zu Hunderttausenden liegen die Telegramme in stummen Haufen. So feiern die Pariser Postbeamten den 18. März, den Jahrestag der Kommune. . . .

Die Versammlung in der Manège von St. Paul. 6000 waren es, die am Montagabend sich im Tivoli-Vaux-Hall versammelt hatten — 8000 kamen am Mittwochabend in der Manège von St. Paul zusammen. Auf allen Gesichtern prägte sich der feste Wille aus, den Kampf zum Sieg zu führen: den ersten Klassenkampf einer Berufsschicht, die bisher nicht recht wußte, auf welche Seite sie gehöre. Ein Kamerad aus der Provinz, der gerade anwesend war, erhielt den Vorsitz. Er brachte gute Nachrichten. Thibaut, der die am Montag zu einer Woche Gefängnis Verurteilten verteidigte, erzählte, daß die Gefangenen noch am Morgen gesagt hätten, daß sie nur einen Wunsch hätten: der Kampf möge ausdauernd geführt werden. Begeisterter Beifall lohnte den Wunsch. Lamarque spricht: „Laßt euch durch keinerlei Manöver überrumpeln — durch keinerlei Versprechungen, daß man sich um eure Forderungen kümmern wolle, wenn Ihr nur erst den Dienst wieder aufgenommen habt. In diese Falle werden wir nicht gehen . . ." In diesem Augenblick kommt eine Delgation der Beamten der Börsentelegraphenzentrale, um den Anschluß der Börsentelegraphisten zu verkündigen. Eine Beifallssalve. Eine neue Delegation kommt: die Abgesandten der Unteragenten. Sie geben folgende Erklärung ab: „Heute abend um 6 Uhr haben die Unteragenten ebenfalls beschlossen, zu streiken. Die Austräger der Drucksachen werden sich auch anschließen. Es gibt in diesem Augenblick keine Agenten und Unteragenten mehr: es gibt nur noch eine Masse Ausgebeuteter, die sich gegen diese Ausbeutung erheben. Morgen werden wir den Sieg haben — und es wird der Sieg aller sein."

Theater.

Deutsches Theater: „Faust", erster Teil, von Goethe. Die lang erwartete Faustaufführung Reinhardts bot mancherlei Interessantes, Gutes, ja Vortreffliches, aber die hochgespannten Hoffnungen, die man gehegt hatte, vermochte sie nicht zu erfüllen. Die dichterische Stimmung, um die es dem feinfühligen Inszenator stets in erster Reihe zu tun war, kam nur in einigen Gretchenszenen ungebrochen und voll heraus. Den Geisterstimmen fehlte der erhabene Schauer. Die herrlichen Strophen, in denen im Prolog im Himmel die drei Erzengel die Herrlichkeit und Pracht der Welten preisen, flossen, nach dem feierlichen Auftakt der Weingartnerschen Faust-Musik, in lang gezogenen Tönen deklamatorisch wirkungslos vorüber. Drei breite mattschimmernde Lichtstreifen, strahlenförmig aus der Tiefe nach oben strebend, zerteilen die schwarze Finsternis und lassen in der mittleren Höhe des Bühnenraumes auf einen Felsen gekauert, Mephisto sehen, der, das Haupt aufwärts gewendet, mit dem unsichtbaren „Herrn" Zwiesprache hält. Ein Bild, das in seiner phantastisch eigenartigen Unbestimmtheit an Dantesche Visionen mahnt und durch den Eindruck auf das Auge, das, was das Ohr vermißte, zum Teil ersetzen mag. Doch leider wird das Mittel der Verdunkelung dann auch an anderen Stellen, wo es die Wirkung des gesprochenen Wortes nur schädigen kann, angewendet. Ein winziges Oellämpchen flackerte in der Zelle Fausts. Nur bei besonderer Stellung des Gesichtes ließ sich das Mienenspiel des Darstellers, der körperliche Widerschein der Rede, verfolgen. Eine kleine Wendung und die Züge verschatteten sich. Die Störung, die das brachte, überwog natürlich weit den malerischen Reiz. Die Stimme des Erdgeistes, in der die wunderbare Gedankenpoesie dieser Szenen sich zur höchsten Höhe erhebt, vermochte in der Wiedergabe so wenig wie die der Erzengel und später die des bösen Geistes im Dom (Adele Sandrock) eine lebendige Resonanz in dem Gemüt die Illusion von übermenschlichen Gewalten auszulösen. Die Gemessenheit des Tempos ermüdete, statt zu ergreifen; und dazu kam, daß ein überflüssiges Flammenspiel, das Symbol für das Wallen und Weben des Erdgeistes, ein laut fauchendes Geräusch verursachte, mit der das Geisterorgan in Konkurrenz zu treten hatte. Nicht fördernd, sondern hemmend wirkte an einigen Stellen auch das allzu reichliche Hinzuziehen musikalischer Arabesken: die lange Unterbrechung des Spiels bei Fausts Traum. Einige wenige andeutende Töne hätten auch genügt. Ganz unverständlich aber war es, wie man darauf verfallen konnte, am Schlusse die erlösende von oben her schallende Stimme: „Ist gerettet", musikalisch in schmelzenden Klängen umschreiben zu lassen. Daß im übrigen der Ostermorgen mit dem farbigen Gewoge der Burschen und Mädchen, die Straßen der Stadt, Frau Marthes kleiner Garten und die im Domgewölbe dem Chorgesange lauschende Menge Anlaß zu einer Reihe künstlerisch intimer Bühnenbilder boten, bedarf im Deutschen Theater nicht erst besonderer Erwähnung.

Kayßler, der ausgezeichnete Darsteller herb männlicher Charaktere, mühte sich in der Rolle des Faust im ganzen ohne rechtes Gelingen. Die ersten Worte, mit einem Ton und einer Stimme grenzenlos müder Zerfallenheit hervorgemurmelt, machten einen packenden Eindruck; indes die Spannung hielt nicht an. Man spürte überall die Selbständigkeit und das nachdenkliche Ringen eines ernsten Künstlers. Aber vielleicht lag es gerade an der Fülle der hineingearbeiteten Einfälle, daß die einheitliche Zusammenschließung ausblieb, daß das Auf und Ab der Gedanken und Empfindungen etwas unruhig Springendes erhielt, die Plastik einfacher Grundlinien sich verwischte. Der majestätisch große Fluß der Monologe verschwand den Blicken, und die stoßweise Leidenschaft, die Kayßler an die einzelnen Momente setzte, konnte dafür nicht entschädigen. Als ob der wechselnden Affekte nicht genug wären, überfrachtete er noch die Fracht. Geistreiches mischte sich dabei mit ganz Willkürlichem. In der Liebesszene fand er manchen warmen, einfach schlichten Ton. Auch Schildkraut konnte man, so glücklich er vielerlei Nuancen des Details traf, den Mephisto nicht wohl glauben. Sein Teufel wurde einen Unterton der Rassefärbung nicht los und schien mehr ein witziger Liebhaber des Spaßes als der spöttisch kalte Menschenfeind zu sein. — Der Erfolg des Abends war das Gretchen, des Fräulein Lucie Höflich — eine Leistung, die sich den besten, was diese Schauspielerin im Neuen Theater unter Reinhardt früher erreichte, ebenbürtig zur Seite stellt. Die zarte, glockenhelle Stimme strömt noch denselben seelenvollen Zauber aus. Die Gartenszene und der Monolog „Meine Ruh ist hin, mein Herz ist schwer" bildeten wohl die Höhepunkte ihres Spiels. Ungemein lebendig trotz karikierender Uebertreibung wirkte die Frau Marthe Hedwig Wangels. In den Szenen der Hexenküche und von Auerbachs Keller unterstrich man das Drastische noch mehr wie sonst. Wegener figurierte als Hexe, Diegelmann und Biensfeldt als Siebel und Brander. Waßmann ergötzte in der Rolle des Schülers. Die Vorstellung, die um 7 Uhr begonnen hatte, endigte um Mitternacht. dt.

fährt, so ist der Höchstsatz von 50 000 M., die er zu zahlen hat, eine Bagatelle. Noch schlimmer ist die Höchstgrenze im Falle der Verletzung mehrerer Personen. Wenn etwa 20 Personen verletzt sind, so kommt auf den Einzelnen so wenig, daß es nur ein Almosen ist und er der Gemeinde zur Last fallen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Seinen Umfall bei § 6, dem er jetzt zustimmen will, begründet Herr Traeger damit, daß wir bei Bestehen des § 6 leichter zu einer Zwangsversicherung kommen würden. Dann sollten doch er sowie alle die anderen Herren, welche sich für die Zwangsversicherung ausgesprochen haben, unserem Antrag zustimmen, wonach noch ein § 11a eingeschaltet werden soll: daß alle Halter von Kraftfahrzeugen einer Haftpflichtgesellschaft beizutreten haben, die der Verwaltung und Aufsicht des Aufsichtsamts für Privatversicherung untersteht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Delbrück (frs. Vg.), Dr. Wagner (k.), Prinz zu Schönaich-Carolath schließt die Diskussion. Die §§ 1—11 werden unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Streichung der §§ 2 und 6 nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Der von den Sozialdemokraten beantragte § 11a, der von allen Automobilhaltern den Beitritt zu einer Haftpflichtgesellschaft fordert, begründet

Abg. Stadthagen (Soz.):

Die Kommission hat doch in einer Resolution selbst vorgeschlagen, die Bildung einer Zwangsversicherungsgenossenschaft der Automobilisten anzuregen. Also liegt doch gar kein Grund vor, das, was allgemein als richtig anerkannt wird, nicht in das Gesetz hereinzuschreiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man könnte höchstens einwenden, daß die Bildung einer solchen Zwangsgenossenschaft eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen möchte, während doch der allgemeine Wunsch auf schnelles Inkrafttreten des Gesetzes geht. Dem Einwande kann man entgegenkommen, indem man einfügt, daß der von uns beantragte § 11a später als die anderen Bestimmungen des Gesetzes in Kraft tritt. Aber die Resolution hilft gar nichts, die wirft der Bundesrat ruhig in den Papierkorb. Wir müssen die Bestimmung ins Gesetz selbst hineinschreiben und dadurch einen Zwang auf den Bundesrat ausüben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen, ebenso die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen auf Bildung einer Zwangsversicherungsgenossenschaft für die Automobilbesitzer und auf Ausdehnung der Unfallversicherung auf das bisher nicht versicherungspflichtige Bedienungspersonal von Automobilen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 2 Uhr pünktlich: Rechnungssachen, dritte Lesung des Automobilgesetzes.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom Freitag, den 26. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Beseler.

Eine Reihe kleinerer Etats wird nach kurzer unwesentlicher Debatte erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Linden. Die Kommission empfiehlt die unveränderte Annahme des Entwurfs sowie die Annahme einer Resolution, durch welche die Regierung ersucht wird, Gesetzentwürfe betreffend die Erweiterung von Stadtkreisen, so frühzeitig einzubringen, daß ausgiebige Kommissionsberatungen in beiden Häusern des Landtages stattfinden können.

Abg. v. Brandenstein (k.) spricht sich für die Resolution der Kommission aus.

Abg. Fink (natl.) stimmt der Vorlage zu.

Abg. Leinert (Soz.): Die Eingemeindung von Linden in Hannover ist sehr bedauerlicherweise längst verpaßt. Wenn sie jetzt nicht endlich erfolgt, wird sie später ganz unmöglich werden, weil Linden natürlich in seiner Entwickelung mit Hannover lange nicht Schritt hält. Es ist zu befürchten, daß dann später Hannover Bedingungen stellt, auf die einzugehen Linden nicht in der Lage ist. Besonders wichtig für Linden ist auch die Eingemeindung von Ricklingen.

Abg. v. Woyna (fk.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Das Gesetz wird hierauf mit der Resolution der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt.

Abg. Dr. v. Voß (k.): Meine Freunde lehnen die in der Vorlage vorgesehene Ausdehnung der Haftpflicht auf die Schulverbände ab. Diese haben so wenig Einfluß auf die Ausübung des Züchtigungsrechts der Lehrer, daß sie nicht verantwortlich gemacht werden können, wenn der Lehrer das Züchtigungsrecht überschreitet und dadurch Entschädigungsansprüche entstehen.

Justizminister Beseler: Die Regierung legt hohen Wert auf das Zustandekommen dieses Gesetzes. Für die leistungsschwachen Schulverbände sind wesentliche Erleichterungen in der Kommission vorgesehen, und ich bin auf diese Anregungen gern eingegangen. Ich glaube daher, daß kein Grund vorliegt, dem Gesetz nicht zuzustimmen.

Abg. Reinhard (Z.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. Busch (natl.) bittet die Konservativen, der Vorlage, die in der Kommission einstimmig angenommen sei, zuzustimmen, da die Interessen der nicht leistungsfähigen Schulverbände genügend gewahrt seien. Komme das Gesetz jetzt nicht zustande, so werde die Materie jedenfalls reichsgesetzlich geregelt werden.

Abg. Viereck (fk.) befürwortet ebenfalls die Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Cassel (frs. Vp.): Das Gesetz entspricht einer alten Forderung der freisinnigen Partei. Nicht einverstanden sind wir mit der Bestimmung, daß der Staat den Schaden nur insoweit zu ersetzen haben soll, als es die Billigkeit erfordert, also nicht in allen den Fällen, wo ein Beamter den Schaden im Zustande der Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit verursacht hat. Auch in solchen Fällen müßte vielmehr der Staat ohne weiteres schadenersatzpflichtig sein. Auch der Einführung des Kompetenzkonfliktes in § 2 können wir nicht zustimmen. Doch werden wir auch bei Annahme dieses Paragraphen dem Gesetz im ganzen zustimmen, da es einen großen Fortschritt bedeutet.

Abg. Lippmann (frs. Vg.): Auch wir empfinden als besonderen Schönheitsfehler des Gesetzes die Beibehaltung des Kompetenzkonfliktes, die ja nach der Erklärung der Regierung, daß das Gesetz ohne diesen Paragraphen für sie unannehmbar sei, sicher erfolgen wird. Es werden infolgedessen nur die gröbsten Fälle zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte kommen. — Redner begründet des weiteren einen Antrag als neuen Absatz aufzunehmen: „Als Beamte im Sinne dieses Gesetzes gelten auch diejenigen nicht beamteten Personen, deren sich der Staat zur Ausübung der öffentlichen Gewalt bedient.“ Es handelt sich dabei um Personen, die nach den bisherigen preußischen Gesetzen formell nicht als Beamte gelten, deren aber der Staat sich zur Ausübung der öffentlichen Gewalt bedient, z. B. die Fleischbeschauer.

Justizminister Beseler betont nochmals, daß die Regierung an dem § 2 unbedingt festhalten müsse und wendet sich gegen den Antrag Lippmann, der gegen reichsgesetzliche Bestimmungen verstoße.

Ein Regierungskommissar aus dem Kultusministerium betont gegenüber dem Abg. v. Voß, daß die Zahl der Ueberschreitungen des Züchtigungsrechtes durch Lehrer eine verhältnismäßig sehr geringe sei.

Abg. Heimann (Soz.):

Ich habe bei der ersten Lesung die Stellung meiner Freunde zu der Vorlage dargelegt. Wir haben anerkannt, daß der Entwurf einen Fortschritt bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustand, der auch nach dem Eingeständnis der Regierung ein unbefriedigender ist. Durch den Entwurf soll der eigentlich selbstverständliche Grundsatz verwirklicht werden, daß der Staat einzutreten hat für Verfehlungen seiner Beamten, durch welche Bürger des Staates geschädigt werden. Dies Prinzip bedingt aber den weiteren Grundsatz, daß jeder Bürger ein Recht haben muß, seine Ansprüche gegen den Staat anzumelden und im Wege des ordentlichen Gerichtsverfahrens durchzuführen. Dieser Grundsatz ist aber in dem Entwurf durchbrochen, und auch die Kommission hat dem zugestimmt. Es soll vorher der Kompetenzkonflikt erhoben werden können. Einen sachlichen Grund für die Beibehaltung des Konfliktes habe ich aus allen Beratungen über den Entwurf nicht entnehmen können. Im Reiche besteht diese Möglichkeit, den Konflikt zu erheben, nicht, und in mehreren Bundesstaaten auch nicht, ohne daß sich irgendwelche Unzulänglichkeiten daraus ergeben hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der ganze Gang der Verhandlungen hat bei uns die Ueberzeugung gefestigt: **Die Regierung will auf den Konflikt nicht verzichten, weil die staatliche Bureaukratie nicht anders als unter dem Zwange der Notwendigkeit eine Macht aus der Hand gibt, die sie einmal hat, und weil ihr zur Aufrechterhaltung ihrer sogenannten „Autorität“ das Oberverwaltungsgericht weit besser geeignet erscheint als die ordentlichen Gerichte, bei denen sich doch hin und wieder ein „schwarzes Schaf“ findet.** Man sucht die Beamten mehr und mehr vom Volke zu trennen, die Kluft zwischen Volk und Beamtenheer wird immer größer, das so überaus notwendige Verstehen und Hand-in-Hand-arbeiten immer geringer. Das Volk sieht heute in den Beamten eine ihm feindselig, mindestens mißtrauisch gegenüberstehende Kaste, und

der Beamte fühlt sich nicht als Diener des Volkes und des Staates, sondern von vornherein hoch erhaben gegenüber allem „Volk“.

Das trifft für den Assessor genau so zu wie für den Gendarmen und Schutzmann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Würde der Konflikt preisgegeben, würden die ordentlichen Gerichte gerade gegenüber Verfehlungen der Beamten mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten, so würde dadurch die wahre Autorität der Beamten in außerordentlich wirksamer Weise gefördert werden. Die Beamten würden dadurch belehrt werden, daß ihre jetzt so beliebte Schneidigkeit nach unten durchaus nicht gleichbedeutend ist mit einer wirklichen Autoritätsstellung, sondern das Gegenteil davon bedeutet, und das Volk hätte mehr Vertrauen zu den Beamten, wenn man sähe, daß gegen alle Amtsüberschreitungen mit der vollen Schwere des Gesetzes vorgegangen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen soll es bei der Konfliktserhebung bleiben, einer Maßnahme, die vor fast zwei Menschenaltern unter ganz anderen Voraussetzungen eingeführt worden ist.

Der zweite Stein des Anstoßes ist für uns die Bestimmung, daß der Staat den Schaden, den ein Beamter im Zustande der Bewußtlosigkeit oder in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit verursacht, nur insoweit ersetzen soll, als die Billigkeit die Schadloshaltung erfordert. Man muß Jurist sein, um den Sinn dieser Bestimmung zu erfassen. Für den beschränkten Laienverstand ist es für den Beschädigten ganz gleichgültig, ob die Schädigung aus Vorsatz, aus Fahrlässigkeit, im Zustande der Trunkenheit oder wie sonst erfolgt ist. Der Rechtsanspruch auf Schadenersatz, der dem Geschädigten gegeben werden sollte, ist etwas Konkretes, die Billigkeit, auf die er hier verwiesen wird, etwas Verschwommenes, ganz Subjektives. In Bayern und Württemberg wird der Schaden unter allen Umständen ersetzt, warum sollte es in Preußen nicht möglich sein? — Eine Verbesserung des Entwurfs bildet die Bestimmung, daß der Staat an Stelle der Kommunen für alle Amtspflichtverletzungen der Standesbeamten die Haftpflicht übernehmen soll. Es ist das Glück der Kommunen gewesen, daß ihr Interesse hier teilweise zusammentrifft mit dem agrarischen Interesse, das ja hier im Hause immer ausschlaggebend ist. Interessant ist dabei nur folgendes: Wenn im bürgerlichen Leben jemand dem anderen eine Konzession macht, wird er auf Wunsch jederzeit bereit sein, das Zugeständnis, zu dem er entschlossen ist, auch verbrieft und versiegelt zu geben. Der preußische Staat macht ein Zugeständnis, verlangt aber als Preis, daß eine Bestimmung aufgenommen werde, wonach der Anspruch gegen den Staat weder im Rechtswege, noch im Verwaltungsstreitverfahren geltend gemacht werden kann! Das ist eine Bestimmung, die einen geradezu beschämenden Eindruck macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir hatten gehofft, daß der Entwurf in einer Fassung aus der Kommission herauskommen würde, die es uns ermöglicht, ihm zuzustimmen. Wir hatten erwartet, daß Preußen bereit sein würde, seine Bürger vor Uebergriffen der Beamten ebenso wirksam zu schützen wie das Reich und andere Bundesstaaten. Aber das Wort „Preußen in Deutschland voran“ hat sich auch hier als jeder tatsächlichen Unterlage entbehrend erwiesen. Unter diesen Umständen bedauern wir, dem Entwurf im ganzen unsere Zustimmung nicht geben zu können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Unter Ablehnung des Antrags Lippmann (frs. Vg.) wird das Gesetz in der Fassung der Kommission unverändert angenommen.

Hierauf wird ein Antrag v. Erffa (k.) auf Einführung einer Bestimmung in das Etatgesetz, wonach notwendige Ausgaben, trotzdem der Etat noch nicht bewilligt ist, gemacht werden können (Etatnotgesetz), der Budgetkommission überwiesen.

Alsdann vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr. (Dritte Lesung kleinerer Vorlagen, Etat der preußischen Zentralgenossenschaftskasse sowie der direkten und indirekten Steuern.)

Schluß 4¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Der Seniorenkonvent des preußischen Abgeordnetenhauses beschloß am Freitag, die Osterferien am 2. April beginnen zu lassen. Bis dahin soll noch eine Reihe von Etats und die Sekundärbahnvorlage beraten werden, deren Einbringung unmittelbar bevorsteht.

Am 21. April sollen die Sitzungen wieder beginnen.

Die Geschäftslage ist sehr unsicher, schon aus dem Grunde, weil die Kommission des Herrenhauses am Donnerstag wesentliche Aenderungen an dem Lehrerbesoldungsgesetz vorgenommen hat, so daß es wahrscheinlich ist, daß dieses Gesetz noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurückgeht. —

Die Berggesetzkommission des Abgeordnetenhauses setzte am Freitag die Beratungen über die Sicherheitsmänner fort. Zunächst wurde über die Aufgaben des Arbeiterausschusses beraten. Der konservative Antrag, der sich mit der Regierungsvorlage deckt, legt dem Arbeiterausschuß die Verpflichtung auf, das gute Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und zwischen der Belegschaft und dem Arbeitgeber zu erhalten und wiederherzustellen. Dann heißt es wörtlich:

„Außerdem hat er Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft, die sich auf die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse des Bergwerks beziehen, zur Kenntnis des Werksbesitzers zu bringen und sich darüber zu äußern.“

Hierzu war von den Sozialdemokraten und dem Zentrum beantragt, statt „Belegschaft“ zu sagen: „Belegschaftsmitglieder“. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Bergherren die Wünsche einzelner Bergleute und einzelner Gruppen von Bergleuten zurückgewiesen haben, weil sie auf dem Standpunkt stehen, daß nur die Verhältnisse der gesamten Belegschaft im Arbeiterausschuß verhandelt werden dürfen. Der Minister war der Meinung, daß diese Anträge überflüssig seien, weil die Beschwerden ganzer Gruppen von Bergleuten oder erheblicher Teile schon heute zur Kompetenz des Arbeiterausschusses gehören.

Es war ferner von denselben Parteien beantragt, daß hinter dem Wort „Arbeitsverhältnisse“ eingefügt werden soll: (Arbeitszeit, Arbeitsvertrag, Löhne, Gesundheitswesen). Auch diese Einfügung hielt der Minister nicht für notwendig, weil alle diese Angelegenheiten unter den Begriff „Arbeitsverhältnisse“ fallen sollen! Vom Zentrum wurde darauf beantragt, zu sagen: „Arbeitsbedingungen und Wohlfahrtseinrichtungen“. Hiergegen erklärten sich außer dem Minister auch die Nationalliberalen und die Konservativen mit aller Entschiedenheit. Sie führten aus, daß sie jeder Erweiterung der Rechte des Arbeiterausschusses sich entgegenstellen würden, und von nationalliberaler Seite wurde sogar das Scheitern des ganzen Gesetzes in Aussicht gestellt! Trotzdem ein Vertreter der Regierung darauf hinwies, daß die Arbeiterausschüsse doch auch Streiks verhindern und im übrigen das gute Einvernehmen zwischen allen Beteiligten herstellen sollen, und daß damit der Arbeiterausschuß auch aus sich heraus das Recht haben müsse, die Lohnverhältnisse zu behandeln, nicht erst dann, wenn der Arbeitgeber es verlangt, wurden diese Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Freisinnigen und des Zentrums abgelehnt.

Dagegen wurde gegen die Stimmen der Konservativen ein Zentrumsantrag angenommen, nach welchem die Berufung des Arbeiterausschusses erfolgen muß, wenn ein Viertel der Mitglieder es beantragt.

Die übrigen Bestimmungen des konservativen Antrages, die sich mit der Regierungsvorlage decken und die Wahl von Sicherheitsmännern nach Fahrabteilungen möglich machen, wurden ohne wesentliche Debatte angenommen.

Die Beratung wandte sich dann dem § 80f, g der Regierungsvorlage zu. Dieser lautet:

„Das Amt eines Vertreters erlischt, sobald er aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet oder eine andere Voraussetzung seiner Wählbarkeit verliert.“

Einem Sicherheitsmann kann indes während des ersten Jahres seiner Wahlperiode das Arbeitsverhältnis durch den Werksbesitzer nur gekündigt werden:

1. wenn er seinen Verpflichtungen als Sicherheitsmann nicht nachkommt;
2. wenn sonst Tatsachen vorliegen, die ihn als nicht geeignet zur Fortsetzung seiner Tätigkeit als Sicherheitsmann erscheinen lassen;
3. wenn er seine Tätigkeit als Sicherheitsmann zu Zwecken mißbraucht, die mit seinem Amte als Sicherheitsmann nicht im Zusammenhange stehen.“

Zu diesem Paragraphen beantragten die Sozialdemokraten, das Zentrum und auch die Konservativen, daß die Worte „während des ersten Jahres seiner Wahlperiode“ gestrichen werden und die Unkündbarkeit auf die ganze Wahlperiode ausgedehnt werden soll. Das wurde angenommen, aber die Konservativen beantragten (als Ziffer 4), daß die Kündigung angängig sein soll, wenn:

4. wichtige Gründe anderer Art vorliegen, die mit der Ausübung seines Amtes als Sicherheitsmann nicht zusammenhängen.

Außerdem war von der Sozialdemokratie beantragt, daß unter Ziffer 3 hinter „Sicherheitsmann“ eingefügt werden soll: „während der Ausübung seines Dienstes in der Grube“.

Die Konservativen behaupteten, daß ihr Antrag dem Sicherheitsmann größere Garantien verschaffe, als sie die Regierungsvorlage vorsehe. Es wurde aber von sozialdemokratischer und freisinniger Seite darauf hingewiesen, daß nunmehr jeder Grund, auch wenn er ganz außerhalb des Arbeitsverhältnisses liege, für den Arbeitgeber ein „wichtiger“ sein kann. Diese Bestimmungen liefern, statt den Sicherheitsmann vor Willkür zu schützen, den Sicherheitsmann tatsächlich der Willkür des Werksbesitzers aus und beseitigen jede Garantie für die Ausübung seiner Tätigkeit. Trotzdem wurde der Antrag angenommen. Für den sozialdemokratischen Antrag, daß die Entlassung unter Ziffer 3 nur erfolgen darf, wenn er seine Tätigkeit als Sicherheitsmann „während der Ausübung seines Dienstes in der Grube“ zu Zwecken mißbraucht, erhoben sich nur 2 Stimmen.

Im § 80f, g der Regierungsvorlage heißt es weiter:

„Von einem jeden Ausscheiden eines Sicherheitsmannes, sei es infolge Kündigung oder Entlassung durch den Werksbesitzer, sei es infolge eigener Kündigung oder Aufgabe der Arbeit durch den Sicherheitsmann, ist der Bergrevierbeamte unverzüglich durch den Werksbesitzer in Kenntnis zu setzen. Dieser ist befugt, die Gründe des Ausscheidens zu untersuchen.“

Diesem Satz wollte ein sozialdemokratische Antrag folgende Fassung geben:

„Dieser ist verpflichtet, die Gründe des Ausscheidens zu untersuchen und zu Protokoll zu nehmen. Wendet sich der Sicherheitsmann oder die Mehrheit der Belegschaft der in Frage kommenden Steiger- bezw. Fahrabteilung beschwerdeführend an das Oberbergamt, und erachtet dieses die Entlassung für ungerechtfertigt, so hat es die Wiedereinstellung des Sicherheitsmannes zu verfügen. Die Wiedereinstellung hat gleichfalls zu erfolgen, wenn durch Urteil des Berggewerbegerichts die Entlassung eines Sicherheitsmannes für ungerechtfertigt erklärt wird.“

Dieser ganz selbstverständliche Antrag, der dazu beitragen sollte, dem Sicherheitsmann die Ausübung seines Dienstes wesentlich zu erleichtern und ihn vor Schikanen zu bewahren, wurde von der arbeiterfeindlichen Mehrheit glatt abgelehnt.

Sodann lag folgender konservativer Antrag vor:

„Der Revierbeamte ist verpflichtet, die Gründe des Ausscheidens zu untersuchen und auf Antrag eines Beteiligten seine Vermittelung eintreten zu lassen.“

Trotzdem darauf hingewiesen ward, daß diese Bestimmung nur dann Zweck haben kann, wenn vor der ausgesprochenen Kündigung oder Entlassung eines Sicherheitsmannes der Revierbeamte zu benachrichtigen ist und vermitteln kann, war die Mehrheit solchen Vernunftgründen nicht mehr zugänglich, sondern bestand auf ihrem Antrag, der dann auch angenommen wurde.

Die nächste Sitzung findet am Sonnabend statt, und es wird voraussichtlich dann die erste Lesung über das Kapitel „Sicherheitsmänner“ beendet werden.

Gerichts-Zeitung.

Prozeß Friedberg-Bohn.

Der Prozeß gegen den Bankier Siegmund Friedberg und den Kaufmann Fritz Bohn nahm gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I seinen Anfang.

Die Anklage lautet auf Betrug, Untreue, Unterschlagung, Konkursvergehen, Vergehen gegen das Gesetz betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere und Vergehen gegen das Gesetz betr. die Gesellschaften m. b. H. Die Verhandlungen werden mehrere Tage in Anspruch nehmen. Wir werden über dieselben im Zusammenhang mit dem Urteil berichten.

Göttliche Weltordnung.

Vor dem Schöffengericht in Köln stand ein Arbeiter, wegen Bettelns angeklagt. Er wurde zu 7 Tagen Haft verurteilt, die durch die Vorhaft verbüßt sein sollten. Der Mann bat aber das Gericht, ihn die Strafe absitzen zu lassen, da er arbeitslos sei und erst in 8 Tagen eine neue Stelle antreten könne. Das Gericht willfahrte dem Wunsche des Mannes.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft still, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, in Hühnern über Bedarf, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr teilweise genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise für Butter Ia anziehend. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft etwas reger, Preise fast unverändert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 27. März.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Josef in Aegypten.
Königl. Schauspielhaus. Der Gewissenswurm.
Neues königliches Operntheater. Geschlossen.
Deutsches. Faust. (Anf. 7 Uhr.)
Kammerspiele. Der Graf von Gleichen. (Anf. 8 Uhr.)
Westen. Der Jockeyklub.

Anfang 8 Uhr.

Lessing. Griselda.
Berliner. Nur ein Traum.
Neues. Die Wahrheitsschule.
Neues Schauspielhaus. Pech-Schulze.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Komische Oper. Der Toreador. Pelleas und Melisande.
Kleines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Im Klubsessel.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Komtesse Gukerl.
Schiller Charlottenburg. Charleys Tante.
Nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Husarenfieber.
Luisen. Staatsanwalt Alexander.
Nachm. 4 Uhr: Max und Moritz.
Trianon. Liebesgewitter.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8½ Uhr.)
Bernhard Rose. Reiterattacke.
Nachm. 4 Uhr: Hänsel und Gretel.
Bürgerliches Schauspielhaus. Das Käthchen von Heilbronn. (Anf. 8¼ Uhr.)
Gastspiel-Theater. Sherlock Holmes.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands.
Apollo. Der junge Papa. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Insolvent. (Anf. 8¼ Uhr.)
Kasino. Rußland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Das verliebte Pensionat. Stöpkes Brautfahrt. Spezialitäten. Anfang 8¼ Uhr.
Parodie. Siegel siegelt alles. — Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8½ Uhr.)
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas.
Nachm. 4 Uhr: Leben und Gebräuche der Schwarzfußindianer.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.

Sonnabend 8 Uhr: Griselda.
Sonntag 3 Uhr: Die versunkene Glocke. Abends 8 Uhr: Der König.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr:
Nur ein Traum.
Morgen: Einer von unsere Leut'.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Wahrheitsschule.
Sonntag: Die fremde Frau.
Montag: Die Wahrheitsschule.

Theater des Westens.

Abends 7½ Uhr zum 1. Male:
Der Jokeyklub.
Operette.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonnabend, 27. März, Anf. 8 Uhr:
Husarenfieber.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Abends 8 Uhr: Husarenfieber.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie."
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 28. März, nachm. 3 Uhr: Wohltätigkeitsvorstellung z. Besten der Ueberschwemmten in der Mark: „Kümmere Dich um Amelie."

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Leben u. Gebräuche d. Schwarzfußindianer.
Abends 8 Uhr:
Auf den Trümmern Messinas.

Hebbel-Theater

Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Luisen-Theater.

Nachmittags 3 Uhr:
Max und Moritz.
Abends 8 Uhr:
Staatsanwalt Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf Irrwegen. 8 Uhr: Straßenbahnfahrer Krause.
Montag: Marie, die Tochter des Regiments.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132.
Bei aufgehobenem Abonnement. Vorzugsk. ungültig.
Benefiz für **Luise Wessel-Helmbach** und **Karl Wessel:**
Zum erstenmal: **Reiterattacke.**
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: **Die Prinzessin vom Diamantlande.**

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Perry, Holden, Bender, Giampietro, Kettner, Pfann, Thielscher.

Apollo Theater

Das glänzende März-Progr.
Alice Norton
Humpsti-Bumsti
The Telsedas ? Stuart ?
Gabert Belling
Der junge Papa.
Ab 1. April Gastspiel der drei Schwestern **Wiesenthal** in ihren neuen Tanzdichtungen.

WINTER GARTEN

Nur noch wenige Tage!
Das hervorragende **März-Programms!**
U. a.: Robert Steidl
Liane de Vriès
Novität! Novität!
Kinemacolor
(Urban-Smith-Patent)
Lebende Photographien in natürlichen Farben.
Morgen Sonntag **Nachmittags-Vorstellung.**
Anfang 3½ Uhr. Kleine Preise.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Tacianu.
? ? ? ? ? ? ? ? ? ?
Piloty von Kaulbach
in ihrer indisch. Tempelszene.
The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige **Variété-Programm!**
14 erstklassige Attraktionen.

Passage-Panoptikum.

Zum erstenmal in Berlin!
Princeß Fassie
die Amazonen-Königin m. ihr. **wilden Leibgarde.**
Das blaue Weib,
das Opfer unbarmherz. Tätowation.
Das gr. Schauprogramm
Alles ohne Extra-Entree.

Gustav **Behrens-Theater,** Goltzstr. 9.
Das verliebte Pensionat
Operette
Stöpkes Brautfahrt
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8¼ Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Komtesse Gukerl.** Lustspiel in 3 Akten von Franz von Schönthan und Franz Koppel-Ellfeld.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Ein Volksfeind.**
Sonntag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Die Welt, in der man sich langweilt.**
Montag, abends 8 Uhr: **Die Braut von Messina.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: **Wilhelm Tell.** Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Charleys Tante.** Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Julius Cäsar.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Karolinger.**
Montag, abends 8 Uhr: **Rechts herum.**

CASTAN's PANOPTIKUM

Friedrichstr. 165 (Passagepalast).
Ohne Extra-Entree
Täglich: 7 Uhr abends:
◆ Humoristische Künstler-Abende. ◆
Hervorragendes Programm. **Sonntags: 2 Vorstellungen.**
Neu! **Max Dom Bischof** Neu!
Anführer der 50 Fremdenlegionäre.

Anton Boekers Festsäle

Weberstr. 17.

Erkläre hiermit das Gerücht, daß ich mein Geschäft verkaufen will, für eine aus der Luft gegriffene Lüge. 4682*

Empfehle daher nach wie vor allen Vorständen von Gewerkschaften und Vereinen meine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten zu den koulantesten Bedingungen. Einige Sonnabende und Sonntage sind noch zu vergeben; auch ist mein kleiner Saal, 100 Personen fassend, des Sonnabends noch frei.

Hochachtungsvoll

Anton Boeker, Weberstr. 17.

Gastspiel-Theater.

8. **Köpenickerstr. 68.** 8.
Zum 544. Male:
Sherlock Holmes.
Täglich ausverkauft!

Theater des Südens

Dresdenerstr. 97 a. d. Prinzenstr.
Im weißen Röß'l.
Vor u. nachh. erstklass. Spezialität. u. humor. Konz., Kinematogr., Kabarett. N. d. Vorst. **Tanzreunion** ohne Nachzahlg. Anf. d. Konz. 7, d. Vorst. 8½ U. Entree **20 Pf.**

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Die beiden Bindelbands
Hierzu:
Endlich allein!

Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Donnerstag, den 1. April 1909:
Sherlok Holmes.
Engl. Detektiv-Komödie in 4 Akten.
Anf. d. Vorst. 8, Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7½ Uhr.

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7—9.
Das Käthchen v. Heilbronn.
Historisches Schauspiel in 5 Akten von H. v. Kleist.
Anfang 8¼ Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Wilhelm Tell.** Abends 8 Uhr: **Griseldis.**
Montag: **Maria Stuart.**

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Muttersegen
oder: **Die neue Jomchon.**
Anfang 8¼ Uhr. Entree **30 Pf.**
Nach der Vorstellung: Tanz.
Dienstag: **Dorf und Stadt.**

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.
Ab 16. März:
Das gänzlich neue Elite-Programm.
10 Kunstkräfte allerersten Ranges.
Zigeunerfriedel.
Schauspiel in 1 Akt.
Vorzugskarten wochentags gültig, zu halben Preisen überall gratis.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das große März-Programm.
17 schottische Hochländer 17
militärische Uebungen und die **übrigen Spezialitäten.**
Im Tunnel: **Jap. Blumenfest.** Regimentskap. Theaterbes. hab. fr. Eintr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum **138.** Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochent. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
Täglich: **Franz Sobanski,** Tenor und Berad, Grotesk-Duo, **Jan Rudolphi,** Drahtseiltünstler, **The 3 Tyborgs,** Balance-Neuheiten. Ernst Gras, Elsa Lüschow, Bernhard Marx, Lola Gray.
Huckebein & Co.
Schwank in 1 Akt.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend, Sonntag **Tanz.**

Zirkus Schumann

Sonnabend, 27. März, ab. 7½ Uhr:
Jubiläums-Vorstellung zum **150.** Male:
Golo, der Seeräuber
mit der Pracht-Ausstattung und den pompösen Lichteffekten.
Außerdem: Schimpanse
Paet, das Weltwunder.
Nur noch kurze Zeit
!! Ettero Tiberio !!
der moderne Herkules.
Die Wild-West
Theron-Truppe
8 Personen.
Morgen in beid. Vorstellungen ungekürzt **Golo, Tiberio, Paet, Theron, dressierte Affen** Nachm. ein Kind unter zehn Jahren frei, weitere Kinder halbe Preise.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Donnerstag, 1. April:
Rußland.
Freitag, den 2. April:
Zum erstenmal: **Ackermann.**
Sonntag 4 Uhr: **Mutter Gräbert.**

Steidl

Brückenstr. 2, an der Jannowitzbr.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Die altbeliebten **Fritz Steidl-Sänger.**
Parterre-Rest. Entree frei.
Urfidele Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Spatzen.
Entree frei.

Neue Welt

Hasenheide 108—114.
Täglich:
Gr. Bockbierfest.
Baron Muckis Bauernkapelle.
Original-Garmisch-Partenkirchner Sänger und Schuhplattler.
Jeden Dienstag und Donnerstag: Sensationelle Prämilierungen.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.

Sonnabend, 27. März, ab. 7½ Uhr:
Gala-Abend.
Um ¾9 Uhr: Der weltber. Affe **Konsul Peter!**
Um ca. ¾10 Uhr:
Herrn **Karl Hagenbecks** neueste und größte Löwen- und Eisbärengruppe.
Einzig dastehender Dressurakt Frl. **Martha Mohako,** Schulreiterin, Herr **Ernst Schumann,** Rendress.
Um ¾10 Uhr:
Auswanderer!
Sonntag **2 Vorst.** Nachm. ein Kind unter zehn Jahren frei.

Folies Caprice.

Anfang 8¼ Uhr.
Insolvent.
Posse von L. Taufstein.
In lauschiger Nacht.
Burleske von W. Gericke.

Theater Variété Brillant

(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erstklassigen Spezialitäten bei gänzlich freiem Entree, auch Sonntags. Sonnabend und Sonntag nach der Vorst.: Gr. Freitanz-**Kinematograph.**

Nathan Wand

129 Skalitzer Str. 129.
Die schönsten 3002
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu sowie spezell
Monats-Garderobe
von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Skalitzer Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Paul Drenske Nachfolger
Otto Berlett

Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfiehlt sein **großes Lager** in [356L*
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes **stets** am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

Bilanz der Deutschen Bank, Berlin

Aktiva. am 31. Dezember 1908. **Passiva.**

Aktiva				Passiva		
Kasse . . . . . M.	72 836 365,83			Aktien-Kapital	200 000 000	—
Sorten, Coupons u. zur Rückzahlung gekünd. Effekten „	31 189 235,14	104 025 600	97	Reserven:		
Guthab. bei Banken und Bankiers . . M.	60 818 374.13			Ordentl. Reserve A. M. 66 388 031.30		
Wechsel . . . . „	539 386 524.74			„ „ B. „ 28 427 234.08		
Deutsche Schatzanweisungen . . „	32 175 869.—			Kontokorrent-Reserve . . . . . „ 7 016 652.28	101 831 917	66
Report u. Lombard-Vorschüsse . . . „	222 116 083.57	854 496 851	44	Depositengelder	489 237 961	61
Eigene Effekten laut Jahresbericht		55 683 119	83	Kreditoren in laufender Rechnung	779 578 290	51
Eigene Beteiligungen an Konsortial-Geschäften		36 841 129	29	Erlös nicht eingetauschter Aktien Serie II	2 414	10
Kommanditen		660 000	—	Akzepte im Umlauf	231 948 425	70
Dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen		78 256 197	55	außerdem Bürgschaften: M. 84 306 364.55		
Debitoren in laufender Rechnung gedeckte . . . M. 455 281 007.33				Dividende, unerhoben	89 162	—
ungedeckte . . „ 160 947 531.74		616 228 539	07	Dr. Georg v. Siemensscher Pension- und Unterstützung-Fonds . . .	5 828 752	75
außerdem Bürgschafts-Debitor.: M. 84 306 364.55				Gewinn- und Verlust-Konto . . .	30 670 852	59
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		60 371 155	65			
Anlagen des Dr. Georg v. Siemensschen Pension- und Unterstützung-Fonds		5 087 250	—			
Bankgebäude		21 328 125	—			
Mobilien		406	—			
Uebergangsposten der Zentrale und der Filialen untereinander . . .		6 159 402	12			
Mark		1 839 137 776	92	Mark	1 839 137 776	92

Debet. **Gewinn- und Verlust-Konto.** **Kredit.**

Debet			Kredit		
An Handlungs-Unkosten-Konto (worunter M. 2 532 635.64 für Steuern und Abgaben) . . .		21 365 844	49	Per Saldo aus 1907	1 134 039	17
„ Abschreibungen auf Bankgebäude		2 070 030	05	„ Gewinn auf Wechsel- u. Zinsen-Konto . . . . M. 24 348 858.98		
„ Abschreibungen auf Mobilien		916 111	50	„ Gewinn auf Sorten, Coupons u. zur Rückzahlung gekündigte Effekten . . . M. 414 503.42		
„ Saldo, zur Verteilung verbleibender Ueberschuß . . .		30 670 852	59	„ Gewinn auf Effekten M. 2 157 122.93		
				„ Gewinn auf Konsort.-Geschäfte M. 5 880 735.15		
				„ Gewinn auf Provisions-Konto M. 13 679 743.49		
				„ Gewinn aus dauernden Beteiligung. b. fremd. Unternehmung. u. Kommandit. M. 7 407 841.49	53 888 805	48
Mark		55 022 838	63	Mark	55 022 838	63

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Während der Umzugstage von Sonnabend den 27. März bis Freitag den 2. April cr. inkl.

verabfolgen wir

doppelte Anzahl Sparmarken*

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken

Von Sonnabend den 27. bis Dienstag den 30. März cr. inkl.: **Vorzugspreise in der Lebensmittel-Abteilung**

Wurst und Fleischwaren

Ia Schlackwurst	Pfund 1.20	**Kassler Rippespeer**	Pfund 78 Pf.	Zwiebel-Leberwurst	Pfund 48 Pf.
Ia Salamiwurst	Pfund 1.20	Eisbein, Dickbein	Pfund 40 Pf.	Rotwurst	Pfund 48 Pf.
Thüringer Schlackwurst	Pfund 1.30	Eisbein, Spitzbein	Pfund 25 Pf.	Hildesheimer Rotwurst	Pfund 70 Pf.
Mettwurst Braunschweiger Art	Pfund 95 Pf.	Rind-, Kalb- u. Hammelfleisch billigst.		Hildesheimer Leberwurst	Pfund 70 Pf.
Tee-Schlackwurst	Pfund 1.20			Landleberwurst	Pfund 90 Pf.

* Ausgenommen sind einige Artikel.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116

(Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engrosgeschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00 Nur fehlerfreie moderne Ware — Steife Herrenhüte v. 2,00-7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.

Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Café Alsen Schles. Brücke.

Die Berlin-Woltersdorfer Dampfschiffahrts-Gesellschaft empfiehlt den geehrten Vereinen, Fabriken, Gewerkschaften usw. ihre Personendampfer zu Dampferausflügen zu den kulantesten Bedingungen. 58932*

Fr. Saewert, SO. 16, Köpenicker Straße 39a. Fernspr.: Amt IV 13740.

Zur **Frühjahrs- und Sommer-Saison** lade ich das kaufende Publikum zur Besichtigung mein. in großer Auswahl u. nur aus Neuheiten bestehd. Warenlagers in Herren- u. Knaben-Garderoben ergebenst ein. Besichtigung ohne Kaufzwang.

Mein seit 1888 als reell bekanntes unter der Firma

Heinrich Ferester

bestehendes **Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft**, welches sich nach wie vor nur allein

8 Reinickendorfer Straße 8

vis-à-vis der Dankeskirche, neben der Markthalle am Weddingplatz befindet,

bietet d. kaufenden Publikum Schutz vor Uebervorteilung, denn

Der Verkauf der Herren- und Knaben-Garderoben geschieht zu den denkbar billigsten, aber streng festen Preisen.

Jeder Gegenstand ist mit fettgedrucktem, für jeden Käufer sichtbarem Verkaufspreis deutlich versehen.

Kein Vorschlag! Kein Abhandeln! Keine Uebervorteilung!

Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „NORDEN".

Wichtig für Brautleute!

Möbel auf Kredit!

Wegen Umzug von Brunnenstr. 192 nach Brunnenstr. 7, Laden u. I. Etage

bedeutend ermäßigte Preise!

1 Einrichtung	Mk. 200.–	Anzahlung von Mk.	10.– an.
1 Einrichtung	„ 350.–	„ „ „	20.– „
1 Einrichtnng	„ 450.–	„ „ „	35.– „
1 Einrichtung	„ 700.–	„ „ „	60.– „

Einrichtungen bis Mk. **3000.–** bei geringer Anzahlung.

Einzelne Möbelstücke von Mk. **5.–** Anzahlung an.

Farbige Küchen in großer Auswahl schon von Mk. **5.–** Anzahlung an.

Salons □ Speisezimmer □ Herrenzimmer □ Schlafzimmer

vom einfachsten bis zum elegantesten.

Teppiche, Portieren, Stepp- und Tischdecken usw.

Extra-Abteilung für Herren- und Damen-Garderoben.

Liefere auch nach auswärts. Besichtigung ohne Kaufzwang.

D. Lechner, Brunnenstr. 192, am Rosenthaler Tor.

Vom 1. April ab gegenüber: Brunnenstr. 7.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose

Herkules

tragen.

:: Unerreichte :: Leistungsfähigkeit.

Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder mit Zwirnkette in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte mit starkem Garn.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst.

Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung

für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestr. 20-30 — Brückenstr. 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachdr. verbot

Heizt Kocht Beleuchtet

mit

„DAPOL"

garantiert rein amerikanisches Petroleum.

DAPOL rußt nicht!

DAPOL gibt eine helle Flamme!

DAPOL verbrennt geruchlos!

Erhältlich in allen Geschäften, wo das nebenstehende Plakat mit dem Indianerkopf aushängt!

Keine Verwechselung mit österreichischem (galizisch.) Petroleum.

---

1 Mk.

wöchentliche Teilzahlungen liefere elegante, fertige **Herren-Garderoben.**

Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. 259L*

Julius Fabian, Schneidermeister,

1. Geschäft: NO., Gr. Frankfurter Str. 38 II Eingang Strausberger Platz
2. „ NW. (Moabit), Turmstraße 18 I

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zum Niederbarnimer Parteikonflikt.

Nachstehendes Schreiben wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung übermittelt:

„Pankow. „Zum Niederbarnimer Parteiskandal" betitelt sich ein Flugblatt, welches die ehemaligen Pankower Vorstandsmitglieder wieder verbreitet haben.

Indem wir auf die Notiz des „Vorwärts" Nr. 68 vom Sonntag den 21. März 1909 verweisen, erklärt die von der Pankower Generalversammlung gewählte Sechser-Kommission, hinter welcher die große Majorität der Pankower Genossen steht, daß sie mit dem obengedachten Flugblatt in keinem Zusammenhange stehe und sich auch mit dem Inhalt desselben nicht einverstanden erklärt.

Es schweben zurzeit Friedensverhandlungen, welche aller Wahrscheinlichkeit nach zur Verständigung mit den Pankower Genossen führen werden. Die Fortsetzung der Verhandlungen findet gleich in den ersten Tagen des nächsten Monats statt und bitten wir die Pankower Genossen, sich noch einige Tage zu gedulden.

Im übrigen teilen wir noch mit, daß die unter dem Flugblatt unterzeichneten ehemaligen Pankower Vorstandsmitglieder, nach uns zugegangenen sicheren Mitteilungen, ihren Austritt aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt haben.

Wir warnen daher vor Uebereilungen und ersuchen die Genossen, ihren Beschluß von der letzten Generalversammlung hochzuhalten und einmütig hinter der Sechser-Kommission zu stehen.

Mit Parteigruß

Die Sechser-Kommission. J. A.: J. Hirschmeier.

---

2. Wahlkreis. Friedrichstadt!

Die Genossen der III. und IV. Abteilung veranstalten am Sonntag, den 28. März, abends 6 Uhr, bei Meyer, Oranienstr. 103 eine Märzfeier. Die Gedenkrede hält der Stadtverordnete Genosse Paul Dupont, Quartettgesänge, Rezitationen usw. folgen.

Entree für Erwachsene 10 Pf. Die Bezirksführer.

Biesdorf. Parteigenossen! Sonntag, den 28. März: Verbreitung der „Fackel". Treffpunkt bei Gustav Berlin vormittags 8 Uhr.

Dienstag, den 30. März: Zahlabend bei Gustav Berlin.

Der Vorstand.

Nowawes. Morgen Sonntag, vormittags von 9 bis 12 Uhr, werden die Beiträge des Wahlvereins in folgenden Lokalen einkassiert: Otto Hiemke, Wallstr. 55; Karl Gruhl, Priesterstr. 69; Ludwig Richter, Großbeerenstr. 59. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Bernau. Heute abend 8½ Uhr findet die Versammlung des Wahlvereins im Restaurant Kunze, Bürgermeisterstraße, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag: „Die Balkankrisis". Referent: Genosse Dr. Max Schütte, Berlin. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Maifeier und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Wilhelmsruh-Rieder-Schönhausen-West. Montag, den 29. März, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Kollmann, Kronprinzenstraße 2, eine öffentliche Versammlung statt. Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Rummelsburg. Zu der am Sonntag, den 28. d. M., nachmittags 5 Uhr stattfindenden Uraniavorstellung „Auf den Trümmern Messinas" sind noch Billetts zu haben bei O. John, Karlshorsterstr. 1 und in der „Vorwärts"-Spedition Alt-Boxhagen 56.

Berliner Nachrichten.

Beim Armenvorsteher.

Die Beleidigungsklage, die auf Antrag des Gemeindeschullehrers Krienelke, Vorstehers der Armenkommission 114c (Teil vom Viehhofsviertel), gegen den „Vorwärts"-Redakteur Genossen Weber erhoben worden war (vergl. den Verhandlungsbericht in Nr. 72 vom 26. März), wird manchem unserer Leser zu denken gegeben haben. Wundern könnte man sich zunächst darüber, daß es in diesem Fall überhaupt für unumgänglich nötig gehalten wurde, die Staatsanwaltschaft und das Gericht anzurufen. Die Angaben des im August vorigen Jahres veröffentlichten Artikels, der den Gegenstand der Anklage bildete, liefen darauf hinaus, daß eine Frau P. in der Wohnung des Herrn Krienelke erst von dessen Gattin und dann von ihm selber in einer Weise behandelt worden sei, die ihr als ungehörig erschien. Die ganze Darstellung ließ erkennen, daß mit Absicht jedes Wort vermieden worden war, durch das Herr Krienelke oder seine Gattin sich in ihrer Ehre hätten verletzt fühlen können. „Grobheit" war der stärkste der Ausdrücke, die in dem Artikel gebraucht wurden. Wundern könnte man sich ferner darüber, daß nicht Frau Krienelke klagte, der ja in dem Artikel — im Einklang mit den Angaben von Frau P. — die Hauptschuld an dem Auftritt zugewiesen worden war. Hätte Frau Kr. geklagt, so wäre natürlich nur eine Privatklage herausgekommen, in der sie selber als Klägerin aufzutreten gehabt hätte. Aber die Strafverfolgung des „Vorwärts"-Redakteurs wurde betrieben von Herrn Krienelke, dem Armenvorsteher, von dem in dem Artikel viel weniger die Rede gewesen war. Hierdurch erhielt die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, zum Schutze eines sich beleidigt fühlenden Kommunalbeamten einzuschreiten, und somit sah man vor Gericht als Zeugen außer Herrn Krienelke auch seine Gattin nebst Tochter. Wunderlich könnte man drittens auch das finden, daß der Stadtrat Münsterberg, der als Chef der Armendirektion die dem Armenvorsteher Krienelke vorgesetzte Behörde vertritt, seine Hand dazu geboten hat, die Strafverfolgung in die Wege zu leiten. Herr Münsterberg ist selber noch als Schriftsteller tätig — sein Amt eines besoldeten Stadtrats läßt ihm ausreichende Muße zu dieser von ihm in erheblichem Umfang ausgeübten Nebenbeschäftigung — und er kommt dabei oft in die Lage, Kritik üben zu müssen. Er ist im übrigen ein echt freisinniger Mann, da wird mancher von ihm erwarten, daß er gegen einen Zeitungsartikel, und noch dazu gegen einen so maßvollen, nicht sogleich den Staatsanwalt mobil machen werde. Bisher hat die Stadtverwaltung Berlins es in der Tat von sich gewiesen, sich dieses Mittels zu bedienen. Am Beginn des „neuen Kurses", der jetzt eingeschlagen worden ist, steht der Name Münsterberg! Herr Münsterberg hat als Chef des Armenwesens reichlich Gelegenheit gehabt, sich ein Urteil über Armenvorsteher zu bilden. In dem nächsten Prozeß, den er etwa gegen einen „Vorwärts"-Redakteur zustande bringen will, soll ihm — wir versprechen ihm das — auch dazu Gelegenheit werden, vor Gericht sich als Zeuge darüber zu äußern, welches Urteil er sich über Armenvorsteher gebildet hat.

Wichtiger als diese drei Punkte erscheint uns ein in der Gerichtsverhandlung zur Sprache gekommener Umstand, der schon in unserem Verhandlungsbericht erwähnt ist, aber hier noch einmal unterstrichen werden soll. Es wurde festgestellt, daß der Armenvorsteher Krienelke Hilfesuchende auf dem Korridor abgefertigt hat. Von dem Angeklagten und seinem Verteidiger wurde vorgetragen, daß jedem Armenvorsteher, auch dem Herrn Krienelke, für Freihalten eines Zimmers zu amtlichen Angelegenheiten eine Vergütung von 300 Mark pro Jahr gezahlt wird, die in sein eigenes Portemonnaie fließt. Herr Kr. antwortete, der von ihm hergegebene Korridor genüge, auch werde der Betrag von 300 Mark nicht für Hergabe des Raumes gezahlt, sondern für ihm erwachsende Unkosten, für Reinigung usw., im übrigen aber habe die Armendirektion diesen Zustand noch nicht bemängelt. Demgegenüber wollen wir öffentlich feststellen, was hierüber in dem Entwurf des Stadthaushaltsetats pro 1908, und zwar im Spezialetat 20 (Armenwesen) zu lesen steht. Es wird dort gesprochen von einer „Entschädigung für die mit der Führung des Vorsteheramtes verbundenen baren Auslagen", doch findet sich in den Erläuterungen der Zusatz: „An Vergütungen für Freihalten eines Zimmers zu amtlichen Angelegenheiten seitens der Vorsteher werden demnach erforderlich sein für 420 Kommissionen je 300 M. = 126 000 M." Im Entwurf des Stadthaushaltsetats pro 1909 (Spezialetat 20) fehlt dieser erläuternde Zusatz, aber Herrn Krienelkes Aussage vor Gericht fällt — ebenso wie jener im August 1908 vorgekommene Auftritt — noch in das „Etatsjahr 1908", das ja vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1909 reicht. Für diesen Zeitraum sind Herrn Kr. seine 300 M. gezahlt worden, von denen der Etat sagt, daß sie eine „Vergütung für Freihalten eines Zimmers zu amtlichen Angelegenheiten" seien. Herr Kr. hat die 300 M. hingenommen in dem Glauben, daß er nicht nötig habe, hierfür bei jedem Hilfesuchenden sein Zimmer herzugeben. Der Staatsanwalt betonte in seiner Anklagerede, auch von anderen Armenvorstehern sei zur Abfertigung Hilfesuchender der Korridor als ausreichend angesehen worden. Es bleiben hiernach nur zwei Möglichkeiten. Entweder gibt es Armenvorsteher, die nicht wissen, was sie für die ihnen gezahlten 300 M. zu leisten haben — oder der Stadtrat Münsterberg, der als Chef der Armendirektion für den Wortlaut der Erläuterungen zum Etat verantwortlich ist, bedarf einer Belehrung darüber, was er für die 300 M. zu fordern hat. Wir raten ihm, nunmehr schleunigst durch eine bei allen Armenvorstehern vorzunehmende Revision festzustellen, welche Räume von ihnen als Amtszimmer angesehen und benutzt werden. Es ist unseres Erachtens dringend nötig, daß zu den Erklärungen des Herrn Krienelke und des Staatsanwalts die Armendirektion selber auf Grund ihrer Feststellungen sich äußert.

Oster-Sonderzüge nach dem Osten werden u. a. wie folgt verkehren: ab Charlottenburg 6.34 vormittags, am 13. und 14. April (bis Breslau), 8.06 vormittags, am 8., 10., 13. und 14. April, 4.12 nachmittags, außer, wie vor, auch am 2. April (bis Breslau-Kattowitz); ab Berlin, Schlesischer Bahnhof, 7.08 vormittags, am 11. April, 10.35 vormittags (bis Breslau), am 8. bis 10. April (bis Liegnitz, am 8. und 10. bis Breslau), 3.01 nachmittags, am 10. April (bis Sagan), 8.06 abends, am 8. und 10. April (bis Breslau), 9.06 abends, am 8. April (bis Sommerfeld), am 10., 12. und 13. April (bis Breslau, am 13. bis Myslowitz). Der fahrplanmäßige Zug I wird vom 8. bis 13. April abends nur mit Wagen für Kattowitz und dem Kurswagen Berlin—Herby, sowie Verstärkungswagen bis Sommerfeld abgelassen; die Wagen für Oderberg und die Kurswagen Berlin—Wien bezw. -Budapest laufen an jenen Tagen im Nachzug 1. Am 8., 10., 13. und 14. April laufen die Kurswagen Berlin-Kattowitz in den Vorzügen 3 und 5, der Kurswagen nach Bukarest wird im Vorzug 3 befördert, der ebenfalls Speisewagen führt. Auf der Strecke Berlin-Posen verkehren u. a. folgende Sonderzüge: Ab Charlottenburg, 2.13 nachm., am 8. und 10. April (bis Reppen), 9.14 vorm., am 7. bis 10. und am 13. April (bis Thorn), ab Berlin, Schlesischer Bahnhof, 7.56 vorm., vom 8. bis 11., sowie am 13. und 14. April (bis Posen), 5.45 nachm., am 8., 10., 13. und 14. April (bis Posen) usw.

Eine Ausstellung von Plakatentwürfen veranstaltet am morgigen Sonntagnachmittag von 1 Uhr ab im Saal III des Gewerkschaftshauses der Verband der Steinsetzer. Die ausgestellten Entwürfe sind das Ergebnis eines Preisausschreibens, das der genannte Verband unternommen hat. Die Beteiligung an dem Wettbewerb ist eine ziemlich zahlreiche und hat eine ganze Anzahl recht guter Arbeiten von künstlerischem Geschmack und zweckentsprechender Ausführung gezeitigt. Die ausgestellten Arbeiten rühren zum allergrößten Teile, wenn nicht gar ausschließlich, von organisierten Arbeitern und zwar von Mitgliedern der Verbände der Bildhauer, Lithographen, Maler und Steinsetzer her.

Der Eintritt ist frei. Die Ausstellung wird am Sonntagabend wieder geschlossen.

Der Umzug der Königlichen Bibliothek ruft den Kampf, den das gelehrte und literarische Berlin vor genau zehn Jahren kämpfte, wieder lebhaft in Erinnerung, und es kann daher nicht wundernehmen, wenn dieser Tage in einer wissenschaftlichen Gesellschaft die Frage aufgeworfen wurde: wem denn eigentlich der damals kaum erwartete Erfolg zu verdanken sei, daß die Königliche Bibliothek nicht, wie geplant, nach der Peripherie der Stadt bezw. nach Charlottenburg verlegt worden ist? Dies hatte nämlich der Kultusminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 16. März 1899 in Aussicht gestellt. Wenige Wochen später fand eine intime Sitzung bei „Hausmann" statt, aus welcher ein Komitee hervorging, das für eine Petition alsbald mehr als 5000 Unterschriften sammelte, die in überzeugender Weise und unter Beibringung historischen und statistischen Materials nachwies, welche Schädigungen dem gelehrten Berlin bevorständen, wenn die Bibliothek aus dem Mittelpunkt der Stadt nach einem entfernten Platze verlegt werden würde. Die von mehr als 5000 Männern aller gelehrten Stände und Berufe unterzeichnete Petition hat ihre Wirkung nicht verfehlt: die Königl. Bibliothek ist der Stadt Berlin erhalten geblieben.

Schundliteratur auf Bahnhöfen. Gegen die Schundliteratur und ihre verderbliche Wirkung auf die Jugend ist schon so viel geschrieben worden, daß bereits eine besondere umfangreiche Literatur über dies Gebiet entstanden ist. Wie uns mitgeteilt wird, wird aber gerade auf Bahnhöfen von den Bahnhofsbuchhandlungen Literatur feilgehalten, die sich manchen verpönten Schmökern ruhig an die Seite stellen kann. Wie es sich um den „Vorwärts" oder „Die Welt am Montag" handelte, da waren Eisenbahnaufsichtsbehörden mit dem Verbot schnell bei der Hand. Aber beim Kampf gegen die Schundliteratur rühren sie sich nicht. Die bekannten Schmöker mit den aufdringlichen grellbunten schlechten Bildern kann man täglich an hervorragender Stelle der Auslagen der Bahnhofsbuchhandlungen erblicken. Auf dem Steglitzer Bahnhof zum Beispiel sieht man außer den wenigen gangbarsten Zeitungen und einigen Kursbüchern überhaupt weiter nichts als Buffalo Bill, Nic Carter und Genossenschaft. Man hat so das Gefühl, als geschieht hier die Verbreitung der Schundliteratur unter besonderer Protektion einer königlichen Eisenbahnbehörde.

Wir halten von Verboten nichts und rufen auch nicht danach, aber interessant ist es schon, obige Tatsache feststellen zu können.

Nachzusendende Briefe im Briefkasten. Gewöhnliche Briefe und Postkarten kann man neuerdings mit einem neuen Bestimmungsorte versehen und zur Weiterbeförderung in den Briefkasten legen. In die Dienstanweisung für die Postämter ist die Bestimmung aufgenommen worden, daß solche Sendungen als nachzusendende Briefe und Postkarten zu behandeln sind. Vor der Nachsendung sollen die Postämter prüfen, ob es sich um eine Nachsendung oder um die Weiterbeförderung an einen anderen Empfänger handelt, sowie ob die Sendungen seit der ersten Aushändigung eine Veränderung ihres Inhaltes erfahren haben. Diese Prüfung liegt dem Beamten ob, der die Sendungen mit dem Nachsendungsvermerk zu versehen hat. Es geschieht dies bekanntlich mit grüner Tinte. Bei den Postämtern erster Klasse, wo die örtlichen Verhältnisse es erfordern und eine Verzögerung nicht entsteht, kann der Amtsvorsteher die Prüfung dem Beamten übertragen, dem die Bearbeitung der sonstigen nach- und zurückzusendenden Briefe usw. obliegt. Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben darf man aber nicht mit neuer Adresse versehen in den Briefkasten legen. Werden derartige Sendungen nach der Aushändigung mit neuem Bestimmungsorte versehen im Briefkasten vorgefunden, so gelten sie als unfrankiert und werden nicht abgeschickt, wenn sie nicht von neuem frankiert sind.

Der gepfändete Königssohn. Mit dem Kunstschützen Milan Obrenowitsch, dem natürlichen Sohne des Serbenkönigs Milan, beschäftigt sich jetzt die Staatsanwaltschaft. Allzu schlimm wird es aber für den Königssohn wohl nicht werden. Während seines Auftretens in einem hiesigen Zirkus machte Milan, der in einem großen Hotel wohnte, in mehreren Geschäften allerhand Einkäufe. So kaufte er für 100 M. Wäsche, die er zum Teil gleich anlegte, zum Teil nach dem Hotel schicken ließ. Hier sollte der Pförtner den Kaufpreis einstweilen auslegen. Das tat der Mann aber nicht. Wie mit der Wäsche, so ging es auch mit Büchern und Zeitschriften. Milan kaufte auch dann noch, als es mit seinem Auftreten im Zirkus Busch zu Ende war. Jetzt sollte sein Unternehmer bezahlen. Der tat es aber auch nicht. Er behauptete vielmehr, daß er selbst von Milan noch Geld zu bekommen habe. Daraufhin zeigten Geschäftsleute den Königssohn wegen Betruges an. Als sich jetzt die Polizei mit der Angelegenheit beschäftigte, zahlte der Unternehmer aber doch. Jetzt schwebt das Verfahren wegen versuchten Betruges; ob nach den obwaltenden Verhältnissen viel dabei herauskommt, ist fraglich.

Eine Wassersnot im kleinen gab es in der vergangenen Nacht in Rahnsdorfer Mühle. Das Mühlenfließ führt infolge der Schneeschmelze so viel Wasser wie nie zuvor. Das ganze Fließtal ist überschwemmt. In Fichtenau ist das Wasser bereits in zwei Straßen eingedrungen. In der vergangenen Nacht brach in geringer Entfernung vor dem Mühlenteich ein Wegedamm, der das Tal durchquert und keinen genügenden Durchlaß hatte. Die Wassermasse ergoß sich nun in den Grund seitwärts vom Flußlauf, staute sich unterhalb an dessen Uferdamm und überflutete das Gehöft und die Stallungen des „Paradiesgartens". Der Wirt Schönemann rief die freiwillige Feuerwehr von Rahnsdorf zu Hilfe.

Zwischen zwei Straßenbahnwagen geklemmt. Durch einen schweren Unfall ist Donnerstagabend in der zehnten Stunde eine empfindliche Verkehrsstörung in der Leipziger Straße hervorgerufen worden. Der 22jährige Dreiradfahrer Emil Wegener, der in einer Konditorei in der Leipziger Straße 67 angestellt ist, hatte an der Ecke der Charlottenstraße den Fahrdamm der Leipziger Straße schräg befahren wollen. Er hatte dabei übersehen, daß von beiden Seiten Straßenbahnwagen nahten und ehe er sichs versehen, war er mit seinem Dreirad zwischen die Waggons eingeklemmt. Er stürzte zu Boden und fiel unter einen der beiden Waggons. Fast eine halbe Stunde dauerte es, bis das Hindernis beseitigt war. Wegener wurde nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht, wo der Arzt schwere Quetschungen beider Oberschenkel feststellte.

Auf einen Sammelschwindel macht der Landrat von Osterburg die hiesigen Behörden aufmerksam. Nach einer Mitteilung, die ihm zugegangen ist, soll hier in Berlin angeblich im Auftrage des Hilfskomitees für die Ueberschwemmten in der Altmark eine Hauskollekte veranstaltet worden sein. Die angeblich Beauftragten führten ein undeutlich gestempeltes Sammelbuch mit sich, in dem schon namhafte Beiträge verzeichnet standen. Vorgezeigt wurde ein Aufruf des Hilfskomitees gezeichnet Jacobs. Die hiesige Kriminalpolizei hat sofort Nachforschungen angestellt, aber bisher nichts ermitteln können. Das Hilfskomitee hat keinerlei Hauskollekte veranstaltet. Die Sammler sind also Schwindler, die jeder, dem sie mit ihrem Buche kommen, sofort festnehmen lassen sollte. Wer ihnen schon etwas gegeben oder auch wer sie abgewiesen hat, wolle sich schleunigst bei der Kriminalpolizei melden.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die Fortsetzung der Etatsberatungen fand am Donnerstag statt. Es war dies die fünfte Sitzung, welche sich mit dem Voranschlag für 1909/10 beschäftigt, und noch ist die endliche Festsetzung nicht abzusehen; das Kapitel „Veranstaltungen und Einrichtungen" konnte noch nicht erledigt werden. Bei Beginn ermahnt Stadtverordneten-Vorsteher Sander daher, auf beiden Seiten sich mehr der Kürze und Ruhe zu befleißigen.

Für die Stadtverordneten-Ersatzwahl am 30. d. Mts. wird für den wegen Berufsüberbürdung zurücktretenden Spediteur Max Heinrich der Gastwirt Heinrich Blümel zum Beisitzer ernannt.

Zum Zwecke der Durchführung des Steuerbringverfahrens vom 1. April dieses Jahres ab beantragt der Magistrat, 7000 M. in den Etat einzustellen, um die benötigten drei Zahlstellen einrichten zu können. Aus der Mitte der Versammlung wird gewünscht, die Bureaustunden auch auf den Nachmittag (3—6 Uhr) auszudehnen und auf den Postscheckverkehr als geeignetes Einzahlungsmittel hinzuweisen. Die enorm hohen Mieten für die in Aussicht genommenen Lokale werden ebenfalls moniert. Der Magistrat sagt Berücksichtigung der vorgetragenen Wünsche zu, worauf die Vorlage angenommen wird.

Die Verhandlungen über den Etat werden beim Titel „Arbeitsnachweis" wieder aufgenommen. Stadtv. Thurow (Soz.) erklärt, mit Rücksicht auf die am Dienstagabend gewaltsam herbeigeführte Beschlußunfähigkeit noch einmal die Gründe für den notwendigen Ausbau des Arbeitsnachweises besprechen zu müssen, und verbreitet sich eingehend über Leitung, Einrichtung und Aufgaben eines modernen Arbeitsnachweises. Ein solcher kann sehr nutzbringend für Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirken. Die vom Magistrat beabsichtigte Anstellung eines sachkundigen Vorstehers ist ein kleiner Schritt auf diesem Wege. Die Hebung der Sozialreform im Munde führen — wie es bei den bürgerlichen Parteien genug geschieht — nutzt gar nichts; hier ist Gelegenheit, die Versicherungen zu betätigen. — In der sich anschließenden Debatte wenden sich die Stadtvv. Gröpler und Rahmig gegen die Vorlage, wobei ersterer dem Dezernenten den Vorwurf macht, sich seine haltlose Begründung sehr leicht aus Büchern heraus zurechtgemacht zu haben. Im übrigen lassen die Ausführungen der Genannten erkennen, daß diese mehr für die Person des gegenwärtigen Arbeitsnachweis-Vorstehers als für die Sache sich bemühen. — Stadtrat Dr. Mann sowie die Stadtvv. Hoppe (Soz.), Kyllmann, Emmelut, Böske (Soz.), Rosenow treten lebhaft für die Anstellung eines mit dem gewerblichen Leben und der in Frage kommenden Materie vertrauten Vorstehers ein. Der Magistratsantrag wird mit schwacher Mehrheit angenommen.

Beim Titel „Wohlfahrtspflege" bekämpft Stadtverordneter Dr. Silberstein (Soz.) den Antrag des Rechnungsausschusses, in der Säuglingsfürsorgestelle nur den stillenden Müttern Unterstützung zu gewähren. Soll die Säuglings-

sterblichkeit wirklich vermindert werden, so muß auch den Müttern, welche künstlich ihr Kind ernähren müssen, ausgiebige Hilfe zuteil werden. Die Versammlung stimmt dem Redner zu.

Stadtverordneter Rohr (Soz.) wendet sich gegen den Abstrich des Rechnungsausschusses beim geplanten Kindervolksgarten, wonach statt 1500 nur 1000 M. eingesetzt werden sollen. Eine so wichtige soziale Einrichtung muß ausgebaut, aber nicht eingeschränkt werden; das ist notwendig, weil die kapitalistische Produktionsweise sehr viele Mütter in die Fabriken zwingt und ihren Kindern entzieht. — Bürgermeister Dr. Weinreich ersucht, die Summe für die außerordentlich notwendige Einrichtung nicht zu kürzen. Es ist — so sagt er — eine Grausamkeit, wenn beide Eltern arbeiten müssen, so daß den Kindern der Erzieher fehlt. — Stadtverordneter Rahmig hält 1000 M. für genug und will die private Wohltätigkeit mehr herangezogen wissen, wogegen Stadtverordneter Glasemann sich wendet, da nach seiner Meinung die Privatwohltätigkeit die Wohlhabenden schon mehr als genug in Anspruch nimmt. — Hierauf wird die Magistratsvorlage wieder hergestellt.

Zur Position „Ferienkolonien" trägt Stadtverordneter Wutzky (Soz.) eine ihm zugegangene Beschwerde über die Kolonie Friedrichsbrunn vor, in der behauptet wird, daß die Kinder dort in tiefen Kellern schlafen müßten, schlechte Kost bekommen und keine liebevolle Behandlung erfahren. Redner ersucht den Magistrat um energische Abstellung. — Stadtverordneter Rosenow stimmt darauf einen Lobeshymnus auf die Damen des freiwilligen Erziehungsbeirats, welche die Ferienkolonien beaufsichtigen, an und kann sich nicht denken, daß bei soviel Selbstlosigkeit die geschilderten Zustände möglich sind, worauf ihm der Vorredner erwidert, daß all diese schönen Tugenden — wenn sie vorhanden sind — nicht immer gegen derartige Mißstände schützen. — Bürgermeister Dr. Weinreich mahnt, die Beschwerde — unter Hinweis auf die Person des Verfassers — mit Vorsicht aufzunehmen.

Die Zuwendung an den Frauenverein für Haushilfe wird von 1200 auf 2000 M. erhöht.

Dem Kuratorium der Berliner Unfallstationen werden 1500 Mark zur Verfügung gestellt. Hierbei äußert sich Stadtverordneter Dr. Silberstein (Soz.) über das ungenügende Rettungswesen in Rixdorf, wodurch häufig Mangel an ärztlicher Hilfe eintritt. Vor einiger Zeit ist schon zwecks Einrichtung einer Rettungswache mit der Berliner Rettungsgesellschaft verhandelt worden; leider hat der Magistrat hierin versagt. Statt dessen wird der Zuschuß für die Unfallstation jetzt erhöht, wogegen an sich ja gewiß nichts eingewandt werden soll. Die jetzigen Zustände dürften sich noch verschlimmern, wenn mit der Aufhebung des alten Krankenhauses auch die daran angegliederte Rettungswache eingeht. Redner bringt deshalb eine Resolution ein, die den Magistrat um Vorschläge für den Ausbau des Rettungswesens ersucht. (Zuruf: Kostenpunkt?!) — Stadtverordneter Rahmig gibt zu, daß das Rixdorfer Rettungswesen nicht auf der Höhe ist, will aber dem Vorredner nur teilweise Recht geben. — Stadtrat Dr. Mann nimmt den Magistrat in Schutz, der nur der hohen Kosten wegen, welche auf mindestens 7500 M. veranschlagt wurden, vorläufig die Errichtung einer Rettungswache unterlassen hat; die Verhandlungen sollen aber fortgeführt werden. — Die Resolution Silberstein wird abgelehnt.

Ein Antrag des Stadtverordneten Dr. Silberstein (Soz.), die für den Berliner Asylverein für Obdachlose ausgeworfenen 600 M. auf 1000 M. zu bemessen, wird mit 27 gegen 25 Stimmen verworfen.

Für Zwecke der Trinkerfürsorgestelle waren in den Etat 300 M. eingestellt, vom Rechnungsausschuß aber gestrichen worden. — Stadtrat Dr. Mann plädiert warm für die Bewilligung der 300 M., desgleichen Stadtverordneter Dr. Dietrich, welch letzterer der Versammlung zuruft: Tun Sie uns nicht die Schmach an, den geringen Betrag für Bekämpfung der gräßlichen Trunksuchtsseuche zu streichen! — Es wäre — so sagt Stadtverordneter Dr. Silberstein (Soz.) — in der Tat eine Schmach, wenn nicht einmal die ganz ungenügende Summe von 300 M. gegen die schlimme Volksseuche aufgewandt würden. — Der Betrag wird mit Mehrheit bewilligt.

Ebenso nimmt die Versammlung gegen den Rechnungsausschuß bei der Zuwendung an den Verein für Schülerwanderungen Stellung, welche dieser von 500 auf 300 M. herabgesetzt hat. Stadtverordneter Rosenow sprach für die höhere Summe, welche die neue und lobenswerte Einrichtung wohl gebrauchen könne. Auch Stadtverordneter Wutzky (Soz.) äußert sich in gleicher Weise, berichtigt aber die Auffassung des Vorredners, daß es sich um eine neue Sache handle. Das Gegenteil ist richtig; denn die hiesigen Turn- und ähnliche Vereine pflegen die Schülerfahrten schon seit Jahren erfolgreich. Leider fand das bisher nicht die verdiente Beachtung; ja, man sät auch hier politischen Haß und schaltet den großen Arbeiterturnverein aus, statt unparteiisch das Gute zu begrüßen, wo immer es sich zeigt.

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung zur Beratung der persönlichen Positionen des Etat. Vor Eintritt in dieselbe erhält Stadtverordneter Groger (Soz.) das Wort zu einer Erklärung auf die Angriffe des Stadtverordneten Serno, welche dieser in der Dienstagsitzung gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und den Genossen Singer im besonderen gerichtet hat. Er stellt fest, daß Serno in unqualifizierbarer Weise aktenmäßig längst widerlegte Lügen benutzt hat, und verliest eine Erklärung der diesem gesinnungsverwandten „Pfälzer Zeitung", worin die Verleumdung gegen den Reichstagsabgeordneten Singer, er habe seine Arbeiterinnen ausgebeutet, reumütig widerrufen wird. Wenn Herr Serno — so führt Redner aus — trotzalledem die schon hundertmal widerlegten und widerrufenen Reichsverbandslügen wiederholte, so hat er bewiesen, daß er selbst vor leichtfertigen Verdächtigungen nicht zurückschreckt. Das kennzeichnet ihn zur Genüge! — Eingangs dieser Ausführungen erscholl wiederholt der Ruf: Serno! Serno! wo ist Serno! Der Tapfere war aber trotz aller Bemühungen nicht aus dem Erfrischungsraum in den Sitzungssaal zu bringen; er, der fromme Verteidiger der offiziellen Religion, kniff kläglich und zog vor, der Wahrheit aus dem Wege zu gehen.

Wilmersdorf.

Die „Vorwärts"-Spedition befindet sich vom 1. April ab in der Landhausstr. 27. Alle Bestellungen, Zuschriften, Beschwerden usw. bitten wir, von diesem Tage ab an die neue Adresse richten zu wollen. Dort werden auch wie bisher Bestellungen auf Literatur unter schnellster Besorgung des Gewünschten entgegengenommen.

Charlottenburg.

Freie Volksbühne Charlottenburg. Die Märzvorstellung, welche wegen Erkrankung einer ganzen Reihe von Darstellern verschoben werden mußte, findet nunmehr im Schillertheater-Charlottenburg für die 1. Abteilung am Donnerstag, den 1. April; für die 2. Abteilung am 2. Freitag, den 2. April statt. Gespielt wird das Lustspiel des Franzosen Edouard Pailleron: „Die Welt in der man sich langweilt". Die Beitragsmarken müssen in jeder Abteilung am Tage vor der Vorstellung geklebt sein. Die Jahreskarten werden nicht erneuert, sondern durch Vermerk in den Zahlstellen verlängert.

Lichtenberg.

Stadtverordnetensitzung. In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung kam es aus Anlaß der Krankenhausbaufrage mehrmals zu zu turbulenten Szenen. Die konservative Gruppe wollte partout ein an der Frankfurter Chaussee belegenes Grundstück für den Bau bestimmt wissen. Ein eingehendes Gutachten des bekannten Baurates Rüppel-Hamburg hatte dieses Grundstück als ungeeignet, weit hinter ein anderes, unmittelbar vor dem bewaldeten Grundstück der Irrenanstalt belegenes Terrain zurückgestellt. Für dieses traten unsere Genossen ein, weil es neben dem Vorzug seiner Höhenlage auch den bedeutender Größe hat. Vor dem zu erbauenden Krankenhause sollte noch ein Park in Größe von zirka 20 Morgen angelegt werden. Damit würde das gesammte Grundstück viermal so groß sein als das von der konservativen Gruppe in Aussicht genommene, und der Preis für die beiden Terrains ist fast gleich. Ein von Professor Proskauer erstattetes Gutachten macht nun Bedenken geltend, wegen der an der Herzbergstraße belegenen Fabriken. Unsere Genossen verwiesen darauf, daß das Gutachten gar keine positiven Behauptungen aufstelle, sondern ganz hypothetisch gehalten sei und vielfach Widersprüche enthalte. Die für das Grundstück an der Irrenanstalt geltend gemachten Bedenken träfen in noch größerem Umfange für das an der geräuschvollen, staubigen, von Rauch und Ruß aus Lokomotiven und Schornsteinen bestrichene, in einem Häuserblock eingekeilte Terrain an der Frankfurter Chaussee zu. Diese sachlichen Einwände beantworteten Herren von der andern Seite mit Gelächter und Beschimpfungen. Das Gutachten des Herrn Rüppel nannte Herr Sommerkorn Rüpelei; Magistratssekretär Rott schrie dazwischen, aus Genossen Grauer spreche der Spiritus, Rechtsanwalt Schachtel erklärte, er kenne zwar die Motive nicht, die für die Sozialdemokraten bestimmend seien bei ihrem Eintreten für das Roedersche Grundstück, loyal wären die Gründe jedenfalls nicht. Um allem die Krone aufzusetzen, schnitten die Herren auch noch unseren Genossen zweimal das Wort ab, indem sie Debattenschluß beschlossen. Wie unser Genosse im Bureau dann feststellte, war man dabei noch so illoyal gewesen, vorher eine Umstellung in der Rednerliste vorzunehmen. Er glaubte nachträglich das als Mogelei bezeichnen zu müssen, wodurch die schon vorhandene Erregung auf die Spitze getrieben wurde und es zu tumultuarischen Szenen kam. In persönlichen Bemerkungen gingen Grauer und Dütwell gegen die Provokateure scharf vor. Letzterer bezeichnete die Schachtelsche Leistung als eine „Infamie". Und der Herr drückte sich; er wagte nicht einen Laut von sich zu geben. Schließlich setzten die Herren von der Rechten ihren Willen durch; in namentlicher Abstimmung wurde das Grundstück in der Frankfurter Chaussee für den Krankenhausbau bestimmt. Mit dem Beschluß verbunden war die Zustimmung zum Ankauf eines Terrains in Größe von zirka zwei Morgen zum Preise von zirka 190 000 M. Vorher hatte eine Vorlage Zustimmung gefunden, durch die 2500 M. gefordert wurden zwecks Beschaffung des Beweismaterials in der Angelegenheit des Schullostenstreits mit der Stadt Berlin.

Reinickendorf.

Achtuhr-Ladenschluß. Laut Bekanntmachung des Amtsvorstehers vom 22. März d. J. tritt in Reinickendorf am 1. April der Achtuhr-Ladenschluß (mit Ausnahme an den Sonnabenden) in Kraft. Hierdurch wird endlich der Zustand beseitigt, daß ein Teil der Geschäftsleute, die in den nach Berlin führenden Straßen wohnen, um 9 Uhr schließen, während die auf der Berliner Seite wohnenden bereits um 8 Uhr schließen mußten.

Pankow.

Das Risiko des Arbeiters. Auf einem Neubau in der Arkonastraße hat sich gestern nachmittag ein verhängnisvoller Unfall zugetragen. Der Steinträger Fritz Neumann aus Pankow war im Begriff gewesen, eine Ladung Kalk nach dem dritten Stockwerke hinaufzutragen. Er trat in der zweiten Etage auf der Leiter fehl, verlor das Gleichgewicht und stürzte mitsamt seiner Tragelast in den Kellerschacht hinab. Schwerverwundet fanden später andere Arbeiter den Verunglückten auf und schafften ihn nach dem städtischen Krankenhause. Der Zustand des N. ist sehr bedenklich.

Nieder-Schönhausen.

Als Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Nieder-Schönhausen ist vom 1. April 1909 ab Bürgermeister Abraham ernannt worden.

Steglitz.

Verschüttet. In größter Lebensgefahr schwebte gestern der 34jährige Arbeiter Otto Lehmann aus Steglitz bei einem verhängnisvollen Unglücksfall in der Schloßstraße. Auf dem Böttcherschen Neubau hatten Arbeiter der Postverwaltung einen Schacht ausgegraben, und als L. die Seitenwände absteifen wollte, gaben plötzlich die Erdmassen unter seinen Füßen nach und stürzten ein. L. wurde mit in die Tiefe gerissen und vollständig unter der nachstürzenden Erde begraben. In der Nähe weilende Arbeitskollegen eilten schleunigst hinzu und förderten den Verunglückten wieder ans Tageslicht. Außer äußeren Quetschungen hatte der Verunglückte einen Knöchelbruch erlitten.

Zossen.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung wählte in die Finanzkommission den Stadtv. Bartels, ehemaliger Rendant der Ortskrankenkasse. Für die durch Hochwasser Geschädigten wurden 100 M., für die Kleinkinderschule 300 M. und für die Pflasterung der Mittenwalder Straße 5000 M. bewilligt. Bürgermeister Dr. Wirth gab den Bericht über die Vorverhandlungen betreffs Bau einer Gasanstalt. Der Bau sowie die Beschaffung der Maschinen, Gasbehälter usw. soll der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik übertragen werden. Zum Bau selbst ist eine Anleihe von 200 000 M. nötig. Dieser Anleihe wurde zugestimmt. Unter Verschiedenes teilte der Bürgermeister mit, daß die Gendarmeriestation eingegangen sei, wodurch die Sicherheit des Publikums gefährdet werde. Es sei demnach an eine Vermehrung der Polizei zu denken. Bei der Besprechung der Petition des Gewerkschaftskartells betreffs Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, um dem auch hier herrschenden Elend zu steuern, schwiegen sich die bürgerlichen Herren aus. Damit haben sie gezeigt, daß sie für die unglücklichen Opfer der kapitalistischen Produktionsweise nichts zu tun gewillt sind. Die Arbeiterschaft wird sich das merken.

Reinickendorf-Ost.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins sprach Genosse Lewinsohn-Rixdorf über „Assyrien und Babylon". Der Bericht des Genossen Neumann von der Nieder-Barnimer Kreis-Generalversammlung zeitigte eine längere Debatte, in der hauptsächlich die Pankower Angelegenheit besprochen wurde. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die angebahnten Einigungsversuche zum gewünschten Ziele führen mögen. Vom Genossen Schönberg wurde auf die demnächst stattfindende öffentliche Versammlung, in der Genosse A. Hoffmann über „Die Steuerhöhung und die Steuerfreiheit der Geistlichen" sprechen wird, hingewiesen mit der Aufforderung, schon heute für regen Besuch der Versammlung zu agitieren.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Vor der eigentlichen Stadtverordnetenversammlung fand eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung statt, in welcher der Eisenbahnbetriebsinspektor a. D. Biedermann einen ¾stündigen Vortrag über die Hafenanschlußbahn hielt. Es handelt sich bei den Projekten um 2 Anschlüsse, einen westlichen vom Spandauer Güterbahnhof aus und einen kürzeren östlichen vom Güterbahnhof Ruhleben aus. Der Vortragende hält beide Projekte für gleichwertig hinsichtlich der Anschlußmöglichkeit und der Kosten, glaubt jedoch den längeren westlichen Anschluß empfehlen zu dürfen, weil durch diesen eine große gewerbliche Aufschließung ermöglicht werde, wodurch die Rentabilität der Hafenanschlußbahn erst gesichert werden könnte. Nach Beendigung dieses Vortrages in die Beratung der Tagesordnung eintretend, gelangte zunächst die vor 14 Tagen zurückgestellte Vorlage zur Erledigung, welche die Angelegenheit mit den Waldarbeitern betreffend deren Gesuch um Zurücknahme des Verbots der täglichen Holzentnahme behandelte. Die Vorlage war bekanntlich zurückgestellt, um dem Oberförster Bein Gelegenheit zu geben, auf die Angriffe des Stadtverordneten Genossen Schmidt I zu antworten. Nachdem der diesmalige Referent Stadtverordneter Zschalig die Sachlage nochmals vorgetragen, erhält dann auch der anwesende Oberförster Bein das Wort, um sich zu rechtfertigen. Man wunderte sich, daß die Vorlage nicht schon vor 8 Tagen verhandelt wurde, nachdem man aber sah, wie der Herr Oberförster sich seine Rechtfertigung fein ausgearbeitet und aufgeschrieben hatte und diese nun einfach ablas, da hatte man die Aufklärung für diese Verschleppung. Man wollte dem Oberförster Zeit lassen, seine Rede aufzuschreiben. Was nun der Oberförster zu seiner Rechtfertigung anführte, waren eben nur Behauptungen seinerseits, denen die gegenteiligen Behauptungen der Waldarbeiter gegenüberstehen. Er gab eigentlich alles zu, namentlich, daß den Waldarbeitern die Holzmitnahme verboten sei, weil einzelne sich hierbei Uebergriffe erlaubt hatten, daß die alten Arbeiter im Akkord nicht so viel verdienten wie die jüngeren, kräftigeren Arbeiter, daß die Arbeiter bei den Kulturarbeiten pro Tag 50 Pf. Zuschuß erhalten, wenn sie mit ihren Hundewagen Pflanzen fahren müssen, daß er selbst aber für seine Fuhren pro Tag 12,50 M. bekomme. Er gab ferner zu, daß für den Schlag im Johannesstift mehr gezahlt werde als in der Stadtforst, bestritt aber, daß die Lohnzettel, die Genosse Schmidt in Händen habe, einen genauen Ueberblick über die Durchschnittslöhne ergeben. Die Unzufriedenheit unter den Waldarbeitern sei erst eingetreten, nachdem er leider Arbeiter angenommen, die in der Forstverwaltung Grunewald gearbeitet hatten. Seine Arbeiter wären zufrieden und dächten gar nicht daran, die Arbeit niederzulegen. Nach dem abgelesenen Erguß des Oberförsters versuchte der Stadtv. Tischlermeister Grunow eine Sozialistendebatte zu inszenieren, indem er den Wunsch aussprach, der Oberförster möge die sozialdemokratischen Arbeiter, die doch nimmer zufrieden und satt werden, entlassen und dafür Hirsch-Dunckersche Arbeiter einstellen. Nunmehr kam auch Genosse Schmidt I zum Wort. Er erklärte zunächst dem Stadtv. Grunow, daß er ihm auf dem Gebiete der Sozialistendebatte nicht folgen, sondern sich rein sachlich verhalten werde. Er widerlegte dann, daß er die Bewirtschaftung der Forst und die Forstdeputation angegriffen habe und knüpfte sich dann den Herrn Oberförster ganz energisch vor. Die Arbeiter verzichteten gern auf Holz, wenn man ihnen nur den Lohn gibt und garantiert, den sie als städtische Arbeiter zu verlangen haben. Diese Leute haben aber durchschnittlich nur einen Verdienst von jährlich 800—900 M. Eine bloßfige Arbeiterfamilie benötige aber bei den heutigen Verhältnissen, wie Sozialökonomen ausgerechnet haben, ein jährliches Einkommen von mindestens 1117 M. Er frage den Oberförster, ob einer seiner Leute diesen Verdienst habe. Die Leute sind bei ihrem kargen Lohn auf das Holz angewiesen und man treibe sie zur Verzweiflung durch das Verbot ohne Lohnerhöhung. (Stadtv. Grunow macht den Zwischenruf: Die Leute haben täglich 9 M. Verdienst!) Zu dem Stadtv. Zschalig hatten die Waldarbeiter kein Zutrauen mehr, weil dieser dem Oberförster geraten hat, die alten Leute, die nicht mehr so viel verdienen können, zu entlassen. Genosse Schmidt I bringt sodann folgende Anträge ein: 1. Die Forstdeputation hat unverzüglich eine Neuregelung der Löhne der Waldarbeiter vorzunehmen, und zwar dahingehend, soweit man glaubt Akkordarbeit nicht umgehen zu können, sind die Preise auf Grund der bisherigen Leistungen so festzusetzen, daß es einem Durchschnittsarbeiter möglich ist, 25 Proz. zu den von den städtischen Körperschaften festgesetzten Löhnen für städtische Arbeiter zu verdienen. Bei dieser Lohnerhebung sind die Forstbeamten und eine Vertretung der Arbeiter zu hören. Die Akkordpreise sind den Arbeitern schriftlich bei Beginn jeder Arbeit zu übergeben. Allwöchentlich findet den geleisteten Stunden entsprechend eine Abschlagszahlung in Lohn statt. Der sich ergebende Ueberschuß ist an dem der Beendigung der Arbeit folgenden Lohntage auszuzahlen, sofern eine Zwischenzeit von 3 Tagen vorhanden ist, anderenfalls an dem nächtfolgenden. 2. Den Waldarbeitern ist eine Entschädigung in angemessener Höhe für Haltung des Werkzeuges zu gewähren und an jedem Monatsersten in Bar zu zahlen. 3. Die Forstdeputation hat in eine Prüfung der Frage einzutreten, woher der Unterschied in der vom Referenten verlesenen Lohnliste und der vom Stadtverordneten Schmidt I verlesenen Lohnzettel kommt. 4. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, der Forstverwaltung schleunigst Mittel in Höhe von etwa 650 M. zu gewähren, um den Waldarbeitern eine einmalige Unterstützung von je 20 M. zukommen lassen zu können. 5. Das den Förstern zustehende Deputatholz ist von den bei den Auktionen zurückbleibenden Beständen von der Deputation anzuweisen. — Sämtliche Anträge wurden, nachdem noch der Oberbürgermeister Kölhe wieder mal sein warmes Herz für die Arbeiter sprechen ließ, indem er sagte, wer nicht zufrieden ist, könne gehen, gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Stadtverordneten abgelehnt. Nicht ein bürgerlicher Stadtverordneter stimmte dafür. — Bei einer folgenden Vorlage wird vom Magistrat gefordert die Einziehung der Stellen der 12 Nachtwächter und eines Hilfswächters und statt dessen zu bewilligen: 1. die Stellen von 2 Polizeiwachtmeistern; 2. die Stellen von 5 Polizeisergeanten; 3. 180 M. jährliche Funktionszulage für den Inspektionsschreiber; 4. die Kosten des Anschlusses der Wohnungen der Polizeikommissare an das Stadtfernsprechnetz. Diese Vorlage wurde trotz des Protestes der Genossen Pieper und Schmidt I angenommen, jedoch mit der Aenderung, daß diese Umänderung erst am 1. Oktober cr. statt am 1. Juli eingeführt wird. Hier ließ der Oberbürgermeister auch wieder sein arbeiterfreundliches Herz sprechen, indem er auf die Frage, was denn nun aus den Nachtwächtern werden soll, erwiderte, die werden einfach gekündigt. — Zum Schluß gab es dann noch eine interessante Aufklärung über die Brückenstraßenangelegenheit, die eigentlich in geheimer Sitzung erfolgen sollte, weil es sich um den Ankauf zweier Grundstücke für insgesamt 552 650 M. handelt. Ueber den Ankauf selbst wird ja in geheimer Sitzung verhandelt, in öffentlicher Sitzung wurde aber bekanntgegeben, was in der Brückenstraße gemacht werden soll, da es unmöglich sei, unter den jetzigen Verhältnissen dort die Baustellen zu verkaufen. Man beabsichtigt nunmehr die alte Brückenstraße in ihrer alten Breite bestehen zu lassen, auf der Seite, wo die Stadt die Häuser angekauft und abreißen ließ, soll ein 19 Meter tiefer Streifen bebaut werden und hinter diesen Häusern soll dann eine 25 Meter breite Parallelstraße erhöht angelegt werden. Die Charlottenbrücke bleibt in der jetzigen Lage, wird aber nach der Seite der Parallelstraße zu verbreitert. Die alte Brückenstraße bleibt in ihrer tiefen Lage liegen. Das ist also das Resultat der mit so großem Pomp angekündigten und mit so großen Kosten verknüpften Verbreiterung der Brückenstraße. Sachverständige sind der Ansicht, daß man diese Lösung billiger und besser haben konnte. Ob dieses Projekt nun zur Durchführung kommt, weiß man auch noch nicht, denn bis jetzt steht noch nicht einmal die Höhenlage der Brücke fest. Der Verlust, den die Stadt bei dieser planlos vorgenommenen Arbeit erleidet, ist groß und wird nie ersetzt werden können.

Um den hiesigen Stadtwald ertragreicher für die Stadt zu machen beabsichtigt der Magistrat, an der Bürgerablage und am Oberjägerwege Gelände zur Anlage einer Restauration zu verpachten. Ferner soll an der Bürgerablage Gelände für eine Dampferanlegestelle und für eine Badeanstalt verpachtet werden. Ebenso will die Stadt am Bahnhof Johannesstift einen Platz zur Errichtung einer Erfrischungshalle, in welcher nur alkoholfreie Getränke verabfolgt werden dürfen, verpachten. Da einstweilen erst die Sache ausgeschrieben, so wird man zunächst bis zum Eingang der Gebote warten müssen, um einen Ueberblick zu gewinnen, welcher Vorteil für die Stadt dabei herausspringen wird. Da die Sache zweifellos an den Meistbietenden verpachtet wird, so wird man auf ganz gepfefferte Preise für die Gäste rechnen können.

Witterungsübersicht vom 26. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	743	SO	3	Dunst	4	Haparanda	760	N	2	wolkenl	—16
Hamburg	741	SSO	4	bedeckt	5	Petersburg	754	W	1	Schnee	—1
Berlin	743	S	2	heiter	7	Scilly	756	WNW	5	bedeckt	9
Frankf. a. M.	744	SW	4	bedeckt	6	Aberdeen	752	NW	3	halb bd.	4
München	747	SW	5	bedeckt	4	Paris	750	NW	3	heiter	5
Wien	747	W	1	bedeckt	6						

Wetterprognose für Sonnabend, den 27. März 1909.

Etwas kühler, vielfach heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Heute Sonnabend: Doppelte Rabattmarken!

Besonders preiswerte Artikel für den Umzug

Gekaufte Gegenstände werden bis nach dem Umzug aufbewahrt!

Bettstellen und Betten

Polsterbetten Manillabezug, garantiert neu . . **5.25**
Polsterbetten Manillabezug, mit Spiralboden . . **6.25**
Polsterbetten Prima Drellbezug **7.50**
Polsterbetten Prima Drellbezug mit Spiralboden . **8.50**
Chaiselonguebetten mit 9 Kegelsprungfedern **10.75**
mit 9 Kegelsprungfedern und Zahnstange **12.50**
Metallbettstellen mit doppeltem Spiralboden . **6.95**

Kinder-Bettstellen in grosser Auswahl!

Auflege-Matratzen

	60/130	70/140	80/190	90/190
rein Seegras, grau gestreift Jute	3.75	4.25	5.95	6.45
rein Seegras, rot gestreift Drell	4.95	5.95	7.95	8.95

Fertige Betten (1 Oberbett, 1 Unterbett, 2 Kissen)

Stand I	II	III
17.50	21.00	26.50

Eisenkurzwaren etc.

Eiserne Storesstangen, verstellbar, komplett **48, 75** Pf.
Blei- und Messing-Ringe Dutzend . . . **4, 5, 8** Pf.
Bilder- und Teppichnägel Dutzend . . . **5, 8, 10** Pf.
Reisenägel . 3 Dutzend **6** Pf.
Sicherheitsketten **48** Pf.
Strahlenregler Stück **6, 10, 15** Pf.
Hammer . Stück **38, 45** Pf.
Zangen Stück **38, 45, 68** Pf.
Gardinenstangen, Nussbaum pol. Stück **35, 68** Pf.

Messingstangen für Scheibengardinen, verstellbar . . . Stück **5** bis **20** Pf.
Gardinenstangen, Nussbaum poliert, verstellbar . . Stück **1.10, 1.25**
Portieren-Garnituren, komplett . . Stück **1.95, 2.45**
Gardinen-Rosetten, m. Schrauben Stck. **8, 10, 15** Pf.
Porzellan-Quasten mit Gold . . . . Stück **5** Pf.
Porzellan-Ringe mit 1 und 3 Loch Paar **5** Pf.

Gardinen

Engl. Tüll weiss oder creme Mtr. **28, 35, 48** Pf.
Engl. Tüll extra gute Qualitäten . Mtr. **65, 90** Pf.
Abgep. Fenster = 2 Flügel **1.95 2.45 3.50**
Besondere Gelegenheit: Fenster = 2 Shawls . . . **3.85, 4.85**
Engl. Tüll-Stores . . **1.95, 2.45, 3.50**
Erbstüll-Gardinen Fenster = 2 Shawls . . . **8.50, 10.75 12.50**
Erbstüll-Stores **3.85, 4.50**
Erbstüll-Stores mit Volant . . **4.75, 5.50**
Erbstüll-Bettdecken 4.25, m. Volant **6.50**
Englische Tüll-Bettdecken 1 bettig **1.95, 2.45** 2 bettig **2.95, 4.85**

Portièren und Decken

Filztuch-Garnituren 2 Shawls und 1 Querbehang **2.95, 3.85, 4.50**
Plüsch-Garnituren 6.75, 8.50, 9.50
Filztuch-Tischdecken schön bestickt **1.45, 1.85, 2.25**
Plüsch-Tischdecken bestickt **4.75, 5.50, 6,75**
Plüsch-Tischdecken extra gross, in schwerer Qualität, mit Applikation **9.75**
Steppdecken aus Satin **3.45, 5.50, 6.50**
Satin-Steppdecken „Gelegenheitskauf" **4.85**
Linoleum-Läufer durchweg schöne Muster, mit Kante
67 cm breit Meter **85** Pf. 90 cm breit Meter **1.10**

Teppiche und Bettvorleger

	ca. 130/190	ca. 160/230	ca. 200/300
Axminster-Teppiche	7.75	14.50	19.50
Tapestry-Teppiche	9.50	16.50	24.50

Axminster-Bettvorleger . . . **1.45, 1.85**
Tapestry-Bettvorleger **1.95, 2.45**
Plüsch-Bettvorleger **3.50, 4.75**

	82 cm	130 cm
Vorhang-Damast crême . .	Mtr. **78** Pf.	Mtr. **1.10**
Rouleauxstoffe altgold und rot	Mtr. **65** Pf.	Mtr. **98** Pf.

Marquisendrelle in allen Farben, 100 cm breit, Mtr. **1.20**

Emaille-Geschirre

Wassereimer Stück **95** Pf., **1.15**
Dekorierte Wassereimer mit Deckel **2.65**
Milleimer mit Schrift, neublau und weiss . . **2.65**
Dekor. Waschgarnituren 4 teilig, grosse Form . . **5.75**
Wasserkessel für Feuer und Gas, aus einem Stück gestanzt St. **85** Pf., **1.10, 1.25**
Kochtöpfe mit und ohne Ring Stück **75, 95** Pf., **1.45**
Bratpfannen 58, 78, 95 Pf.
Löffelbleche mit Nickelstange und 5 verschiedene Löffel, komplett, weiss **3.95,** blau Delft **4.75**

Wassermaasse m. Konsol, neublau **50** Pf., dekoriert **1.20**
Salz- u. Mehl-Mesten Stück **60** Pf.
Konsole mit 3 Bechern (Sand, Soda, Seife) **1.95, 2.20, 2.75**
Wannen . . **1.45, 2.75, 4.95**
Waschtöpfe verzinkt **1.95, 2.75, 4.50**
Waschständer Stück **48, 95** Pf., **1.25**
Waschtische, ff. lackiert **2.75 3.50**
Brotbüchsen, ff lackiert **1.25, 1.95**
Kaffeemühlen 95 Pf. u. **1.25**
Wirtschaftswagen **1.65, 2.25**

H. Greifenhagen Nachfl.

Brunnenstrasse 17-18 **Veteranenstrasse 1-2**

Höchste Leistungsfähigkeit!

Spezial-Geschäft für feine **Herren-Bekleidung** fertig und nach Mass unt. Leit. erstklass. Schneidermstr.
J. Kurzberg, Rosenthalerstr. 40, I und Jannowitzbrücke 1, I.

Wochenrate von 1 Mark an.

Frack-Verleih-Institut: Friedrichst. 115/I, a. Oranienbg. Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 5946L*

gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulanten Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Ueberteuerung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

Kein Abzahlungs-Geschäft.

Zentralhaus moderner Herrenkleidung
Neue Friedrichstr. 35, neben der Zentral-Markthalle, liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentl. Teilzahlung von 1 M. an. Zuschneiderei u. Werkstätten i. Hause. Auf Wunsch Besuch des Reisenden mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.
Kneb.- u. Burschengarderobe vorrätig!

Fischer & Kreutzberger
Rixdorf 534L*
Pflügerstr. 70, Ecke Friedelstr.
Billigstes Sargmagazin.
Telephon: Amt Rixdorf 495.

System Amerika!

Nur
4 Preise 4

Ser. 1.	Herren-Anzug, prima Stoffe . .	M. 11⁷⁵	Ser. 1.	Herren-Hosen, eisenfest	M. 2²⁵
Ser. 2.	Herren-Anzug, tadellose Muster	M. 17⁵⁰	Ser. 2.	Herren-Hosen, Spezialmarke . .	M. 3⁷⁵
Ser. 3.	Herren-Anzug, neueste Dessins	M. 22⁵⁰	Ser. 3.	Herren-Hosen, engl. Muster .	M. 5⁵⁰
Ser. 4.	Herren-Anzug, Ersatz f. Maß .	M. 28⁰⁰	Ser. 4.	Herren-Hosen, Ersatz f. Maß .	M. 7⁶⁵

Unter den Serien befinden sich Sachen, deren Verkaufspreis bis 60 M. betragen hat.
Streng feste Preise!

„BLITZ" G. m. b. H.
Rosenthaler Straße 9 Ecke Augiststraße 41.
Die Verwaltung.
449L*

BF **BLEIBT** **BF**
Centrale: **Brunnenstr. 1.**
Filiale: **Frankfurter Allee 89**

Möbel und Polsterwaren
mit kleinster Anzahlung und geringster Abzahlung
Compl. Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage
Teppiche, Bettvorleger, Gardinen, Stores, Divandecken, Betten usw.
Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang erbeten

Herren-Damen-Kinder-Garderobe
in größter Auswahl zu soliden Preisen; sämtliche Frühjahrsneuheiten sind bereits eingetroffen

Alles auf Credit
bei
B. FEDER

Möbel
Stube und Küche
Anz. von **15** M. an.

Einzelne Möbelstücke

Anz. von **3** M. an, wöchentlich **1** M.

M. Beiser, Lothringer Str. 67.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Chariteestraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1367.

Montag, den 29. März 1909, abends 6 Uhr:

Allgemeine Versammlung

aller in Gürtlereien beschäft. Kollegen u. Kolleginnen

im **Gewerkschaftshause**, Engelufer 15, großer Saal.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Dentzer**. 2. Diskussion. 3. Wahl der Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Die für Montag, den 29. März, angesetzte Versammlung der **Metallformer** **findet nicht statt.**

114/5 **Die Ortsverwaltung.**

Ihrem Bezirksführer

Paul Tabbert nebst Braut

die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Genossen des 509. Bezirks.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Bezirk 149.

Am Donnerstag, den 25. März, starb unser Mitglied, der Maurer

Rudolf Brandes.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Simeon-Lukas-Kirchhofs in Britz, Tempelhofer Weg, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

210/12 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Hieronymus Kowalski

am 25. d. M. nach schweren Leiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Am 25. März entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unser lieber, guter Vater und Schwiegervater, der Schneidermeister

August Ehrenberg

im 64. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bitten

Georg Ehrenberg.
Willi Ehrenberg u. Frau.

Markgrafenstraße 98.

Die Beerdigung findet am 28. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle der Jerusalemer Kirchhofs, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 16845

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Rudolf Brandes

im Alter von 46 Jahren an Lungentuberkulose verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Simeon-Kirchhofes in Britz, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

136/17 **Der Vorstand.**

Am Donnerstag, den 25. März, entschlief sanft nach jahrelangem Leiden mein lieber Mann, Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Zimmerer

Paul Papst

im 44. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt mit der Bitte um stilles Beileid an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. März, nachm. 4½ Uhr, von der Halle des Christus-Kirchhofs, Mariendorf, Chausseestr. 290, aus statt. (16835

Sozialdemokratischer Wahlverein Lankwitz.

Am 25. März verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied, der Maurer

Wilhelm Fathke.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Friedhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

202/8 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.

Am 25. März verstarb nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Maurer

Wilhelm Fathke

im 51. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 28. März, nachm. 4 Uhr, in **Lankwitz**, Friedhof Lutherstraße, statt.

Die trauernde Witwe
Henriette Fathke und Kinder.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere inniggeliebte Tochter und Schwester

Martha Hartmann

im 18. Lebensjahre nach langen schweren Leiden gestorben ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Paul Hartmann und Frau,
Willy, Alice.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 28. März, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Markgrafen-Säle, Berlin O. 98, Markgrafenst. 34.
Jeden Sonntag **gr. Ball.** Im Restaurant **tägl. musikal. Unterhaltung.** Vorzügliche Küche. ff. Weine u. Biere.

Pianino, erster Hoflieferanten-firma, weit unter Wert sofort verkauft. Französischestr. 15, I r.

Sparrstr. 13 schöne 2 Zimm.-Wohn. Küche, Kammer, Balk. **sofort billig.**

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Einakter, Ensembleszenen. Aktuelle Vorträge in Wort und Lied usw.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen Sonntag: **Gr. Elite-Soiree.**
Tanz. Jed. Dienstag: **Theaterabend.**

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
gegründet 1893.
Haupt-Kontor Berlin O. 17, Fruchtstraße 75.
Fernspr. Amt 7 Nr. 3040 u. 3096.
I. Lagerplatz: Ostbahnhof Berlin O. 34, Bromberger Str. 16.
II. Lagerplatz: O. 17, Fruchtstr. 13.
III. Lagerplatz: Bahnh. Weißensee, Greifswalder Str. 80a.
Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an: 382*

Prima Halbsteine, Marke Lanchhammer	Ztr. **95** Pf.
„ **Halbsteine (bekannte Marken)**	Ztr. **97** Pf.
„ **Ferdinand-Salon-Briketts**	Ztr. **97** Pf.
„ **Anna u. Waidmannsheil**	Ztr. **99** Pf.
„ **Pfännerschaft**	Ztr. **101** Pf.
„ **Ia Diamant** (pr. Ztr. 110 bis 120 Stck.)	Ztr. **105** Pf.
„ **Ia Ilse Salon**	Ztr. **105** Pf.
„ **Ia Ruh. Kohlenwerke**	Ztr. **105** Pf.
„ **Ia Anthrazit Cadé**	Ztr. **235** Pf.

Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Möbel
Dresdenerstr. 16
Ob
Barzahlung
oder
Teilzahlung
stets dieselbe reelle Qualität!
Denkbar günstigste Bedingungen!
Siegmund Misch

Bester Metallputz
TANTE
mit dem
PUTZTELLER
von **25** Pfg. an.
Überall käuflich

Commerz- u. Disconto-Bank.

Bilanz für das 39. Geschäftsjahr, abgeschlossen am 31. Dezember 1908.

Aktiva.

Kasse, Sorten und Zinsscheine		14 303 641,45
Wechsel und kurzfristige Schatzanweisungen		69 238 852,12
Guthaben bei Banken und Bankiers		17 373 549,01
Reports und Lombards		44 139 978,67
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		19 626 015,18
Eigene Wertpapiere		33 396 436,51
Konsortialbeteiligungen		12 135 976,49
Dauernde Beteiligungen bei anderen Bankinstituten und Bankfirmen		10 087 678,40
Debitoren in laufender Rechnung (dav. ungeld. M. 39 495 109,54) außerdem Avaldebitoren M. 16 524 313,09		141 201 888,77
Bankgebäude und Inventar in Hamburg Berlin und Kiel	M. 6 847 000,—	
abzüglich Hypotheken	„ 150 000,—	6 697 000,—
Sonstige Grundstücke	M. 3 739 000,—	
abzüglich Hypotheken	„ 1 500 000,—	2 239 000,—
		M. 370 440 011,60

Passiva.

Aktienkapital	85 000 000,—
Reservefonds I	8 500 000,—
Reservefonds II	4 201 555,—
Kreditoren in laufender Rechnung	131 108 678,—
Depositengelder	78 152 424,29
Akzepte und Schecks (außerdem Avalverpflichtungen M. 16 524 313,09)	57 129 766,76
Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds	906 002,09
Dividenden-Rückstände	12 027,50
Gewinn 1908	5 429 468,03
	M. 370 440 011,60

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1908.

Ausgabe.

Unkosten	4 748 779,48
Steuern	538 530,35
Abschreibung auf zweifelhafte Forderungen	194 275,01
Abschreibung auf Bankgebäude und Inventar	415 436,31
Reingewinn für 1908	5 429 468,03
	M. 11 346 529,18

Einnahme.

Gewinn-Vortrag von 1907	252 105,49
Zinsen	6 449 916,78
Provision	3 671 625,16
Gewinn auf Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen	319 907,03
Kursgewinn auf Wechsel	559 966,95
Kursgewinn auf Sorten und Zinsscheine	93 007,27
	M. 11 346 529,18

Hamburg, den 25. März 1909.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Behördlicher Kampf gegen Arbeiterturnvereine.

Es mehren sich die Fälle, in denen das Provinzialschulkollegium oder Regierungen in Preußen Arbeitern für die Erteilung von Turnunterricht in Turnvereinen Strafen androhen und solche Strafen sogar in Höhe bis 100 Mark festsetzen. Die Behörden glauben auf Grund der Kabinettsorder vom 10. Juni 1834, einer Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 und einer Ministerialverfügung des Kultusministers vom 7. August 1907 hierzu berechtigt zu sein. Ein Verwaltungsstreitverfahren gegen die Entscheidung ist in Preußen nicht zulässig. Das Ministerium, von dem die Anregung zu dem geschilderten, unseres Erachtens unzweifelhaft rechtswidrigem Vorgehen ausgegangen ist, hat natürlich bei ihm eingelegte Beschwerden zurückgewiesen. Wie wir schon früher dargelegt haben, kann allein durch eine Anrufung des Reichsgerichts die Ungesetzlichkeit der gedachten Verfügungen klargelegt werden. Freilich hat das Reichsgericht nur dann zu entscheiden, wenn eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Anordnungen der gedachten Art vorliegt. Es ist bislang nur einmal vom Reichsgericht in solchem Falle entschieden. Am 17. September 1908 sprach dasselbe einen Zahnarzt Smith und den Redakteur Soendsen von der Anklage der Aufforderung zum Ungehorsam gegen eine Verfügung der Schleswiger Regierung frei. Diese hatte dem Haderslebener Landrat aufgegeben, „denjenigen Personen, welche den fraglichen Unterricht an jugendliche Personen beginnen oder fortsetzen, den Betrieb desselben“ zu untersagen. Der Reichsanwalt selbst beantragte Freisprechung, weil die Anordnung der Behörde gegen § 35 der Gewerbeordnung und § 2 der Reichsverfassung verstößt. Allein das Reich sei zuständig, soweit gewerblicher Unterricht in Frage kommt. Das Reichsgericht ließ die grundsätzliche Frage offen: es gelangte zur Freisprechung, weil die angeführte Anordnung der Regierung, selbst wenn die Kabinettsorder von 1834 noch zu Recht bestände, ungültig ist, da sich ihr Verbot nicht auf den Kreis jugendlicher Personen beschränkte.

Es soll nachstehend dargelegt werden, weshalb die gedachten Anordnungen der Regierungen und des Potsdamer Provinzial-Schulkollegiums ungültige, rechts- und verfassungswidrige sind.

Wie liegt der Sachverhalt?

Der Kultusminister des Blockfreisinns, Holle, erließ unter dem 7. August 1907 folgenden „Geheimerlaß“ an die ihm unterstellten Schulaufsichtsbehörden:

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten. Berlin, den 7. 8. 1907.

J.-Nr. U. III pp.

Es mehren sich die Fälle, in denen zu meiner Kenntnis gebracht wird, daß die in dem Arbeiterturnerbund zusammengeschlossenen Turnvereine sich bemühen, sowohl schulpflichtige Kinder als auch jugendliche Personen zu ihren Veranstaltungen — zum Teil durch Einrichtung von besonderen Jugendabteilungen — heranzuziehen.

Es ist allgemein bekannt, daß die gedachten Vereinigungen lediglich den Zweck verfolgen, die jugendlichen Elemente schon frühzeitig mit sozialdemokratischen Ideen zu erfüllen und dadurch ihren späteren Anschluß an die sozialdemokratische Partei zu fördern und vorzubereiten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diesen Bemühungen der sozialdemokratischen Vereine die ernsteste Aufmerksamkeit zugewendet werden muß und den aufsichtführenden Behörden die Verpflichtung obliegt, derartige staatsfeindliche Bestrebungen von der Jugend fernzuhalten.

Mit Bezug auf den Erlaß vom 30. 3. 05 (dieser Ministerialerlaß richtete sich gegen sozialdemokratische Bestrebungen, für Jugendliche Unterrichtsstunden, Gesangstunden und eine „Art von Turnspielen“ einzurichten. D. Red.) mache ich deshalb erneut darauf aufmerksam, daß zur Erteilung von Turnunterricht an jugendliche Personen nach der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 10. 6. 1834 und der Ministerialinstruktion vom 31. 12. 1839 die Erlaubnis der Ortsschulbehörde erforderlich ist. Ich weise die Königliche Regierung (das Königl. Provinzialschulkollegium) hierdurch an, gegen Uebertretungen dieser gesetzlichen Bestimmungen seitens sozialdemokratischer Personen unnachsichtlich mit Exekutivstrafen auf Grund des § 11 der Regierungsinstruktion vom 23. 10. 1817 bezw. 18 der Verordnung vom 26. 12. 1808 vorzugehen.

Es wird in der Regel in der Weise zu verfahren sein, daß zunächst diejenigen Personen, welche den Turnunterricht erteilen, unter Hinweis auf die bezeichneten Vorschriften aufgefordert werden, die Erteilung des Erlaubnisscheins bei gleichzeitigem Nachweis ihrer Qualifikation nachzusuchen.

Dieser ist nach § 14 der Instruktion vom 31. 12. 1839 nur solchen Personen zu erteilen, welche sich nach §§ 2 und 3 am angeführten Ort über ihre Befähigung und sittliche Tüchtigkeit für Unterricht und Erziehung genügend ausweisen. Auf den Mangel sittlicher Tüchtigkeit allein wird die Versagung des Erlaubnisscheines jedoch nur dann zu stützen sein, wenn die Zugehörigkeit des Antragstellers zur sozialdemokratischen Partei unzweifelhaft festgestellt ist.

Die Königliche Regierung (das Königliche Provinzialschulkollegium) veranlasse ich, hiernach gegebenenfalls die erforderlichen Anordnungen zu treffen. (gez.) Holle.

Dieser Geheimerlaß erkühnt sich also, die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei als einen „sittlichen Mangel“ hinzustellen. Er geht von der Ansicht aus, daß die politische Ueberzeugung eines Mannes ein sittlicher Mangel sei oder sein könne, während normal empfindende Menschen der entgegengesetzten Ansicht sein müssen und die Ueberzeugungslosigkeit eines Menschen für das erbärmlichste halten. Wenn Rückenbeugen und Bauchrutschen, Servilität nach oben und Brutalität nach unten, wenn Hundedemut das Ziel der Jugenderziehung sein soll, dann freilich wäre der Erlaß des Kultusministeriums berechtigt. Indessen auch dann verstieße er gegen den Grundsatz der Verfassung, daß vor dem Gesetz alle Preußen gleich sind, und enthält deshalb eine Aufforderung zum Verfassungsbruch an die Schulaufsichtsbehörden. Aber auch aus anderen Gründen ist der Erlaß des Kultusministers mit den Gesetzen, die halten zu wollen er geschworen hat, unvereinbar.

Die Kabinettsorder, auf die der Erlaß Bezug nimmt, hat folgenden Wortlaut:

Allerhöchste Kabinettsorder vom 10. 6. 1834 betreffend die Aufsicht des Staats über Privatanstalten und Privatpersonen, die sich mit dem Unterricht oder der Erziehung der Jugend beschäftigen.

Nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts haben Privatanstalten und Privatpersonen, die sich mit dem Unterricht oder der Erziehung der Jugend beschäftigen wollen, bei derjenigen Behörde, welche die Aufsicht über das Schul- und Erziehungswesen des Ortes führt, ihre Tüchtigkeit zu dem Geschäft zuvor nachzuweisen und das Zeugnis derselben sich auszuwirken. Durch die Bestimmungen des Gewerbepolizeigesetzes vom 7. 9. 1811, §§ 83—86, sind die landrechtlichen Vorschriften zum Teil abgeändert worden. Da die Erfahrung jedoch ergeben hat, daß hieraus Mißbräuche und wesentliche Nachteile für das Erziehungs- und Unterrichtswesen entstehen, so habe ich mich bewogen gefunden, die Bestimmungen des Gewerbepolizeigesetzes, insoweit sie die Vorschriften des Landrechts abändern, wieder aufzuheben und das Erfordernis der nachzuweisenden Qualifikation für diejenigen Personen, welche Privatschulen und Pensionsanstalten errichten oder ein Gewerbe daraus machen, Lehrstunden in den Häusern zu geben, in Gemäßheit der landrechtlichen Vorschriften, §§ 3—8, Titel 12, Teil II, herzustellen und festzusetzen, daß ohne das Zeugnis der örtlichen Aufsichtsbehörde keine Schul- und Erziehungsanstalt errichtet, auch ohne dasselbe niemand zur Erteilung von Lehrstunden als einem Gewerbe zugelassen werden darf. Diese Zeugnisse sollen sich nicht auf die Tüchtigkeit zur Unterrichtserteilung in Beziehung auf Kenntnisse beschränken, sondern sich auf Sittlichkeit und Lauterkeit der Gesinnung in religiöser und politischer Hinsicht erstrecken. Die betreffende Aufsichtsbehörde soll indes nicht befugt sein, solche Zeugnisse für Ausländer auszufertigen, bevor die Genehmigung des Ministers des Innern und der Polizei erfolgt ist. In welcher Art hierbei zu verfahren ist, haben Sie, die Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten und der Polizei, gemeinschaftlich zu beraten und über die den Lokalbehörden zu erteilende Instruktion sich zu vereinigen. Das Staatsministerium hat diese für den ganzen Umfang der Monarchie in Anwendung zu bringende Vorschrift durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

§§ 14 und 15 der Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 zur Ausführung der Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 ferner lauten:

Ministerialinstruktion vom 31. 12. 1839 zur Ausführung der Kabinettsorder vom 10. 6. 1834.

§ 14. Personen, welche ein Gewerbe daraus machen, in solchen Lehrgegenständen, die zum Kreise der verschiedenen öffentlichen Schulen gehören, Privatunterricht in Familien oder in Privatanstalten zu erteilen, sollen ihr Vorhaben bei der Ortsschulbehörde anzeigen, und sich bei derselben über ihre wissenschaftliche Befähigung durch ein Zeugnis der betreffenden Prüfungsbehörde, und über ihre sittliche Tüchtigkeit für Unterricht und Erziehung in derselben Art ausweisen, wie in den §§ 2 und 3 in Hinsicht der Vorsteher und Vorsteherinnen von Privatschulen und Privaterziehungsanstalten vorgeschrieben ist.

Wollen sie in Fächern, die nicht in den verschiedenen öffentlichen Schulen gelehrt werden, Privatunterricht erteilen, so haben sie nur ihre sittliche Tüchtigkeit für Unterricht und Erziehung auf die im § 3 verordnete Art bei der Ortsschulbehörde näher darzutun.

§ 15 besagt, daß diejenigen Personen, gegen deren wissenschaftliche Befähigung für den Unterricht und die Erziehung der Jugend nichts zu erinnern ist, von der Ortsschulbehörde ein jedesmal für ein Jahr gültiger widerruflicher Erlaubnisschein zur Erteilung von Privatunterricht sowohl in Familien als in Privatschulen und Privaterziehungsanstalten erteilt werden soll. Personen, welche wegen Teilnahme an verbotenen Verbindungen von der Anstellung im Staatsdienste ausgeschlossen sind, ist die Erlaubnis zur Erteilung von Privatunterricht zu versagen.

Diese Vorschriften atmen völlig den Geist der Demagogenriecherei und dürften ohne weiteres, weil mit den Verfassungsgrundsätzen unvereinbar als ungültig zu erachten sein. Aber es ist nicht erforderlich, das im einzelnen nachzuweisen, weil die in der Kabinettsorder von 1834 geregelte Materie des gewerblichen Turnunterrichts durch die Reichsgesetzgebung erschöpfend geregelt und mithin der Landesgesetzgebung entzogen ist. § 35 der Reichsgewerbeordnung besagt:

Die Erteilung von Tanz-, Turn- und Schwimmunterricht als Gewerbe darf denjenigen untersagt werden, welche wegen Vergehen oder Verbrechen gegen die Sittlichkeit bestraft sind.

und § 1 der Gewerbeordnung bestimmt klar und unzweideutig:

Der Betrieb eines Gewerbes ist jedermann gestattet, soweit nicht durch dieses Gesetz (die Gewerbeordnung) Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind.

Demnach fehlt der Kabinettsorder von 1834 heute der gesetzliche Boden.

Die Anordnungen einiger Regierungen verbieten sogar den Turnunterricht an Personen bis einundzwanzig Jahre! Hierzu fehlt ihnen jegliche gesetzliche Grundlage.

Wir geben deshalb gern der nachstehenden Aufforderung der Redaktion der „Arbeiterturnerzeitung“ Raum:

Aufforderung an die Turnwarte und Vorturner der Arbeiter-Turnvereine in Preußen.

Auf Anordnung des preußischen Kultusministeriums wird den Turnwarten und Vorturnern in den Arbeiter-Turnvereinen die Erteilung von Turnunterricht an die Jugend von schulaufsichtswegen verboten und Zuwiderhandlungen mit Exekutivstrafen geahndet. Gegen diese Strafverfügungen kann eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung nicht herbeigeführt werden, weil die Regierung sich bei ihrem Vorgehen auf die Allerhöchste Kabinettsorder vom 1. Juni 1834 und auf die dazu ergangene Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 stützt. Diese Verordnungen sind jedoch rechtsungültig, soweit sie auf die Erteilung von Turnunterricht in den Vereinen und an nicht mehr schulpflichtige Kinder angewendet werden. Sie verstoßen gegen die §§ 1 und 35 der Reichsgewerbeordnung.

Ich fordere deshalb die Turnwarte und Vorturner in den Vereinen des Arbeiter-Turnerbundes öffentlich auf, den Anordnungen der Behörden, welche die Erteilung von Turnunterricht gegen Entgelt die unentgeltliche Erteilung von Turnunterricht an nicht mehr schulpflichtige jugendliche Personen auf Grund der angezogenen Verordnungen verbieten, keine Folge zu leisten.

Leipzig-Stötteritz

Fritz Wildung,
Redakteur der „Arbeiter-Turnerzeitung“.

Glaubt die Staatsanwaltschaft, die Anordnungen der Regierungen und des Provinzialschulkollegiums seien dennoch rechtsgültig, so wären sie zur Erhebung einer Anklage wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen rechtsgültige Anordnungen von Behörden verbunden. Ist sie aber unserer Ansicht, so wäre sie verpflichtet, gegen die Regierungen und das Provinzialschulkollegium, das Anordnungen der gedachten Art erläßt, strafrechtlich einzuschreiten.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(45. Sitzung, 26. März.)

Die Kommission erledigte zunächst den

Etat für die Expedition nach Ostasien.

Da das Detachement im Laufe dieses Jahres nach Deutschland zurückgeführt und hier aufgelöst werden soll, so wird diese Forderung in Zukunft nicht mehr als besonderer Etat figurieren. Hingegen soll die Marineverwaltung an Stelle des aufgelösten Detachements eine militärische Neuformation bilden, deren Kosten dann auf den Marineetat übernommen werden. Die Ausgaben sind für den diesjährigen Etat auf 1 170 400 M. geschätzt, wovon mit Zustimmung der Heeresverwaltung 230 000 M. gestrichen und den Einnahmen 490 000 M. zugesetzt wurden. Der Etat wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Hierauf begann die allgemeine Debatte über den

Etat für das Schutzgebiet Kiautschou.

Die Ausgaben sind mit 12 352 597 M. eingestellt, denen eine Einnahme von nur 3 565 597 M. gegenübersteht, so daß der Reichszuschuß 8 787 000 M. und unter Hinzurechnung von 630 000 M. für die Verwaltung des Marinedetachements sogar 9 417 000 M. beträgt. Der Berichterstatter Liebermann v. Sonnenberg und nach ihm der Abg. Eickhoff brachten die Differenzen, welche wegen einer Hafenverordnung des Gouverneurs in Tsingtau entstanden waren und zum teilweisen Boykott des Hafens geführt hatten, zur Sprache. Staatssekretär v. Tirpitz und Kapitän Brüninghaus vom Reichsmarineamt behaupten, daß diese Verordnung schon der Kontrolle wegen notwendig gewesen sei und daß die Handelskammer Tsingtau sich schließlich auch mit der neuen Einrichtung abgefunden habe. Herr v. Tirpitz behauptet ferner, unsere Ausfuhr nach Tsingtau sei größer, als sie in der Statistik erscheine, denn diese setze ihre Zahlen nach der Deklaration ein und diese laute für gewöhnlich allgemein nach China. — Unterstaatssekretär Twele erklärt namens der Regierung, daß durch Verminderung des Detachements von 726 auf 150 Köpfe solche Ersparnisse gemacht würden, daß sie den eingebrachten Nachtragsetat pro 1908 habe zurückziehen und die Summe pro 1909 entsprechend niedriger habe einstellen können.

Bei der Einzelberatung regt Erzberger an, Polizeibeamte dadurch zu sparen, daß man Soldaten, die doch wenig zu tun hätten, weil sie ausgebildet dorthin kämen, zum Polizeidienst mitheranziehe; von der Regierungsbank wird das für unmöglich erklärt.

Beim Titel „Unterrichtsverwaltung“ ersucht Abg. Eickhoff, von der beabsichtigten Errichtung einer höheren Töchterschule in Tsingtau aus Sparsamkeits- und pädagogischen Gründen abzusehen. Man solle den gemeinsamen Unterricht, der sich anderwärts gut bewährt habe, einführen. Staatssekretär v. Tirpitz versprach, die Frage erwägen zu wollen. — Beim Titel „Lehranstalten für chinesische Schüler“ wurde mitgeteilt, daß die Vorarbeiten so weit gediehen sind, daß mit dem Unterricht im Herbst dieses Jahres begonnen werden könne. Der Staatssekretär verspricht sich von dieser neuen Einrichtung einen nennenswerten Erfolg Deutschlands und einen starken Andrang chinesischer Schüler, weil sie die Abiturienten berechtige, die Pekinger Universität zu besuchen. Die Chinesen hätten mit der Entsendung der jungen Leute nach Japan keine guten Erfahrungen gemacht, weil sie meist mit revolutionären Anschauungen in den Köpfen zurückgekehrt seien!

Bei den einmaligen Ausgaben wurden verschiedene Abstriche gemacht. Von der Forderung für Hafenbauten von 600 000 Mark werden 180 000 M., von der Forderung für Straßenbau von 182 000 75 000 M. und von der Forderung für Aufforstung von 900 000 500 000 M. abgesetzt. Außerdem wird einigen Stellen, die zu etatsmäßigen gemacht werden sollten, die Genehmigung versagt. Hierauf wurde der Gesamtetat genehmigt.

Nächste Sitzung Sonnabend. Tagesordnung: Eisenbahn- und Hauptetat.

Vermischtes.

Die Eifersucht

ist das Motiv zu der bereits gestern im Depeschenteil gemeldeten Erschießung der Opernsängerin Frida Barthold in Rostock. Ueber die Tat wird im einzelnen berichtet:

Rostock, 26. März. Die Ermordung der dramatischen Sängerin spielte sich in ihrer Wohnung, Steinstraße 16, mit Blitzesschnelle ab. Als Fräulein Barthold eben im Begriff war, eine Gesangsstunde zu beenden, ließ sich bei ihr eine fremde junge Dame melden, die sie in einer dringenden Angelegenheit zu sprechen wünschte. Fräulein Barthold ging aus dem Musikzimmer in den Salon. Dort entspann sich ein kurzer Wortwechsel. Die Schülerin vernahm einen Schuß, dem ein Aufschrei folgte, und als sie in das Nebenzimmer stürzte, fand sie Fräulein Barthold, leise röchelnd und blutüberströmt, am Boden liegen. Sie starb in wenigen Sekunden. Ein Schuß in den Kopf hatte ihrem Leben ein Ende bereitet. Die fremde Dame war entflohen. Sofort wurde die Polizei benachrichtigt, und es gelang ihr, die Täterin in dem Augenblick zu verhaften, als sie den Berliner Schnellzug besteigen wollte. Der Revolver wurde bei ihr gefunden. Auf der Polizeiwache gestand die Täterin das Verbrechen sofort ein. Sie ist die am 17. Oktober 1875 geborene Tochter Auguste des Schlossers Ludwig Zobel und dessen Frau Emma geborene Fischer in Berlin. Sie war nachmittags aus Berlin nach Rostock gekommen. Das Motiv der Tat war ausschließlich Eifersucht. Auguste Zobel hatte in Berlin ein Verhältnis mit dem Kaufmann Waldemar Koch. Dieser hatte längere Zeit mit ihr in Paris geweilt und ihr auch die Ehe versprochen. Koch war aber schon seit Jahren mit Frida Barthold, die erst 24 Jahre alt ist, verlobt, er zog sich vor kurzem von Auguste Zobel zurück, die jetzt den letzten Versuch machte, Fräulein Barthold um Freigabe ihres Bräutigams zu bitten. Zu diesem Zweck, so gestand Auguste Zobel bei ihrer Vernehmung ein, sei sie nach Rostock gekommen. Sie habe sich in Berlin einen Revolver gekauft in der festen Absicht, ihre Nebenbuhlerin zu töten, wenn sie auf ihren Geliebten nicht verzichten wolle. In der kurzen Unterhaltung, die sie dann mit Fräulein Barthold hatte, wies diese ihre Forderung schroff zurück. Darauf habe sie die Sängerin erschossen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. März cr., vormittags 10 Uhr, Koppenstr. 29: Feier der Jugendweihe. Festrede von Herrn E. Vogtherr-Wiesbaden: „Mensch sein, heißt Kämpfer sein.“ Eintritt für Erwachsene 20 Pf., für Kinder unter 14 Jahren 10 Pf.

Freie Jugendorganisation, Abteilung Lichtenberg-Rummelsburg. Die Abteilungsversammlung am Sonnabend, den 27. d. M. findet des „Frühlingsfestes“ wegen nicht statt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29 Hamburg.) Filiale Berlin 6. Heute abend bei Sokolewski, Bernauer Straße 82.

Freie Gemeinde Spandau. Sonntag, den 28. d. M., nachmittags 6½ Uhr, bei Steinebach, Hackenfelde: Jugendfeier. Gäste willkommen.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 25. 3. cm	seit 24. 3. cm [1]	Wasserstand	am 25. 3. cm	seit 21. 3. cm [1]
Memel, Tilsit	188[2]	+5	Saale, Grochlitz	386[7]	—7
Pregel, Insterburg	143[3]	+60	Havel, Spandau[8]	106	+12
Weichsel, Thorn	370[4]	+58	„ Rathenow[8]	111	+5
Oder, Ratibor	435	+2	Spree, Spremberg[8]	214	—36
„ Krossen	256[4]	+20	„ Beeskow	111	+5
„ Frankfurt	244[5]	+19	Weser, Münden	147	—45
Warthe, Schrimm	236[4]	+44	„ Minden	248	—38
„ Landsberg	95	+11	Rhein, Maximiliansau	388	+18
Netze, Vordamm	51	—2	„ Kaub	204	+34
Elbe, Leitmeritz	280	+34	„ Köln	288	+23
„ Dresden	182	+18	Neckar, Heilbronn	135	—5
„ Barby	419	+41	Main, Wertheim	292	—2
„ Magdeburg	348	+36	Mosel, Trier	217	—5

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Eistreiben. — [5]) Treibels, höchster Stand: 248 cm am 25., 6 Uhr morgens. — [6]) Eisgang. — [7]) höchster Stand: 394 cm in der Nacht zum 24. — [8]) Eisgang.

Nach telegraphischen Meldungen stieg die Weichsel bei Thorn bis gestern um 10 Uhr abends bei Eisgang auf 651, fiel dann bis heute um 4 Uhr nachts auf 592, stieg von neuem bis 10 Uhr vormittags auf 614 cm und steigt bei fortdauerndem Eisgang weiter. — Die Oder hatte heute bei Ratibor 424 cm Wasserstand und steigt wieder langsam.

Sonnabend, den 27. März, beginnt der Verkauf von

150000 Meter, in Worten:

Einmalhundertfünfzig Tausend Meter

Musseline, Organdy, Seidenimitation, Seiden-Foulé, Batist, Chemiso, Seiden-Satin

in 7 Serien:

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI	Serie VII
Meter 22 Pf.	Meter 28 Pf.	Meter 33 Pf.	Meter 38 Pf.	Meter 45 Pf.	Meter 52 Pf.	Meter 58 Pf.

Nordenmarken! Die enorme Billigkeit dieser Preise übertrifft jedes Angebot, ganz gleich, von welcher Seite es kommen mag. **Gratis!** Eine elegante Zeitungsmappe bei einem Einkauf von 1 M. an. **Gratis!** Nordenmarken!

Modewarenhaus Jacques Cohn (Inh. D. Franzus) **Müllerstraße 182/188** am Wedding.

Verkäufe.

Inventur-Ausverkauf. Gardinen, Stores, Fenster 1.25, 1.75, 2.45, 3.35, 4.50, 5.45, 6.50, extra 10 Prozent Rabatt. 1801R*

Tülldecken, groß, Stück 1.85, 2.45, 2.95, 3.65. E. Weitzenbergs Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Erbstüllstores, entzückende Handarbeit, 3.45, 4.45, 5.25, 5.85 usw.

Erbstüll-Bettdecken, 5.35, 6.50, 7.50, 8.50 usw. Große Frankfurterstraße 125, 2. Haus von der Koppenstraße.

Tuchportieren, komplette Garnitur 3.25, 3.75, 4.85, 5.65, 6.75 usw.

Plüschportieren, komplette Garnitur 6.35, 7.50, 8.75, 10.—, 11.— usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken, einzelne Fabrikmuster, 2.65, 3.45, 4.25, 5.85.

Simili-Steppdecken, Ersatz für Seide, doppelseitig, 6.85, 7.65, 8.50, 9.75, 11.—. Steppdeckenhaus Große Frankfurterstraße 125.

Abschlaufteppiche 3.25, 3.85, 4.85, 6.—, 7.50.

Plüschteppiche mit kleinen Farbfehlern, Fabrikmuster, 6.25, 7.50, 8.75, 10.50, 12.—, 15.—. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken Stück 1.15, 1.55, 2.25, 2.90, 3.50, 4.25.

Plüschdecken 3.85, 4.65, 5.—, 6.50, 7.50, 9.—, 11.— usw. Große Frankfurterstraße 125.

Totalausverkauf großer Posten Gardinenreste, Möbelstoffreste, Plüschreste, zu Sofabezügen ausreichend, Läufer- und Linoleumreste zu Spottpreisen. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, 2. Haus von der Koppenstraße.

Glossen zu Ives Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Kleidungsstücke, Uhren, Schmucksachen spottbillig. Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7. 1577R*

Einsegnungsanzüge kaufen Sie am besten bei Herrmann Schlesinger, P. O., Turmstraße 58 und Reinickendorferstraße 48. 1750R*

Damenbüsten 1,20, Arbeitsplatten, Rollständer, Weinbergsweg 7 1269b*

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1842R*

Teppiche, Inventurpreise bis 33⅓ Prozent herabgesetzt. 1843R*

Gardinen, Einzelfenster, sowie unsaubere Exemplare für halben Wert.

Plüschgardinen, 500 Fenster, Inventurpreis 25 Prozent ermäßigt.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 4 Anzeigen. 1846R*

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgesetzte, aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00 täglich. Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Treppe. 1375R

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Frocks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14.

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Jedermanns hervorragender Einkaufsvorteil sämtlicher Verkaufswaren! Staunendbilliger Bettenverkauf! Bettstücke! Vermietungsbett! Bettwäsche! Brautbetten! Empfehlenswerte Aussteuersachen! Riesenauswahl! Pfänderverkauf! Goldsachen! Taschenuhren! Wanduhren! Freischwinger! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Hochelegante Gardinenauswahl! Portierenauswahl! Teppichauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Nähmaschinen! Extrabillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Sommerpaletots! Herrenhosen! Burschensachen! Groß-Berlins allerbilligste Warenein kaufsquelle! Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. †108*

Vorjährige hochelegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Maßstoffen, früherer Preis 60—90, jetzt 20—40, werden täglich im Kavalier-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft. *

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tülldeckdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 1614R*

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen zu billigsten Preisen, schon von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 1309R*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Bost, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Gardinen, Fenster 1,80, Erbstüllstores 3,40, Bettdecken 1,75, Steppdecken 3,65, gest. Portieren 3,45. Paulstraße 34. *

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzell, nur Rosenthalerstraße 10. 269/19*

Gaskronen, Gaszuglampen, Gasparkocher verkauft bis April ausnahmsweise billig Schulze, Andreasstraße 38. 1624b*

Zentral-Pfandleihe Prinzenstraße 86, I. Täglich Verkauf von verfallenen Pfändern. 50 Prozent billiger als im Laden. Betten, ganzer Stand 12,00, Laken 1,00, Goldsachen, Herrengarderobe, Anzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Tischdecken, Steppdecken. Fahrgeld wird vergütet. *

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Hängelampen, Gasbeleuchtungsgegenstände, Gaskocher allerbilligst Großhandlung Baumann, Alte Jakobstraße 125. Allerhöchsten Engrosrabatt! 1760R

Wählen Sie beim Einkauf nur das weltbekannte Humboldtleihhaus, Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Täglich großer Pfänderverkauf, spottbilligster, riesengroßer Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, staunendbillig hochelegante Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Sommerpaletots, Gardinenauswahl, Portieren, Prachtteppiche, Steppdecken, Wanduhren, Taschenuhren, Schmucksachen. Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntags. *

Leistungsfähigstes Pfandleihhaus! Verkauft zu Spottpreisen angesammelte Pfänder, auch Partieposten neuer Waren: Bettenverkauf! Aussteuerwäsche! Prachtteppiche! Gardinenauswahl! Portierenverkauf! Steppdecken! Tischdecken! Schmucksachen! Festgeschenke! Goldene, silberne Herren-, Damen-Uhren! Wanduhren! Möbelstücke! Nähmaschinen! Hochmodernste Herrengarderobe! Spottpreise! Rixdorf, nur Bergstraße 58. 1792R*

Räumungsverkauf umzugshalber. Billigste Einkaufsquelle für jedermann. Riesenauswahl, Winterpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Herrenhosen, Burschensachen, Damengarderobe, Brautgeschenke, Goldsachen, Wanduhren, Taschenuhren, Plüschtischdecken, Steppdecken, reizende Gardinen, Teppiche, Wäsche, Betten, Bilder, Spiegel, Gaskronen, Möbelauswahl. Pfandleihe Schönhauser Allee 110. 1633R

Singermaschine 8,00 Oranienstraße 19, Konopka. 206/11*

Seiferthähne, Zuchtweibchen Oranienstraße 19, Quergebäude. *

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Potsdamerstraße 81, Schönhauser Allee 79, Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

Gasbronzekronen!!! Gaszuglampen 9,00, Gashängelicht! Salongaskronen 16,00. Schaufensterlicht! Gasrohrlyren 1½, Zweilochgaskocher 3,00. Bohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1830R*

Inventur-Extraliste spottbilliger Artikel gratis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1673R*

Phlebigs Kinderwagen, Bettstellen allerbilligst, Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. 205/17*

Kinderwagen, nagelneu (Gummiräder) umzugswegen 22,00. Exerzierstraße 19a, vorn II rechts. †97*

Pumpenwolff, Ackerstraße 81, Abessinerpumpen von 8,00 bis 100,00. Leiherdbohrer, gebrauchte Pumpen 5,00 an. †64*

Anzüge, Paletots, zurückgebliebene Maßbestellungen, sonst 40—60 Mark, jetzt 18—30 Mark. Modehaus Kopf, Lindenstraße 105.

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 7—15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1676b*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 15—40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1677b*

Geschäftsverkäufe.

Materialwaren-, Obst- und Gemüsegeschäft, Rolle, Feuerung, große Wohnung, Lagerkeller, wegen Bezug nach außerhalb. Sichere Existenz. Näheres Oranienstraße 50, Restaurant. 1435b*

Großdestillation, Ecke, im Osten, viel Spirituosen und Bier, wegen Krankheit der Frau sofort für 3700,— zu verkaufen. Zu erfragen bei Friedländer, Bethanien-Ufer 2. 1687b

Milchgeschäft, kann Frau allein versehen, verkäuflich. Rixdorf, Restaurant Reuterstraße 80. †130

Schlosserei verkauft Friedenstr. 96.

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 1794R*

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen in größter Auswahl, Muschelschränke, Vertikos 26,—, Taschensofas 35,—, Herrenschreibtische 23,—, Büfette, Garnituren 65,—, Küchenschränke, Bücherschränke, Sofas 20,—, Teppiche, Bilder, Kronen, hunderte komplette Wirtschaften, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger als überall, bunte Küchen 55,—. Lemnerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor Größtes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. 1780R*

Billiger wie im Möbelgeschäft! In meinem Speicher, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, in sechs Etagen stehen wirklich gute bürgerliche Wohnungseinrichtungen für zirka die Hälfte des Wertes! Zum Beispiel stehen sechs Einrichtungen mit modernen Küchen für 250 Mark da! Größere 325, 400, 460, 500 bis 900 Mark! Bessere Möbel wie Speisezimmer, Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer, lächerlich billige Preise! Anrichteschränke, Garnituren, Säulentrumeaus, Plüschsofas, tiefe Kleiderschränke, Vertikos, Umbaus, Ausziehtische, Chaiselongues, Büfetts, Schreibtische, Bücherschränke, alles ⅓ des Wertes! Aufbewahrung und Transport frei! Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Hof im Speicher. *

Möbel, Fabrikpreisen, passend für Brautleute Alexandrinenstraße 79.

Teilzahlung. Großes Möbelgeschäft gibt reellen Leuten Möbel, Polstersachen, Federbetten auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung. Möbelgeschäft Stargardt, Neue Königstraße 29. 206/1*

Möbel, Polsterwaren, gebraucht und neu, spottbillig, Weidenweg 1, Reiter. †50

Einfache Möbel, 3 Zimmer, billig zu verkaufen, Sonnabend von 5 Uhr, Sonntag vormittag, Wilhelmstraße 122, vorn 2 Treppen links. 290/11

Großer Möbel-Inventur Räumungsverkauf! In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, nahe dem Halleschen Tore, findet der diesjährige Inventur-Räumungsverkauf vom 8. Januar bis 1. April zu enorm billigen, teilweise bis 30 Proz. herabgesetzten Preisen statt. Nach dem 1. April treten die alten Preise wieder in Kraft. Brautleuten, Pensionaten usw. ist jetzt die günstigste Gelegenheit geboten, Möbel zu wirklich billigen Preisen einzukaufen. Augenblicklich liefere ich Muschelschränke, Vertikos 26,—, Garderobenschränke 32,—, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 22,—, Waschtoiletten 20,—, Schreibtische mit Aufsatz 33,—, einfachere 25,—, Umbauten mit Spiegel 40,—, Büfette 85,—, Paneelsofa 60,—, Diwan mit Auszug 32,—, elegante Garnituren bedeutend unter Preis, Wachstuchtische 8,—, Ausziehtische 15,—, englische Schlafzimmer 190,—, moderne Wohnzimmer von 140,—, eichene Speisezimmer von 300,—, Herrenzimmer von 200,— an, gebrauchter Empresalon mit Pianino spottbillig. Ganz besonders preiswert sind gebrauchte und zurückgesetzte Wirtschaften. Lieferung durch eigene Gespanne, kostenlose Lagerung. Sonntags geöffnet. Bitte genau auf Hausnummer 15 achten. 1700R*

Frau verkauft Kleiderschrank, Vertikos, Bettstellen, Plüschsofa, Trumeau, Ausziehtisch, alles wenig gebraucht, Schumannstraße 11, III, Golnik. Händler verbeten. 52/10

Billige Möbel, gebrauchte, verliehen gewesene und neue, Muschelkleiderspind, Muschelvertikos 26, Ausziehtisch, Sofatisch 15, Bettstelle mit Matratze 18, Ruhebett-Kommode, Waschtoilette 20, Sofa 22, elegante Taschensofas 45, Paneelsofa 68, Säulentrumeau 30, Herrenschreibtisch 38, englische Bettstellen mit Federmatratze 39, Plüschgarnitur, Nußbaumbüfett, bunte Küchen 55. Ratenzahlung. Lagerung, Transport frei. Stargardt, Lothringerstraße 69. 206/2*

Räumungshalber bin gezwungen, große Posten Möbel staunend billig zu verkaufen. Einrichtungen 150,00, 250,00, 325,00 bis 2000,00 Mark. Kleiderschränke, Büfette, Schreibtische, Säulentrumeaus, Ausziehtische 15,00, Plüschsofas 38,00, Vertikos, Kleiderschränke, Chaiselongues 15,00, bildschöne Küchen. Nie wiederkehrende Gelegenheit. Stargardts Möbelspeicher, Dresdenerstraße 107. Sonntags geöffnet. 205/20

Möbel-Gelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliehen gewesen, verfallene spottbillig. Speicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) 269/18*

Wegen Geschäftsaufgabe noch mehrere Möbelstücke billig zu verkaufen. Höfer, Admiralstraße 25. *

Chaiselongue, neu, 18,00 und 26,00. Neanderstraße 10, Hof links. *

Umständehalber spottbillig, fast neu: 2 Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschrank, Vertiko, Trumeau, Sofa, Tisch, sechs Stühle, Spiegelspind, Spiegel, Gaskrone, komplette Küche. Bötzowstraße 30, I links. 1784R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

Groß-Berlins billigste Fahrräder-Bezugsquelle, Fahrradgroßhaus Charlottenburg, Bismarckstraße 62. Arbeiter-Radfahrerbund 10 Prozent Rabatt. 1850R*

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Stalitzerstraße 40. Turmstraße 31. 1820R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Herrenfahrrad, wenig benutzt, spottbillig, Beusselstraße 21, Verwalter. †97

Herrenfahrrad, gut erhalten, Kinderwagen, Gummi, Chaiselongue. Weidenweg 64, Portier. †29

Brennaborrad, gutes, 38,00, Pankstraße 45, parterre rechts. †97

Fahrrad verkauft Exerzierstr. 19a, Seitenflügel II links. †97

Fahrräder, verfallene, am billigsten Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. (Achtung Hausnummer). Wunderbare Straßenrenner und Luxusräder überraschend billig, schneidige Halbrenner, nagelneu 45,00, gebrauchte Fahrräder kleinste Preislagen. Jedermann besichtige. Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. 270/1

Musik.

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 120,—. Turmstraße 8, I. (Vorwärtsleser Rabatt.) 52/14*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gülchinerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kotosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 52/7*

Kanarienweibchen kauft 0,80, Oranienstraße 19, Konopka. 205/18*

Platina, altes Gold, Bruchgold, Silber, Gebisse, Kehrgold, Staubgold, Goldwaffen, Tressen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze Köpenickerstraße 29. Telephon 4, 6958. 52/13*

Saal mit Bühne, Ostern sowie mehrere Sonnabende, Sonntage frei geworden Dresdenerstraße 116.

Stenographie, System Roller, keine Vokalsymbolik, sondern Vokalschreibung, logischer Aufbau, leichte Wiederlesbarkeit und große praktische Kürze. Für Arbeiter ganz besonders zum Erlernen und für den späteren praktischen Gebrauch geeignet. Im Arbeiter-Stenographen-Verein „Pionier" beginnt am 5. April ein neuer Kursus. Honorar mäßig. Anmeldungen jeden Montag, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Vereinshaus Wedding", Chausseestraße 77. 1538b

Vermietungen.

Schuhmacherladen, altes Geschäft, zu vermieten Pfalzburgerstraße 65. 1664b*

Schöner Laden mit Wohnung, billig, sofort, Mainzerstraße 12, an der Frankfurter Allee. 52/2*

Wohnungen.

Schöne Vorderwohnungen: 4 Stuben, Balkon, Küche, Bad, groß, billig, sofort, 2 Stuben, Küche usw., billig, groß, sofort, einen Monat mietefrei. Freundliche Hinterwohnungen, 2 Stuben, Küche, sehr billig, sofort, einen Monat mietefrei, und 1 und 2 Stuben desgleichen. Rixdorf, Kaiser-Friedrichstraße 53. 51/20*

Greifswalderstraße 9: 2 Hofwohnungen, 2 Stuben, Küche preiswert per sofort oder später. 1857R

Greifswalderstraße 8, Neubau, Mansarden-Hofwohnung, zwei einfenstrige Zimmer und ein großes Berliner Zimmer mit Warmwasserversorgung und Zubehör sofort oder später. 1856R

2 Stuben, Küche, Korridor, Speisekammer, trocken, umständehalber 1. Mai billig Woldenbergerstraße 7.

Kaiser-Friedrichstraße 238, an Reuterstraße, Stube, Küche, renoviert, sofort billig. 1691b

Schöne Vorderwohnungen, 2 und 1 Stube, Küche, sofort; freundliche Hinterwohnungen, 2 und 1 Stube, Küche, sofort, billig, Sprengelstr. 44.

Zimmer.

Freundlich möbliertes Zimmer Kottbuserdamm 89 I, übern Bonbonladen. (Hermannplatz). Schmidt.

Herrenlogis frei, allein, Monat 10.—, Wochenzahlung. Kastanienallee 102, Seitenflügel IV. †132

Einfach möbliertes Zimmer sucht sofort Hinz, Brandenburgstraße 38.

Möbliertes Zimmer vermietet preiswert Jacob, Altonaerstraße 11, Gartenhaus II. 1693b

Möbliertes Zimmer, freundlich, vermietet Holzapfel, Winsstraße 17, Quergebäude parterre. †99

Sauberes Zimmer Holzmarktstraße 13, Frau Kalla. 1679b*

Vorderzimmer, zweifenstrig, gut möbliert, 12,— einschließlich, Rixdorf, Emserstraße 77 IV geradezu (Bahnhof Hermannstraße). 1675b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, allein, separat Frau Anderl, Koppenstraße 65, vorn IV. †50

Bessere Schlafstelle, separat, Herrn Grünerweg 63 I links, am Küstrinerplatz. †50*

Möblierte Schlafstelle für Herrn, separat, 10 Mark, vermietet Hartung, Grünauerstraße 31, vorn IV. †19

Möblierte Schlafstelle Helmstraße 23, IV, Schalschneider. 1673b*

Möblierte Schlafstelle, separat, für einen Herrn, vermietet Fürstenstraße 16, Hof IV links. 52/9

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht möbliertes Zimmer oder Schlafstelle, allein, Nähe Görlitzer Bahn, Preis bis 16 Mark. Offerten Spedition Lausitzerplatz 14/15. †19

Junger Mann sucht gemütliches kleines Zimmer, allein. Nähe Moritzplatz-Köpenickerstraße. Preisangabe. „Möbliert" Postamt 82, Köpenickerstraße. 1674b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Zinkabzieher verlangt Oskar Berndt, Stephanstraße 60. †59*

Neuderinnen, tüchtige, für unser Konfektionsatelier sofort gesucht. Meldungen 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 1855b

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbaren Familien, bei monatlicher Vergütung per sofort, auch später gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1 bis 2 Uhr. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 1854R*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Sichere Existenz.

Gut empf. Herren aus allen Berufskreisen, welche sich dem Versicherungsfach widmen wollen und per 15. 4. 09 auf Anstellung mit festem Gehalt reflektieren, belieben Offerten mit Lebenslauf unt. J. 3 an Expedition d. Blattes einzusenden. 1681b

Gesucht **Mechaniker,** der mit tüchtiger mit Montieren und Einfahren von Automobilen gründlich vertraut ist. — Schriftliche Offerten unter Angabe der bisherigen Arbeitstätigkeit und Gehaltsansprüche an

Cyklon Maschinenfabrik m. b. H., Berlin O., Alt-Boxhagen 17/18.

Junge Mädchen, welche in England Stellung suchen, können aufgenommen werden im Deutschen Mädchenheim, 8 Endsleigh Gardens, London. Näh. ert. d. Vorstand

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.